

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch den 1. November 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. incl. Post-
 Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bekannt-
 machung für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Verord-
 nungen und Beschlüsse 20 Pf., für
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (für das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Die Mittellinie.¹⁾

II.

Vorght will nun Berufsvereinen, welche seinen Bedingungen nachkommen, eine Befreiung von den Fesseln einiger der vereinsgesetzlichen Bestimmungen gewähren, so daß sie Frauen, Kinder, Lehrlinge aufnehmen und mit einander in Verbindung treten dürfen. Auch will er ihnen die Rechtsfähigkeit eingetragener Vereine nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch geben. Das wären allerdings für die Gewerkschaften Gaben von großem Werte, wir können aber verlangen, daß sie bedingungslos gewährt werden, da alle Einsichtigen nur einer Meinung über die Notwendigkeit sind, die Rechtsstellung der Berufsvereine zu sichern.

Für dieses Geschenk aber soll nach der Meinung des Herrn van der Vorght die Arbeiterschaft auch noch die Zuchthausvorlage mit in den Kauf nehmen, anders kann man es nicht nennen.

In allen wesentlichen und gefährlichen Bestimmungen schließt sich van der Vorght den Vorschlägen der Regierung an. Mit einigen gewundenen Redensarten sucht er den ausnahmegesellschaftlichen Charakter der gegen die Arbeiter gerichteten Bestimmungen zu beschönigen, indem er sie als ein Specialgesetz bezeichnet.

Das ist aber ein großer Irrtum des gelehrten Herrn. Specialgesetze können besonders, nur bei gewissen Berufsarten vorkommende Delikte treffen, z. B. die Nahrungsmittel-Verfälschungen, ohne deshalb Ausnahmegesetze zu werden. Aber Verleumdung, Drohung, Nötigung sind Delikte, die allgemein vorkommen und allgemein strafbar sind; der § 153 der Gewerbe-Ordnung und das Zuchthausgesetz sind Ausnahmegesetze, weil sie dieselben Handlungen härter bestrafen, wenn sie von Arbeitern im Lohnkampfe begangen werden, und weil sie ein Motiv, das nach allgemeinen strafrechtlichen Anschauungen als Milderungsgrund gelten müßte, auf diese Art zu einem Strafverschärfungsgrund machen. Auch darüber geht Vorght schweigend hinweg, was selbst der Staatssekretär Niederding anerkannt hat, daß die Bestimmungen des Gesetzes im Lohnkampf einseitig die Stellung der Arbeiter erschweren, daß sie also die der Arbeitgeber erleichtern. Der alte § 153 der Gewerbe-Ordnung bestrafte bekanntlich nach der richtigen Ansicht nur Ausschreitungen von Arbeitern gegen Arbeiter und von Arbeitgebern gegen Arbeitgeber. Van der Vorght will ganz wie die Zuchthausvorlage die Strafbestimmungen auch auf solche Handlungen ausdehnen, die von Arbeitern gegen Arbeitgeber und umgekehrt verübt werden, freilich mit der in § 4 Absatz 3 des Zuchthausgesetzes Entwurfes enthaltenen Einschränkung, daß es als Bedrohung oder Verurtheilung nicht anzusehen sei, wenn jemand ein Arbeits- oder Dienstverhältnis ablehnt, kündigt, die Arbeit einstellt oder eine solche Handlung in Aussicht stellt. Es ist hier nicht der Ort, die Unklarheit dieser anscheinend zu Gunsten der Arbeiter gegebenen, in Wahrheit wesentlich den Arbeitgebern zu gute kommenden Bestimmung zu beleuchten. Nach dem Vorght'schen Vorschlage würde ganz wie nach der Zuchthausvorlage immer noch ein Arbeiter, der unter der Androhung des Streiks einen höheren Lohn fordert, wegen Erpressung bestraft werden können. Ebenso würde die Drohung gegen einen Streikbrecher, künftig nicht mehr mit ihm zusammen arbeiten zu wollen, strafbar bleiben, obwohl der Drohende nur in Aussicht stellte, von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch zu machen.

Schlimmer noch ist, daß Vorght nicht nur die ganz unbestimmten Ausdrücke „körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurtheilung“ des § 153 der Gewerbe-Ordnung bestehen lassen will, sondern daß er die Strafen dieses Paragraphen noch ausdehnen will auf die Fälle der „rechtswidrigen Wegnahme von Arbeitsgeräten usw.“, des Postenstehens und des ungehörigen und belästigenden Folgens auf Wegen und Straßen“. Diese drei neuen strafbaren Thatbestände hat Vorght dem in der Zuchthausvorlage so oft erwähnten englischen Gesetz entnommen. Es ist nun von unserer Seite damals schon erklärt worden, daß wir uns mit englischen Gesetzen allenfalls befreunden könnten, wenn wir englische Behörden und eine englische Justiz hätten. Da bei uns aber in der Bureaucratie ein Geist genährt wird, dem jede selbständige Regelung des Arbeiters, jedes Vorgehen von Arbeiterkoalitionen gegen Arbeitgeber schon von vornherein als eine Ausschließung erscheint, da unsere Behörden die Streikbrecher für besonders nützliche Elemente des Staates halten, so wäre nicht zu erwarten, daß diese Bestimmungen in einer so wohlwollenden Weise gehandhabt werden würden, wie es tatsächlich in England geschieht. Die Auslegung des groben Unfugs-Paragraphen beweist, daß man bei uns zu Lande im Gegentheil aus dem harmlosesten Gesetze Folgerungen abzuleiten geneigt ist, die geradezu eine Verstärkung politischer Grundrechte bedeuten. Darum würden wir die Annahme der Erweiterungsvorschläge von der Vorght's für eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse halten, auch wenn alle möglichsten auf dem Papier stehenden Kautelen gegen den Mißbrauch hinzugefügt werden würden.

So wie van der Vorght die Bestimmung über das Postenstehen fassen will, würde sie in dem heutigen Zustande nur bei illegaler Handhabung etwas ändern können.

Wenn das Postenstehen wirklich in allen Fällen als straflos behandelt werden würde, in denen es lediglich dem Zwecke dient, Nachrichten oder Auskünfte zu geben oder einzuziehen, so würde es eben allgemein erlaubt sein, denn in allen normalen Fällen dient es lediglich diesen Zwecken. Die Unternehmer wollen aber gerade, daß das Geben und Einziehen von Nachrichten verhindert werde. Wenn nämlich Fälle vorkommen sollten, in denen das Postenstehen sich gegen die persönliche Sicherheit und Freiheit der Arbeitswilligen richtete und eine stillschweigende Drohung darstellte, so bedürfte es keines neuen Gesetzes um strafrechtlich einzugreifen; das würde heute schon unter § 152 der Gewerbe-Ordnung gehören, ganz abgesehen von den vielen verkehrspolizeilichen Beschränkungen, denen es ohnehin unterworfen wird. Man muß deshalb befürchten, daß die neue Bestimmung dazu dienen soll, um jedes Postenstehen unmöglich zu machen, und thatsächlich wäre sie auch dazu ungemein tauglich. Die Polizeibeamten hätten nach ihr das Recht, jeden Posten zu arrelieren, und dieser müßte dann beweisen, daß er bloß die Absicht verfolgt habe, Nachrichten einzuziehen oder zu geben. Die Polizei würde ihm natürlich nicht glauben, würde das Postenstehen weiter verhindern, und auch eine nachträgliche Freisprechung im Strafverfahren würde daran nichts mehr ändern können. Die Bestimmung ist also juristisch ungeheuerlich und praktisch geradezu ruinös für die Arbeiterbewegung, denn — wie schon oft ausgeführt worden ist — kann kein Streik durchgeführt werden, wenn es nicht möglich ist, auch mit den zuziehenden Streikbrechern in Verkehr zu treten.

Ebenfalls auf dem Boden des Zuchthausgesetzes bewegt sich van der Vorght's Vorschlag, nach dem zu erweitern den § 153 auch alle die Handlungen zu bestrafen, welche zwar nicht begangen sind, um einen anderen zur Teilnahme an einer Koalition oder zur Unterwerfung unter dieselbe zu bewegen, aber deshalb, weil der Betroffene sich dieser Koalition früher widersetzt hatte. Das heißt in der Praxis, daß Verleumdungen, Drohungen und geringe Körperverletzungen ohne Antrag des Verletzten, ja sogar gegen seinen Willen verfolgt werden sollen, wenn das Motiv, dem sie entspringen waren, irgend wie mit der Arbeiterbewegung zusammenhängt. Das ist der schwerste Eingriff in die persönliche Freiheit der sogenannten Arbeitswilligen, den man begehren kann.

Ablehnend verhält sich van der Vorght allerdings gegenüber der Einführung der Zuchthausstrafe, gegenüber der Minimalstrafe von drei Monaten Gefängnis und der Ausdehnung der Strafe bis auf fünf Jahre Gefängnis für diejenigen, die sich solche Handlungen „zum Geschäft machen“, ebenso gegen die Bestimmungen des § 7 des Zuchthausgesetzes, wonach, wenn man den richtigen Thäter nicht faßt, ein anderer bestraft werden soll. Er will eine Maximalstrafe von sechs Monaten Gefängnis für die in § 153 der Gewerbe-Ordnung vorgezeichneten Fälle einführen. Mit keinem Worte erwähnt er dabei, daß schon heutzutage sämtliche Fälle außer den allerleichtesten als Nötigung, Verleumdung, Körperverletzung, Bedrohung mit weit höheren Gefängnisstrafen belegt werden können, und daß faktisch seit der Deynhaufener Rede die Gerichte in den meisten Fällen weit über die Maximalstrafe des § 153 der Gewerbe-Ordnung hinausgehen.

So laufen die Vorschläge des Vorght darauf hinaus, die Zuchthausvorlage in den für die Praxis der Arbeiter gefährlichsten Bestimmungen durchzubringen, allerdings dafür den Arbeitervereinen eine günstigere Rechtsstellung zu gewähren, die freilich wieder mit allerhand Rechten der Behörden verknüpft ist. Wenn alle Nationalliberalen, die auf Vorght's Standpunkt stehen, fest entschlossen wären, die Enträumung der erhöhten Rechte an die Berufsvereine zur unerläßlichen Bedingung für ihre Zustimmung zum Zuchthausgesetz zu machen, wäre die Sache nicht gefährlich, denn die Regierungen werden zur Zeit unter keinen Umständen den Arbeitervereinen weitere Rechte einräumen, sondern lieber die Zuchthausvorlage scheitern lassen. Es ist aber zu befürchten, daß eine ganze Reihe von nationalliberalen Männern sich mit der Zustimmung zur Zuchthausvorlage auf der Vorght'schen „Mittellinie“ befreunden, aber auf die Erfüllung seiner Bedingungen verzichten wird. Der Röllersche Flügel der Nationalliberalen steht ja mehr oder weniger offen sogar auf dem Boden des von der Regierung vorgelegten Zuchthaus-Gesetzentwurfes. Darin liegt die enorme Gefahr solcher Vermittlungsversuche.

Die ehrlichen Freunde des Koalitionsrechtes unter den Nationalliberalen thäten gut daran, sich nicht einmal auf eine Diskussion über diese sogenannte Mittellinie einzulassen.

Rechtsbengung zur Wahlzeit.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Es war voraussehen, daß in dem gegenwärtigen Landtagswahlkampf, der für die nationalliberale Partei und damit für unser reactionäres Polizeiministerium einen Kampf auf Leben und Tod bedeutet, von governmentaler Seite alles versucht werden, um den konzertierten Angriff der taktisch vereinigten Gegner abzuschlagen und eine weitere Verstärkung der Opposition im Landtag zu verhindern. Was aber die letzten Wochen an offenkundiger Rechtsbengung gebracht haben, das übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen derjenigen, die auf Grund ihrer Erfahrungen aus früherer Zeit in dieser Hinsicht auf manches starke Stück gefaßt waren.

Schon die Anberaumung der Urwahlen auf einem Sonnabend gewährt dem Verdächtige Raum, man habe sich dabei von der gewiß nicht unbegründeten Vermutung bestimmen lassen, dieser Tag werde mehr als alle anderen Tage der Woche die Zwecke der nationalliberalen Regierungspartei fördern helfen. Der Sonnabend ist für die Arbeiterschaft im ganzen Lande der Lohnstag; das Ablohngsgeschäft nimmt in zahlreichen Betrieben geraume Zeit in Anspruch und hält die Arbeiterschaft länger als sonst an den Arbeitsstellen fest. Da die Arbeiter in den meisten Fällen auch noch eine weite Strecke bis zum Wahllokal zurücklegen haben und der Wahlakt spätestens um 8 Uhr, an vielen Orten schon um 7 oder 6 Uhr abends geschlossen wird, so geht zweifellos mancher von ihnen seines wichtigsten Staatsbürgerrechtes verlustig, das auszuüben ihm an einem anderen Tage der Woche wohl möglich gewesen wäre. Dazu kommt, daß gerade der Jahrtag am meisten dazu geeignet ist, wankelmütige Elemente unter der Arbeiterschaft durch verdeckte Androhung der Entlassung oder Lohnkürzung einzuschüchtern und auf diese Weise von ihnen die Abgabe eines regierungsfremdlichen Stimmzettels zu erpressen. Wie sehr man von oben herab bestrebt ist, die Wahlpropaganda der oppositionellen Parteien zu erschweren, das erhellt auch aus der in Durlach erfolgten behördlichen Auflösung einer großen socialistischen Wählerversammlung, die in dem Augenblicke dem Nachspruche eines noch sehr jungen, Regierungsdirektors zum Opfer fiel, als der Referent, gegen einen nationalliberalen Diskussionsredner polemisierend, die historische Thatsache konstatierte, daß für die revolutionären Erhebungen der Jahre 1848/49 nicht das Volk, sondern die Regierungen verantwortlich zu machen seien.

Der bedeutungsvollere Teil der staatsbehaltenden Thätigkeit im Dienste des nationalliberalen Parteiregimentes wird jedoch in den städtischen Gemeinde-Verrechnungen und Wahlkommissionen geleistet, in denen sich die Anhänger des Ministeriums Eisenlohr, ungehindert durch oppositionelle Kontrolle, ein Stelldäseken geben. Typisch in dieser Hinsicht sind die beiden Städte Pforzheim und Durlach, zugleich diejenigen Wahlbezirke, in denen die Socialdemokratie sich am energischsten aufstellt, die bisherigen nationalliberalen Vertreter, und zwar ohne fremde Hilfe, aus dem Sattel zu heben. In Pforzheim ging der Eifer des nationalliberalen Stadtrats so weit, daß dieser, entgegen der Vorschrift des Gesetzes die Wahlzeit auf die Stunden von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags festsetzte, wodurch den Wählern aus dem arbeitenden Volke die Abstimmung außerordentlich erschwert worden wäre. Der gehässige Protest der socialistischen Arbeiterschaft, die sich auch hier wieder als die wahre Hüterin von Gesetz und Ordnung erwies, machte den genialen Versuch der Pforzheimer Rathausgrößen allerdings zu Schanden. Inzwischen war den Ordnungsfürern jedoch der Umstand zu Hilfe gekommen, daß die Herbst-Kontrollversammlung, zu der auch die Jahrgänge 1898/94, sowie ein Teil der Landwehr zu erscheinen haben, auf den Tag der Urwahlen festgesetzt wurde. Da die Mannschaften des Beurlaubtenstandes am Tage der Kontrollversammlung bis um Mitternacht den Militärgesetzen unterstehen, mithin alle jene bekannten militärischen Verbote bezüglich der Teilnahme an socialistischen Versammlungen etc. auf sie anwendbar sind, so liegt die Möglichkeit einer Beeinträchtigung der Wahlfreiheit in diesem Falle gewiß sehr nahe.

Dah auch bei der Einteilung der Urwählerbezirke das altrenommierte geometrische Geschick der musterstaatlichen Governementalen in den Dienst der „guten Sache“ gestellt wurde, versteht sich eigentlich von selbst. In Durlach hat man dasselbe bis zu der fabelhaften Virtuosität entwikkelt, einzelnen vorwiegend von Arbeitern bewohnten Bezirken bei gleicher Zahl der zu wählenden Wahlmänner die doppelte Wählerzahl zuzumessen, als wie andern, „besser“ gesuhten, und hat dadurch auf die einfachste Weise von der Welt, auch ohne die berühmten Eisenlohr'schen „Kautelen“, ein Korrektiv gegen das politische Uebergewicht der „radikalen Massen“ zu schaffen gesucht. Bei der von der socialistischen Parteiorganisation vorgenommenen Durcharf der amtlichen Wählerlisten stellte sich die merkwürdige Thatsache heraus, daß in demselben Durlach, wo die Entscheidung zwischen Nationalliberalen und Socialdemokratie dießmal „auf Knopf und Spiz“ steht, bei einer Urwählerzahl von circa 1500 volle 200 wahlberechtigzte Bürger, selbstverständlich fast ausnahmslos Arbeiter, bei der Aufstellung der Listen „vergessen“ worden waren, mehr als selbst in dem zehnmal größeren Mannheim, wo allerdings in Stadtrat und Wahlkommission die Socialdemokratie ein Wortchen mitzureden hat. Den in Presse und Versammlungen unserer Partei erhobenen Vorwurf der „unerhörten Schlampe“ quittierte der nationalliberale Stadtrat von Durlach dadurch, daß er dem socialistischen Wahlcomite die Abschrift der Wählerlisten verweigerte unter der Begründung, die Wähler der Stadt seien nicht dazu da, die Geschäfte der politischen Parteien zu besorgen. Wenn die Durlacher Stadtväter es weiterhin in ihrem amtlichen Wahlschreiben wiederum „vergessen“ haben, die Wähler darauf aufmerksam zu machen, daß der Abstimmungsakt in einem hierfür besonders einzurichtenden isolierten Raum unter Bezeichnung eines Souverets für den Stimmzettel vorgenommen werden muß, obwohl dieser Hinweis durch ministerielle Verfügung vorgeschrieben ist, so darf auch dies nicht weiter verwundern; weiß man doch, daß unsere Nationalliberalen ebenfalls für ganz andere „Kautelen“ schwärmen, als für diejenigen, mit denen die Wahlfreiheit des badiischen Staatsbürgers zum Schutze gegen Beeinflussungen umgeben worden ist.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, wollten wir alle die häßlichen kleinen Mittel und Nittelchen aufzählen, mittels deren das mit dem Wute der Verzweiflung um sein bishigen Existenz kämpfende nationalliberale Parteiregiment angesichts der bevorstehenden Wahlen seinen totalen Zusammenbruch zu verhindern sucht. Die obigen Proben mögen genügen zur Charakteristik der „Siegesverfälschung“, mit der die Gefolgschaft des Ministeriums Eisenlohr der nahen Entscheidungsschlacht entgegensteht. Wir zweifeln nicht daran, daß die zahllosen Rechtsbengungen, die im gegenwärtigen Wahlkampf die Fahnen des gegen die freiheitlich und fortschrittlich geknühte Wahlfreiheit des badiischen Volkes ausgezogenen Nationalliberalismus besetzt haben, von Erfolg begleitet sein werden in dem Sinne, daß die Wählerchaft die ihr mit dem Stimmzettel in die Hand gebene Waffe dazu benutzt, um den nationalliberalen Größen

¹⁾ Siehe Nummer 255 des „Vorwärts“.

in ungewöhnlicher Weise verständlich zu machen, wie sehr jede unvollständige Ausübung der politischen Macht die Position des Gegners, den man zu schwächen gedachte, nur verschärft und damit das Gegenteil von dem bewirkt, was man beabsichtigt hatte.

Politische Ueberflucht.

Berlin, den 31. Oktober.

Als Notandgang

erscheint jetzt ganz unzweifelhaft der wilde Flottenplan des Reichs-Marineamts; oder auch als Miquel'sches Sammelbeden für die durch die Zuchtthaus- und Kanalvorlage auseinandergehenden Ordnungsparteien. Der „Samh. Korresp.“ erklärt, es sei eine unerlässliche Bedingung für das Zustandekommen des Flottengesetzes, daß die Regierungen die Zuchtthausvorlage fallen lassen. Und zweitens plädiert sie für eine Vertagung der Kanalvorlage. So soll man fidel den Teufel durch Beelzebub austreiben, und der Regierung aus ihrer Not helfen, indem man ihr alles Schuldliche vernichtet. Die Junker werden verhöhnt durch Preisgabe des Mittelkanals und durch Erhöhung der Getreibeizölle, die Industrie wird über den Kanalverlust und das Scheitern des Zuchtthausgesetzes durch die Unfähigkeit für die Flotte und die Begünstigung der Exportpolitik gekränkt, die Regierung endlich verzögert und ihre früheren ungeheilten Liebeswunden in der glorreichen Ueberflucht, in dem größeren Deutschland und zahllosen Stapelläufen.

In solcher Rechnung ist freilich der Fehler enthalten, daß das Mittel zur Verführung in Wahrheit ein scharfster Konfliktstoff ist. Die Konservativen wären nur dann für den Marineplan ganz zu haben, wenn sie sicher wären, daß er trotz ihrer Färsprache abgelehnt werden würde; dann hätten sie ihr gutes loyales Herz gezeigt, würden vielleicht trotz ihrer Kanalschuld in Gnaden aufgenommen werden, und dabei hätte der ihnen im Innersten verhasste Marxismus doch keine Förderung erfahren. Die Liberalen und Rechtsfreimüthigen sind allerdings dem Flottenwahn rettungslos verfallen. Auch die gute Tante „Boh“ ist zwar nicht für den Flottenplan der Form nach, aber in der Sache. Dagegen ist, bei aller Unzuverlässigkeit dieser verhängnisvoll starken Partei, schwerlich anzunehmen, daß das Centrum selbst der neuesten Ausgeburt der Marine-romantik sich ohne weiteres zur Verfügung stellen werde. Damit wäre das Schicksal auch des Flottenplans besiegelt und es würde dann in Kürze irgend einer noch größeren, noch mehr überraschenden furchteligen Blödsinnigkeit bedürfen, um neben den Kanal- und Zuchtthausleiden nun auch das Flotten-Glaslo zu verwinden.

Die Aufschaltung des Bundesrats.

Die Taktik des Reichs-Marineamts ist sich unverantwortlich fühlenden Reichs-Marineamts in der Frage der Verdoppelung der deutschen Kriegsschiffe hat jede auch nur mögliche Schwierigkeit, die dem Plane von Seiten des Bundesrates hätte drohen können, kurzerhand nach Seemannsart beseitigt. Der Bundesrat wird durch Veröffentlichung des Flottenplanes einfach vor die fertige Thatsache gestellt. Weder dem Bundesrat, noch weniger aber den Bundesregierungen ist irgendwie vor der Veröffentlichung des Planes Gelegenheit gegeben worden, sich über die doch innerlich recht wichtige Schwenkung der Flottenpolitik auszusprechen. Hätte man den mehr kollegialen oder verfassungsmäßig näher liegenden Weg einer vorherigen Aussprache oder doch einer vorherigen Beratung im Bundesrate eingeschlagen, so wären sicherlich die vorhandenen Bedenken gegen das neue Projekt auch schon im Bundesrat zum Ausdruck gekommen. Es ist bezeichnend, daß man bei anderen Gelegenheiten den Weg der breiten Öffentlichkeit nicht einschlägt, sondern sogar höchst entsetzt sich zeigen kann, wenn aus der Mitte des Bundesrates einmal irgend eine bevorstehende gesetzgeberische Absicht in der Presse durchsickert. Um so auffälliger ist das Vorgehen in der Flottenfrage, wo man die breite Öffentlichkeit früher unterrichtet als den Faktor der Gesetzgebung, der nach der Verfassung sich mit der Vorbereitung der Gesetzesvorlagen zu befassen hat. Was kann denn der Bundesrat nunmehr anders thun als zu dem Plane des Reichs-Marineamts Ja und Amen zu sagen? Etwas Schwierigkeiten, die der Plan bei dem üblichen Vorgehen bei der Vorbereitung einer Vorlage im Bundesrat hätte finden können, sind nunmehr glücklich beseitigt. Denn es wird sich nunmehr sicherlich keine Regierung finden, die durch ihren Vertreter im Bundesrat sich in Opposition zu einem Wunsche des Kaisers stellen wird, wenn auch in den Einzellandtagen verurteilt werden wird, im Bundesrate eine Opposition gegen die Vorlage hervorzurufen.

Unsonntlicher wird der Bundesrat sich zu einer anderen als einer bedingungslos zustimmenden Haltung entschließen, als die einzelnen Bundesfürsten schon seit längerer oder kürzerer Zeit für eine weitere Vermehrung der Flotte auf eigenartige Weise engagiert werden. Als nämlich der Deutsche Flottenverein, der Hauptagitator für eine größere Kriegsmarine, gegründet wurde, da wandte sich der Vorsitzende des Vereins, Fürst zu Wied, an sämtliche deutsche Bundesfürsten mit der Bitte, die Bestrebungen des Vereins unterstützen zu wollen. Und fast alle Bundesfürsten haben bereitwillig dem Wunsche entsprochen und an den Fürsten Handschreiben ergehen lassen, in denen sie die Bestrebungen des Flottenvereins billigen und glücklichen Erfolg wünschen. Der Prinzregent von Bayern spricht in einem solchen Schreiben seine Genehmigung darüber aus, daß der Verein nunmehr genügend erstarbt ist, um mit der Agitation in weiteren Kreisen beginnen zu können und damit seinen großen nationalen Zielen näher zu rücken. Der König von Sachsen will dem Verein seine Protektion angedeihen lassen und teilt zugleich die Bedeutung der deutschen Kriegsschiffe für die Volksherrschaft des Deutschen Reiches. Ähnlich zustimmend äußern sich eine weitere Anzahl von Bundesfürsten mit Ausnahme derer von Württemberg und von Baden, von denen eine Stellungnahme zum Deutschen Flottenverein bisher nicht bekannt geworden ist. Um so bemerkenswerter ist die Zeitungsnachricht, daß schon jetzt eine Anzahl von Bundesfürsten, darunter der König von Württemberg und der Großherzog von Baden, ihre Uebereinstimmung mit dem Entschlusse des Planes bereits ausgesprochen haben sollen. Die Bundesregierungen müssen also im Bundesrat auf jeden Einwand gegen den Flottenplan verzichten und haben heute schon gebundene Marschroute.

Man erlebt daher bei der neuen Flottenaktion das bemerkenswerte Schauspiel, daß der Bundesrat als diejenige Reichsinstanz, die die Gesetzesvorlagen vorzubereiten hat, tatsächlich ganz und gar ausgeschaltet ist und nur die formelle Geschäftsbekleidung zu besorgen hat. Wie sich dies mit der verfassungsmäßigen Stellung der Bundesregierungen und des Bundesrates verträgt, wie sich der Bundesrat selbst als gesetzgebende Körperschaft in diesem Falle verhalten muß, diese Fragen mögen Vorgesorgene derjenigen politischen Richtungen unterfragen, die eifrig über den bundesstaatlichen Charakter des Reiches wachen zu müssen glauben; wir wollten nur zeigen, daß der Bundesrat für die Gestaltung gerade der wichtigsten Fragen der Reichspolitik, wie es doch die gepante

Verdoppelung der Kriegsschiffe ist, nicht mehr ernsthaft in Betracht gezogen werden kann, daß vielmehr nur im Reichstag allein noch ein Widerstand gegen die eigenartige Politik des Reichs-Marineamtes möglich ist.

Der Boererkrieg ist eine unerschöpfliche Quelle von Verlegenheiten für unsere Junker- und Jopfmilitaristen. Diese sind allesamt frächtige Reaktionsäre vor dem Herrn, und folglich ingrimmige Feinde Englands, das durch und durch bürgerlich, liberal und unimilitaristisch ist. Es giebt nichts Schlimmeres, was sie den Engländern nicht wünschen. Nur Schade, daß sich den guten, christlichen Wünschen ein furchtbares Hindernis entgegenstellt: nämlich das Gespenst des Junker- und Jopfmilitarismus. Mit wem und die Engländer in Kampf? Mit Boeren-Wildlingen. Und besiegen sie die Engländer, so wäre das ein Sieg über den Junker- und Jopfmilitarismus — und das wäre wünschlich schlimmer, als ein Sieg der verhassten Engländer. Man muß gestehen, das ist ein tragischer Konflikt der Gefühle. Wie aus ihm herauskommen? Die Herren Junker- und Jopfmilitaristen haben bis jetzt in ihren Köpfen keinen anderen Rat gewußt, als den: der englischen Armee den Charakter einer guten Armee im Sinne des Junker- und Jopfmilitarismus abzusprechen. „Es ist eine Werbe-Armee“, sagen sie geringschätzig, „und eine Werbe-Armee ist in puncto der militärischen Tüchtigkeit nicht mit einer Armee wie der unsrigen und der französischen oder russischen und österreichischen zu vergleichen.“

So? Ein Unterschied ist freilich — ein sehr großer Unterschied der Größe und Zusammenfassung. Aber in puncto der militärischen Tüchtigkeit? Das steht auf einem anderen Blatt; und die Herren Junker- und Jopfmilitaristen sind da auf ein bedenkliches Thema gerathen. Will man uns weiß machen, angeworbene Freiwillige seien schlechtere Soldaten als die Muzsoldaten der allgemeinen Dienstpflicht? Glaubt man denn, wir hätten vergessen, daß der Junker- und Jopfmilitarismus zu allen Zeiten in einer Werbe-Armee von Freiwilligen sein höchstes Ideal erblickt hat? Eine solche Armee bietet ihm bloß nicht die nötigen Massen; und so hat er denn mit äußerstem Widerstreben der französischen Revolution das „Aufgebot der Massen“ entlehnt, und sich dabei natürlich bemüht, durch Strantheit der Disziplin die Gefahren dieser revolutionären Einrichtung zu mildern. Allein gründlich läßt sich die Gefahr nicht beseitigen. Denn keine Macht der Erde kann verhindern, daß die Demokratie und der Socialismus, wenn sie die Massen des Volkes ergreifen, auch in die Armee eindringen. Das wissen die Junker- und Jopfmilitaristen, die etwas weiter sehen als bis zu der Nasenspitze, sehr wohl und deshalb taucht periodisch bei ihnen der Gedanke auf, wieder zum System der Berufsarmeen zurückzulehren, in denen der „militärische Geist“ stark genug wäre, jeden anderen „Geist“ zu verdrängen. So hat z. B. Herr Galliffet, der jetzige Kriegsminister in Frankreich, vor dem unsere Junker- und Jopfmilitaristen einen gewaltigen Respekt haben, die Umwandlung der Massenarmee in eine kleine Berufsarmee nach englischem Muster empfohlen, der eine nationale Miliz zur Seite stehen soll.

Kurz — die englische Armee vertritt das Ideal des Junker- und Jopfmilitarismus in weit höherem Maße als unser jetziges Heeresystem. Und durch Verkleinerung der englischen Ansehnlichkeit schneiden unsere Junker- und Jopfmilitaristen sich nur ins eigene Fleisch. „Sie spotten ihrer selbst und merken nicht wie.“

Deutsches Reich.

Albert Schmidts Abschied.

Magdeburg, 30. Oktober.

Heute nachmittag haben sich die Organisationskommission in dem nahen Landstädtchen Gommern hinter Albert Schmidt geschlossen. Die Magdeburger Arbeiterkammer hat die letzten Stunden, während welcher der Verurteilte in ihrer Mitte weilte, demütigt, um stark und vernünftig gegen die Rechtsansichtungen zu protestieren, denen er zum Opfer gefallen. Schmidt war bekanntlich auch Magdeburger Stadtverordneter. Mit dem Reichstagsmandat ging auch der Sitz im hiesigen Parlament verloren. Die Wähler Magdeburg-Neustadt, die ihn vor bald einem Jahre ins Reichshaus entsandt hatten, wählten sich über die neue Kandidatur schlüssig werden. In diesem Zwecke war er aufgefordert worden, seine Abschiedsrede im Stadteil Neustadt zu halten. Die Versammlung war am Sonntagmorgen 1/4 11 Uhr anberaumt. Eine gute Stunde vorher war der Saal Kopf an Kopf gefüllt; wer zur festgesetzten Stunde kam, konnte keinen Platz mehr erhalten. Diese Gelegenheit lagerte über den Massen; sie kam zum spontanen Ausdruck immer dann, wenn der Redner einen pointierten Satz in den weiten Raum schleuderte, und wußte sich am Schlusse seines Vortrages, nachdem er sich über seinen eigenen Majestätsbeleidigungs-Prozess verbreitet hatte, zu einem unvergleichlichen Welschfallstößen aus. Danach erfolgte einstimmig Schmidts Wiederankündigung zur Stadterverordnetenwahl. Das Politische und kommunalpolitische war erledigt, das Menschliche trat in seine Rechte. Ein Genosse sprach einige warme Abschiedsworte und während die Menge in atemloser Stille verharrte, sang das Abschiedslied des Neustädter Arbeiter-Gesangsvereins durch den Mann. Es gab niemand, der nicht bis ins Innerste ergriffen war, als in melodischem Tonfall das selbe Lebewohl, Lebewohl, über die Köpfe hinwegzude. Noch einige lebhaft Worte Schmidts und die Besucher verließen den Saal, nachdem so viele ihrer konnten noch dem Verurteilten die Hand geschüttelt hatten. Heute vormittag auf dem Hauptbahnhof wurde der letzte Scheidezug gewechselt. Mehr als 300 Genossen und Genossinnen hatten sich eingefunden, und mehr als 100 Gaben schickte das Volk bis Gommern, bis an die Thore des Gefängnisses. Die Frauen waren aufgelöst, die Männer tief bewegt. Ein letztes Lächeln schenken, der Zug verließ die Halle. Auf dem Bahnhof in Gommern erwarteten mehr als fünfzig Magdeburger Radfahrer die Ankommenden; in erstem Zuge ging es durch die langgestreckten Straßen des Städtchens bis zum Treffpunkte, wo die zahlreichen Eisenbahnarbeiter ihrer harrten, die es sich nicht nehmen lassen wollten, dem Parteigenossen des Geleits zu geben, der für drei Jahre hinter den hohen Mauern ihr unehrenvoller und rechtloser Mitbürger sein wird. Gegen 1/2 12 bewegte sich ein langer armer Zug dem Gefängnissthor zu; ein letzter Abschied von den Genossen, ein erschütterndes Lebewohl von seinem Weib und seinen Verwandten und Albert Schmidt öffnete sich in Begleitung des Genossen Lanke, des Arbeitgebers unseres Inhaftierten, das Thor. Ein Schritt, die Thür schlug zu, der Schlüssel harrte im Schloß — für drei Jahre ist das Opfer des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen aus den Reihen des kämpfenden Proletariats gestrichen.

Die bayerischen Wahlrechts-Debatten.

Nach vierstündigen Verhandlungen gingen am Montag endlich die leitweise recht lebhaften Debatten über die Reform des Landtagswahlgesetzes zu Ende und mit Stimmeneinstimmigkeit beschloß die Kammer, den socialdemokratischen Wahlrechts-Antrag an einen besonderen Ausschuss von 21 Mitgliedern zur Vorbereitung zu überweisen. In seinem Schlusswort sprach Boillmer über das Wahlkompromiß. Die Zeiten hätten sich merklich geändert. Kaum sind die Socialdemokraten als Auswurf der Menschheit, als revolutionäre Um-

stürzler angesehen und behandelt worden, so klingt jetzt das Lied anders. Jetzt kann man ohne Gefährdung des Seelenheils mit den Socialdemokraten gehen. Wie unendlich, wie tollwoll habe man in diesen Tagen in der Kammer von den Socialdemokraten gesprochen. Während man früher über die fünf socialdemokratischen Abgeordneten spottete, sagt man jetzt, man wünsche eine stärkere Vertretung der Partei, denn diese wirke nützlich. Die socialpolitische Einflucht in Bezug auf die Stellung der socialdemokratischen Abgeordneten sei sehr erfreulich. Man behandle sie nicht mehr als revolutionäre Umstürzler, die sie auch nicht seien. Aus dem Stroh von früher sei eine unverdorbene Erbin geworden. Das hätten die Wahlen gemacht.

Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ fürchten das böse Beispiel Bayerns und setzen alle ihre Hoffnung auf den preussischen Landtag. Höhnisch bemerkt das Krupp-Blatt:

Es wäre nur erwünscht, wenn die linksliberale Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses der Anregung folgte und mit Rücksicht auf die Wahlrechts-Debatte in der bayerischen Kammer im preussischen Abgeordnetenhaus einen Generalangriff gegen das Dreiklassen-Wahlrecht eröffnete. Es würde dann klar werden, wie sehr im Gegensatz zu der bayerischen Volksvertretung innerhalb des preussischen Landtages die Wertschätzung des allgemeinen und geheimen Wahlrechts für die Landtagswahlen sich gemindert hat und wie wenig selbst Parteien, welche in Bezug auf die Reichstagswahlen einflussreich für das Bestehen des Reichswahlrechts einzutreten, geneigt sind, das preussische Wahlrecht durch das allgemeine gleiche und geheime Stimmrecht zu ersetzen.

Die ganze preussische Reaktion lebt ja einzig und allein von der Skarlatur eines Wahlrechts. Ein fauch freieres Geistes und die angemachte Nacht zerfließt in alle Winde.

Herrn van der Vorcht, dessen Vorschläge zur „Arbeitswilligen“-Vorlage wir im Veitartikel besprechen, hat ehrenvolle Anerkennung seines Liberalismus gefunden. Die „Kreuz-Zeitung“ freut sich seiner Vorschläge gegen den Koalitionszwang“ und hofft auf Verständigung mit den Nationalliberalen, die diese Vorschläge gut heißen. Der Herr Professor sieht, daß er auf gutem Wege ist.

Zu der „Deutschen Juristenzeitung“ spricht sich Professor v. Lilienthal-Heidelberg gegen die Zuchtthausvorlage aus. Er verurteilt die Notwendigkeit und Möglichkeit verstärkter gesetzlichen Schutzes, und er erklärt überhaupt die Vernehmung der Verkräftungen kriminalpolitisch geradezu für ein Unglück.

Das gute Herz der Unternehmer preist die „Post“ an, deren Angestellten doch wahrlich von diesem guten Herzen wenig verspürt. Im letzten Quartal habe das Unternehmertum allein zehn Millionen für Arbeiterwohlthätigkeits-Zwecke aufgebracht. Die „Post“ vergißt nur die notwendige Vergleichszahl anzugeben, wie viel Millionen das Unternehmertum in diesem Zeitraum aus der Arbeit der Proletarier für sich als mühselosen Gewinn eingehemst hat. Uebrigens verzichten die Arbeiter herzlich gern auf alle diese Wohlthaten, wenn man ihnen dafür die Freiheit gewährt. Mögen die Unternehmer lieber den Marinepatriotismus aus eigener Tasche bezahlen. Aber da haperts gerade. Die Kosten lassen sie die Arbeiter aufbringen, und als vor ein paar Jahren die famose Flottenaktion umging, da brachte die gesamte wasserfahrende besitzende Klasse des Vaterlandes bare 10000 Mark auf! Das ist der Projektion an einem Marinepatriotismus in einer einzigen Zahl. Wert: 10000 Mark.

Actus Flottenpöke. Die ministerielle „Berliner Korrespondenz“ schreibt in vollem Ernst:

Die „Freisinnige Zeitung“ berechnet, daß wir im Jahre 1917 einen Jahresetat von 250 Millionen Mark haben würden. Die Zahl mag richtig sein. Zur Beurteilung der Höhe der Zahl sei darauf hingewiesen, daß die übrigen Großstaaten, welche zum Teil weniger See-Interessen zu schützen haben als Deutschland, heute (1899) bereits folgende Marine-Etats besitzen:

England	500 Millionen Mark
Frankreich	240 „
Amerika	200 „
Rußland	185 „

Das Organ der Regierung zählt zu den Ländern, die weniger See-Interessen zu schützen haben als wir offenbar England.

Der Kanalbau. In Renchaldensleben hat, wie schon berichtet, eine Landtags-Extrawahl stattgefunden. Es fanden sich zwei konservative gegenüber. Von 356 Stimmen erhielt die kanalisierende Mittergutbesitzer Himmberg 206, der kanalfreundliche Bürgermeister Holz 151 Stimmen. Es stürt das Hochgefühl der Agrarier nicht wenig, daß ihr Mann gesiegt hat.

Reichstagsfrucht. Vor den bevorstehenden Reichstags-Debatten fürchtet sich die „Kreuz-Zeitung“. Sie möchte am liebsten als unangenehme Erörterungen durch Schluß der Debatte abschneiden und giebt folgenden Rat:

„Zu wünschen ist es nur in jedem Falle, daß die Abgeordneten schon gleich in der ersten Sitzung möglichst vollständig sich einfinden. Die Erfahrung hat gelehrt, daß die Arbeiten bei einem gut besetzten Hause rasch fortzueilen, daß dagegen der vielbesagte „Abfentismus“ an der Verschleppung der Vorlagen und an der „Uferlosigkeit“ der Debatten hauptsächlich schuld ist.“

Die „Kreuz-Zeitung“ steht vergebens. Es wird ihren Reuten nichts erpart werden, auch wenn sie vollständig zur Stelle sind. Im Reichstag haben die Konservativen nicht die Uebermacht und können nicht das Haus nach ihrer Willkür terrorisieren.

Ein sehr sorgsamer Landrat. An der Spitze der Nr. 84 der „Westfälischer Zeitung“, des Amtsblattes für den Oberwesterwaldkreis, findet sich folgende eigenartige amtliche Bekanntmachung: L. Nr. 11776.

Marientberg, den 18. Oktober 1899.

Bei meinen Kreisvereinigungen habe ich gefunden, daß in den meisten Säulen ungenutzte Oefen aufgestellt sind, welche das Heizmaterial sehr schlecht verwerten und deshalb im Brand den Gemeinden unverhältnismäßig teuer zu stehen kommen. Ich ordne daher zur Vermeidung von Kreisbeschaffungen ungenutzter Oefen hierdurch an, daß die Herren Bürgermeister vor der Kreisbesetzung von Oefen für Schulhäuser oder Lehrerwohnungen mit jedemmal Anzeige erstatten. Dabei muß mir Länge, Breite und Höhe des betreffenden zu heizenden Raumes in Metern angegeben werden. Ich sehe mit einer leistungsfähigen Firma in Verbindung, die solide, zweckmäßige Oefen zu mäßigen Preisen liefert. In diesen Oefen können sowohl Braunkohlen als auch Stein- und Anthrazitkohlen gebrannt werden. Ich werde dann jedesmal den Preis des Ofens mitteilen. Die Bestellung muß durch meine Hand erfolgen, um den Gemeinden den mir bewilligten Scout zu gute kommen zu lassen.

Auf Wunsch bin ich auch bereit, deraartige zweckmäßige Oefen — auch solche mit Kochrichtung — Privatpersonen nachzuweisen.

Der Landrat.

Wähling.

Der Herr Landrat giebt den Kreis seiner Amtspflichten recht weß. Darum beschämt er sich aber auf die Versorgung seiner Gemeinden mit Oefen, warum übernimmt er nicht die Vermittlung aller Gemeindebedürfnisse?

Socialdemokratische Geistliche. Der Uebertritt des Pfarrers Wemhardt zur Socialdemokratie veranlaßt die „Kreuz-Zeitung“ Reflexionen. Sie fürchtet, in den noch religiös gefärbten Kreisen des Volkes könnte bei solchen Geschehnissen das Vorurteil gegen die Socialdemokratie schwinden, das unsere reaktionären Verleumder mit so vieler Mühe verbreiten. Das Blatt meint:

Wemhardt ist ein hervorragender Typus der vorzugsweise subjektiven Auffassung des Christentums, wie sie gerade

In Württemberg von jeher besonders zahlreiche Vertreter findet. Von der Landesliste hat er sich deshalb schon lange getrennt und dafür einen zahlreichen Kreis persönlicher Anhänger um sich gesammelt, die sich aus allen Ländern der Welt rekrutieren und einen sehr regen Briefwechsel mit ihm unterhalten. In der Lautezeit seiner Absichten und seines Wandels hat wie jemand geäußert; dies Zeugnis kann ihm auch heute, wo er sich ausdrücklich zur Socialdemokratie bekennt, nicht verweigert werden; denn gerade in dieser überidealen, trotz eines starken Verlehrs weltentfremdeten Auffassung der Dinge und Menschen ist die eigentliche Wurzel jenes Schrittes zu suchen: er sieht in der Socialdemokratie nicht die Partei des Hasses und der Zerstörung, sondern nur die der Kleinen und Schwachen, die es sich zur Aufgabe macht, eine neue und bessere Weltordnung zu schaffen. Nur in diesem Sinne ist sein Uebertritt zu verstehen."

Es ist ein Rätsel der Natur, daß Wilmhardt, der noch bei den letzten Reichstagswahlen für den Deutschparteierteil eintrat, damals also wohl noch Menschenkenntnis hatte, in einem Jahre plötzlich weltentfremdet und — ein schrecklicher Vorwurf — Abergläubig geworden ist. Ein Wunder, ein komplettes Wunder! Ueberdies können wir zu unserem Vergnügen feststellen, daß, wenn der Geistliche die Socialdemokratie so aufseht, wie es die „Krenz-“ Zeitung behauptet, er die Aufsichtler ungefähr so sieht, wie sie sich selber sehen. Redet die „Krenz-“ Zeitung von einer Partei des Hasses und der Zerstörung, so entwirft sie offenbar eine Selbstzeichnung der auf Ausbeutung, Unterdrückung, Völkerverhaß und Kulturverwüstung beruhenden, im Militarismus, Marinismus und Kapitalismus Paz und Zerstörung findenden europäischen Reaktion. —

Aus Elbisch-Lothringen, 30. Oktober. (Glg. Ver.) Im Gemeinderat der Stadt Mülhausen haben die beiden socialistischen Vertreter, Dued und Hidel, einen Antrag eingebracht, in welchem unter dem Hinweis auf die illoyale Konkurrenz, die den freien Arbeitern am Plage gegenwärtig durch die Verwendung von Strafgefangenen zu Arbeiten bei Privatleuten sowie besonders bei dem Mülhauser Aufseherrechts-Neubau entstand, der Bürgermeister aufgefordert wird, beim Ministerium für Elbisch-Lothringen dahin vorstellig zu werden, daß die bezeichnete Verwendung von Strafgefangenen alsbald aufhöre.

In nachstehender Weise hat die socialistische Arbeiterkassette von Colmar dem Vertreter des Elbisch-Lothringischen Wahlkreises im Reichstag, Rechtsanwalt Preiß, gegenüber der demnächst wieder zur Beratung kommenden Zuchthausvorlage den Boden gestreift. Eine Arbeiterversammlung richtete an ihn die Aufforderung, bei der nächsten Lesung des Gesetzentwurfes sich in Berlin einzufinden, um seine Stimme gegen die Vorlage in die Waagschale der Entscheidung zu legen und für die Erweiterung des Wahlrechts der Arbeiterkassette einzutreten. Herr Preiß, der bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes im Reichstag gefehlt hat, erklärte sich in seinem Antwortschreiben bereit, dem Wunsch der Versammlung zu entsprechen. —

Anstand.

Oestreich-Ungarn.

Noch immer ezechische Unruhen.

Prag, 31. Oktober. In Pohna wurden am Sonntagabend an Häusern der Israeliten zahlreiche Fenster eingeschlagen. Später wurde die Ruhe wieder hergestellt. Der Bezirkskommandant war zugegen, die Gendarmenposten verstärkt. In Netizon, Chotebor und Senftenberg fanden am Sonntagabend demonstrative Umzüge statt, bei welchen mehrere Fenster eingeschlagen wurden. In Senftenberg sammelte sich am Sonntag trotz Abmahnens der Behörden die Menge neuerdings an. Die Gendarmen bereitete Umzüge in den Straßen und verhaftete zwei Personen wegen renitenten Benehmens. Auch in Policka und Wlgram fanden in den letzten Tagen Kundgebungen statt; zu ernstlichen Ausschreitungen kam es indessen nicht.

Schweiz.

Jürich, 30. Oktober. (Glg. Ver.) Soweit bis jetzt Nachrichten über die Resultate der gestrigen Nationalrats-Wahlen vorliegen, lassen sie erkennen, daß 4 Socialdemokraten gewählt sind und 3 in die Stichwahl kommen. Gewählt wurden, wie voranzuführen war, Wallisleger in Basel mit 4337 (1896); 4335, Triquet in Genf mit 6174 (1897), Gschwind in Basel mit 3198 und Vogelbacher in Jürich mit 18 522 (14 000) Stimmen. Dazu ist zu bemerken, daß Vogelbacher auf den Listen aller Parteien stand, Triquet auf den socialdemokratischen und nationalen, Wallisleger auf den socialdemokratischen und konservativen, und daß Gschwind von den Arbeitern und Bauern gewählt ist. In die Stichwahl kommen Schweizer in Basel mit 2980 Stimmen mit freisinnigen und konservativen Gegenkandidaten, Dr. Brücklein oder Watt in Bern mit Dr. Sonded und dem konservativen Wbf socialdemokratische Stimmen 2945, 1896; 2339 und Bieler in Neuenburg mit 3900 (2096) mit einem konservativen. In Jürich wurden die übrigen fünf Bürgerlichen mit 11 364 bis 12 298 Stimmen gewählt, während die übrigen fünf Socialdemokraten 7673 bis 8767 (3690 bis 6973) Stimmen erhielten. Weiter erhielten erhebliche Stimmengahlen Rouquet in Lausanne 5398 (3200), Fierzholz in Solothurn 2487 (1000), Weimann in Biel 3520 (3200) Stimmen usw. Die „nahestehenden“ Wählerischen, wie Curti, Scherrer, Hülsemann, Dr. Hofmann, Kundig, Dr. Decurtins zc. wurden wiedergewählt. —

Frankreich.

Millerand und die russischen Offiziere. Im autokratischen Aufstand ist man mit dem gegenwärtigen liberalen und „arbeiterfreundlichen“ Regime in Frankreich seit langem höchst unzufrieden und die maßgebenden offiziellen russischen Blätter veröffentlichen eine wahre Hejrag auf das französische Ministerium und auf den Präsidenten Loubet. Namentlich ist ihnen der socialdemokratische Minister Millerand ein Dorn im Auge und die „Kowojse Wremja“ ist außer sich, daß Waldeck-Roussieu seinem Kollegen Millerand der Kammer einen Gesetzentwurf zu unterbreiten erlaube, der auf Erweiterung der politischen und bürgerlichen Rechte der Arbeiterkassette hinzielt. Dies könne, meint die „Kowojse Wremja“, die bestehenden Klassen Frankreichs nur mit Unruhe und Misstrauen erfüllen und sehr charakteristisch wäre es, daß sich in jüngerer Zeit selbst im Regierungsblatt, dem „Temps“, Stimmen vernehmen ließen, daß das Ministerium Waldeck bei seiner verschiedenartigen Zusammenfügung nicht am Aude bleiben könne, nachdem es seine Aufgabe erfüllt, die Dreifach-Affaire zu liquidieren und daß ein Millerand und andere Socialisten als Minister unnütz und sogar „für die Ruhe der bestehenden Klassen gefährlich“ wären. —

Paris, 31. Oktober. Der heute im Elysee stattgehabte Ministerrat beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf betreffend das Verordnungsverfahren, welcher der Kammer unmittelbar nach ihrem Zusammentritt vorgelegt werden soll. Als Tag des Zusammentritts wurde der 14. November festgesetzt.

Es bestätigte sich, daß der Staatsgerichtshof am 8. November zusammentreten wird.

Paris, 31. Oktober. Eine Depesche des Kommissars im Scharf-Distrikt, Gentil, an den Kolonialminister berichtet: Der Administrator Decourmet, Lieutenant Brown und Sergeant Martin sowie 27 Senegalesen sind im August in Baghirmi in einem Kampfe mit Rabah, der an der Spitze von 7000—8000 Mann stand, gefallen. Nur ein senegalesischer Sergeant ist entkommen. Auch Rabah hat große Verluste erlitten.

Spanien.

Madrid, 30. Oktober. Senat. In Beantwortung einer Anfrage erklärt Silvela, die Verfügung des Generalleitens von Katalonien, betreffend die Steuerzahlungen, sei im Einverständnis mit der Regierung erlassen worden. Die Interpellation des Grafen Almenas wird am morgen verlegt.

Deputiertenkammer. Der Republikaner Sol y Ortega greift eine Verfügung des Generalleitens von Katalonien an, durch

welche die Steuerpflichtigen, welche die Zahlung der Steuer verweigern, für Aufrechter erklärt werden, und behauptet, die Katalonier seien keine Separatisten; dieselben seien unzufrieden wegen des Verlustes von Andalus und der Philippinen. Hierauf wird die Verhandlung vertagt. —

Asien.

Shanghai, 31. Oktober. Ein Telegramm der „North China Daily News“ aus Tschangking vom 30. d. M. meldet, daß in Jehuanshien in der Provinz Szechuan ein Aufstand der Eingeborenen ausgebrochen und daß der Mandarin ermordet worden ist. Die Lage werde als ernst angesehen.

Partei-Nachrichten.

Ueber Parteiversammlungen, die sich mit dem Parteitag beschäftigten, liegen wieder einige Berichte vor. In Rotterdam erklärten sich die Genossen ohne Debatte mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden; in Grimnitzgau, Bochum und Gagen wurden nach kurzer Debatte Zustimmung-Resolutionen angenommen, in Jechnij in Anhalt erhob sich kein Widerspruch, und in 1. hamburgischen Wahlkreise wurden in der Debatte nur nebenhächliche Einwendungen erhoben, während ein Beschluß nicht gefaßt wurde.

In Mainz referierte Genosse David über den Parteitag. Er zeigte sich als von dem Gange der Bernstein-Debatte sehr erfreut. Wechselt er für die Bebel'sche Resolution gestimmt habe, erklärte er auch, der zweite Absatz sei ihm zwar zu eng und einseitig, trotzdem hätte er für den ganzen Absatz gestimmt, auch wenn er ihm noch weniger gefallen hätte, schon darum, weil der Absatz zugleich auch eine vortreffliche Definition unseres wahren und wirklichen Endziels gebe, welche laute: „Die größtmögliche Wohlfahrt aller!“ Diese Feststellung des Endziels mache dem „Ehler“ Bebel alle Ehre. Halte man das im Auge, so erscheinen alle übrigen „Endziele“ nur als Mittel zum Zweck, die sich in letzter Linie alle jenem wirklichen Endziel untergeordnet haben.

Nach einer längeren Diskussion, in der auch Gegner Bernsteins sprachen, wurde gegen eine Stimme diese Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages und der Thätigkeit ihres Delegierten, Genossen Dr. David, insbesondere in der Bernsteinfrage einverstanden. Sie erkennt den Klassenkampf als notwendig an und hält es für die Pflicht der Arbeiterklasse, zur Erreichung des Endziels die gegenwärtigen Verhältnisse möglichst günstig für die Arbeiter zu gestalten, um sie geistig und körperlich auf ein höheres Niveau zu heben.“

Der Berliner Verleser der „Neuen Zeit“ (Nr. 5) kommt bei Gelegenheit der Besprechung des jüngsten Spielerprozesses auf die Bemerkungen der „Dresdener Volkszeitung“ (siehe „Vorwärts“ Nummer 246) gegen die Verleser des Hinweises auf die Harnlosen in Hannover zurück und polemisiert dagegen. Er sagt, es mache sich in der Anschauung unseres schlesischen Parteiblattes ein Geist geltend, der, wenn er um sich griffe, zum tödtlichen Gifte für den Klassenkampf des Proletariats werden müßte. Man solle doch nicht behaupten, daß sich die Harnlosen zur bestehenden Klasse verhielten, wie die Lumpenproletarier zur arbeitenden Klasse.

„Denn da die „Harnlosen“ überwiegend aus Assessoren, Lieutenants und sonstigen Säulen der Beamtenhierarchie bestehen, so müßte sich, wenn jener Vergleich stimmen sollte, die Brantenschaft der Socialdemokratie aus dem Lumpenproletariat rekrutieren, was denn doch der „Würde“ der Partei ungleich näher treten heißt, als wenn man Parteitag und Spielerprozeß als härteste Kontraste gegenüberstellt.“

Am leichtesten wird die ganze Schiefheit der von dem schlesischen Parteiblatt beliebten Beweisführung durch einen historischen Vergleich hergestellt. Man kann kein bürgerliches Geschichtswort über die große französische Revolution aussprechen, ohne den Halsbandsprozeß als ein Symptom für die unheilbare Fäulnis des ancien régime aufgezählt zu finden. Und doch traten in diesem Prozeß nur ein halbtüchtiger und verkommenen Junker, nur eine Dirne, nur ein internationaler Hochstapler auf, also nur einzelne Exemplare der Kategorien, die in dem Berliner Spielerprozeß gleich idiosyncrasisch auf die Bühne gebracht wurden. Jedoch die französische Bourgeoisie, die damals noch revolutionär zu denken vermochte, machte die ganze regierende Klasse für den Halsbandschwindel verantwortlich und wußte ihn trefflich zu benutzen, um selbst zur Herrschaft zu gelangen. Ja mehr noch: alle Historiker, und in erster Reihe die bürgerlichen, haben ihr bis auf den heutigen Tag bestätigt, daß sie sehr richtig geurteilt und gehandelt habe, so wie sie urteilte und handelte. Soll damit nun gesagt sein, daß die in Frankreich vor der großen Revolution regierende Klasse aus lauter solchen Gonnern bestanden habe, wie die Heiden des Halsbandschwindels? Nicht im entferntesten, und es wäre ja auch eine ganz unsinnige Annahme; hat doch noch selbst in unserem Jahrhundert das ancien régime, nachdem es die schrecklichsten revolutionären Umwälzungen jahrzehntelang überstanden hatte, fünfzehn Jahre, von 1815 bis 1830, Stille Frankreich geherrscht. Wie schon vor vierzig Jahren an dieser Stelle angeführt wurde, bedarf jede regierende Klasse, um überhaupt bestehen zu können, arbeitsamer und fähiger Mitglieder, was keineswegs ausschließt, daß sie trotzdem in Grund und Boden verrotten sein kann. Wie ist eine Klasse verkommenen gewesen, als das preussische Junkertum, das bei Jena zusammengedrückt wurde, und doch befanden sich an hohen und selbst höchsten Stellen in seiner Mitte diejenigen Männer, die wenige Jahre später das napoleonische Heer zu schlagen wußten.

Es kommt eben darauf an, ob man die Dinge vom historisch-politischen Standpunkt aus betrachtet, der die Klassenkämpfe als solche unterscheiden und würdigen kann, oder aber vom Standpunkt des Stichbürgers, der niemals fähig ist, den Wald von den einzelnen Bäumen zu trennen, und der deshalb auch dazu verdammt ist, sich ewig zu verirren. Häufen sich in der regierenden Klasse die Skandale so, wie sie sich in Frankreich vor der großen Revolution häuften, und wie sie sich heute noch zehnfach häuften in der das preussisch-deutsche Reich regierenden Klasse häufen, so ist man wohl berechtigt, von solchen regierenden Klassen zu sagen, daß sie innerlich verfaulen seien. Ja, man ist dazu nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet, wenn man die Interessen der unterdrückten Klassen wirksam vertreten will. Es heißt die Arbeiter, sei es auch in bestem Glauben, aber die wahre Sachlage täuschen, wenn man ihnen sagt: die „Harnlosen“ sind nur der Bodensatz der regierenden Klasse, aber nicht die regierende Klasse selbst. Das ist einfach nicht wahr, und gegenüber dieser ehrlichen, aber gefährlichen Schönfärberei loben wir uns den Verteidiger des „Harnlosen“ v. Kanfer, der vor den gerichtlichen Schranken in Moabit mit tragischer Geberde sagte: Mein unglücklicher Klient ist einem schrecklichen Verhängnis zum Opfer gefallen; wäre der Prozeß vier Wochen später angehängt worden, so hätte man ihn nicht mehr gefaßt, und er würde eine glänzende Karriere als Beamter machen.“

Ein großes Arbeiterfest ist am vergangenen Sonntag in Genf gefeiert worden; alle Gruppen der belgischen Socialdemokratie, sowie alle Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine waren durch Deputationen vertreten. Von Brüssel allein brachte ein Sonderzug 700 Personen. Der „Boornit“, die bekannte Genet-Genossenschaft, weichte seine neuen Magazine ein. Diese stellen, wie dem „Peuple“ berichtet wird, einen imposanten, palastartigen Bau dar: in ihm sollen die Lager für Schutttrovanen und Konfektion gelegt werden. Das Fest wurde eingeleitet mit einem Luzzu, an dem viele Tausende teil nahmen; in dem neuen Magazin hielt Ansele eine zündende Ansprache und im Festsaal des „Boornit“ fand die Feier durch einen Ball ihren Abschluß.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Rabishpanner! Die Differenzen bei der Firma Schulz sind zu unserer Zufriedenheit beigelegt und ist hiermit die Sperre über dieselbe aufgehoben. Der Vorstand.

Sociales.

Löhne und Unfälle.

551 000 Personen waren im Jahre 1898 in den 8 Berufs-genossenschaften der Eisen- und Stahlbranche versichert, das ist seit 1887 fast die doppelte Zahl, nämlich gegen dieses Jahr mehr 418 000 Personen. Die anrechnungsfähigen Löhne betragen im Jahre 1887 in Summa 374 490 000 M. oder pro Kopf der Versicherten 828 M. Im Jahre 1899 stieg die Gesamtsumme auf 818 301 000 M. oder 962 M. pro Kopf und Jahr der Versicherten. Mitteln beträgt die Einkommenssteigerung in 12 Jahren 16,18 Proz., seit 1891 beträgt die Steigerung aber nur 9,45 Proz. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, betrug der Durchschnittslohn pro Tag

Jahr	Tagelohn	Lohn-Steigerung oder -Minderung in Mark
1887	2,76	—
1888	2,76	—
1889	2,85	+ 0,09
1890	2,90	+ 0,05
1891	2,93	+ 0,03
1892	2,88	- 0,05
1893	2,90	+ 0,02
1894	2,91	+ 0,01
1895	2,92	+ 0,01
1896	3,01	+ 0,09
1897	3,03	+ 0,02
1898	3,26	+ 0,23

Thatsächlich ist aber für eine große Anzahl der beteiligten Berufs-genossenschaften der Tagelohn weit niedriger, weil es sich um Durchschnittslohn handelt. Die qualifizierten Arbeiter werden natürlich höher bezahlt, mithin die gewöhnlichen Handarbeiter viel schlechter. Allerdings verhalten sich die Zahlen etwas, wenn die thatsächlich gezahlten Löhne verrechnet werden. Zur Beitragszahlung zur Berufs-genossenschaft kommt nämlich von dem 4 M. übersteigenden Lohn als anrechnungsfähige Lohnsumme nur ein Drittel in Verrechnung. Da nun aber der Gesamtdurchschnittslohn weit unter 4 M. steht, kann die Verrechnung der thatsächlich gezahlten Löhne an dem Bilde nur sehr wenig ändern. Was will aber die gezogene Lohnsteigerung gegenüber der verteuerten Lebenshaltung — gestiegene Lebensmittelpreise, hochgeschraubte Wohnungsmieten zc. — bedeuten? Und wenn es sich dabei thatsächlich noch wenigstens um eine wirkliche Lohnsteigerung handelte. Das ist aber nur sehr begrenzt der Fall. Zunächst wird es wenigen Arbeitern vergönnt sein, sagen zu können, die Recordpreise seien erhöht worden. Das Gegenteil ist der Fall. Je toller die Produktion, je toller auch die Abzüge vom Record, als Ertrag dafür läßt man Ueberzeit arbeiten. Der Lohn für die abfolvierten Ueberstunden und Ueberleistungen ist aber in den angegebenen Tagen mit enthalten. Bei Nichtbeachten dürfte sich herausstellen, daß der Arbeiter für das Mehrerkommen durch längere und anstrengendere Arbeit das Doppelte und Dreifache mehr leisten muß. Viel realer als die Lohnsteigerungen sind die Unfallzahlen.

Es verunglückten:

Jahr	In Summa	Pro Tausend der Versicherten	Tödtlich
1887	2 233	4,96	231
1888	2 877	5,06	227
1889	3 658	6,56	296
1890	4 235	7,30	348
1891	4 573	7,07	296
1892	4 587	7,90	272
1893	4 762	7,84	316
1894	4 942	7,50	300
1895	5 277	8,11	363
1896	6 065	8,40	375
1897	6 573	8,85	440
1898	7 820	9,30	470
In Summa	53 057		3943

In der Zahl der Unfälle sind die der Nordwestlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Hannover für 1898 nicht mit einbezogen. Wir können daher ruhig rund 60 000 Unfälle, darunter rund 4000 tödtliche, rechnen. Welche Unsumme von Blut und Leiden, mit unermesslichem Anner und Leid für die Hinterbliebenen und Beteiligten im Gefolge! Seit 1887 stieg der Lohn um 16,18 Proz., die Unfallzahlen steigerten sich um 83,47 Proz.

Wie würde es aber erst aussehen, wenn die socialdemokratische Fraktion im Reichstage nicht fortgesetzt auf die strapallose Ausnutzung der Arbeiter hinwirft und wenn die Arbeiterorganisationen nicht schon längst einen Teil der staatlichen Funktionen ausübten, nämlich die Prägung der gesetzlichen Bestimmungen nach Möglichkeit über-wachten.

Die Niederlage der Engländer.

Wenn auch die Schlacht um Ladysmith am Montag noch nicht zu einer vollen Entscheidung geführt hat, so ist doch der Erfolg auf Seiten der Boeren bereits ein außerordentlich großer und die Lage der fast ringum eingeschlossenen englischen Truppenmacht wird höchst schwierig. Da die Meldungen über den Verlauf des Kampfes aus englischer Quelle kommen, so ist anzunehmen, daß die Wirklichkeit noch ungünstiger für die Engländer ist, als die Mitteilungen zugehen.

Depesche des Generals White.

Die Depesche des Generals White über die Schlacht am Montag ist aus Ladysmith von 4 1/2 Uhr nachmittags datiert und hat folgenden Wortlaut:

Ich habe heute alle hier befindlichen Truppen verwendet, mit Ausnahme der für den Dienst nötigen Belagungs-mannschaften. Die Gebirgsbatterie Nr. 10 mit den irischen Hülfleuten und dem Gloucestershire-Regiment bedeckte ich, eine Stellung auf Hügel einzunehmen, um an unserer linken Flanke Luft zu schaffen. Die Truppen rücken 11 Uhr abends an. Während der Nacht gingen einige Kavallerie der feuernden Batterie mit ihren Geschützen durch. Ich hoffe indessen, dieselben wieder zu erlangen. Zwei Bataillone sind bisher nicht zurückgekehrt, werden aber heute abend zurück erwartet. Ich schickte zwei Divisionen Feld-artillerie und fünf Bataillone Infanterie, unterstützt von Kavallerie, unter dem General French ab, um die Stellung anzugreifen, auf welche der Feind gestern seine Geschütze aufgeschraubt hatte. Die Stellung war vom Feinde geräumt, unsere Truppen wurden aber mit großer Heftigkeit angegriffen. Ich glaube, wir fanden hier Roberts' Truppen gegenüber. Dieselben hatten viele Geschütze und zeigten sich in großen Massen. Unsere Truppen waren sämtlich am Kampfe beteiligt, sie trieben den Feind mehrere Meilen zurück, es gelang ihnen aber nicht, an die Lagerplätze des Feindes heranzukommen. Unsere Verluste schätze ich zwischen 6000 und 8000 Mann, diejenigen des Feindes müssen viel größer gewesen sein, da das Feuer unserer Geschütze sehr wirksam zu sein schien. Nachdem der Kampf mehrere Stunden gedauert hatte, zog ich die Truppen zurück, welche in ihre Quartiere zurückkehrten, ohne vom Feinde belästigt zu werden. Der Feind hat große Truppenmassen konzentriert, seine Geschütze reichen weiter als unsere Feldgeschütze. Ich habe jetzt einige Schiffschiffe zur Verfügung, welche die Kanonen des Feindes zeitweise zum Schweigen brachten und welche, wie ich hoffe, den besten feindlichen Geschützen überlegen sein werden, mit denen der Feind die Stadt aus einer Entfernung von über 8000 Yards beschossen hat.

Anderer Schlachtberichte.

Wie der „Standard“ aus Ladysmith von Montagabend meldet, erwartete man, daß das Centrum den Hauptstoß auszuhalten haben würde, aber der Rückzug der Boeren änderte den Plan Whites; der rechte Flügel wurde stark ins Gefecht gezogen und mußte vom Centrum unterstützt werden. Die Boeren wurden alsdann stetig zurückgedrängt; darauf zog White, nachdem er den

Zweck der Aufklärung erreicht hatte, sich in guter Ordnung auf Ladysmith zu rücken. Gegen Ende des Kampfes traf eine Abteilung Seesoldaten von dem in Durban liegenden Kriegsschiff „Potter“ ein, die schwere Geschütze ins Trossen führte. Nach dem vierten Schuss aus denselben waren die vierzig Pfänder der Boeren demontiert, so daß die Stadt Ladysmith von der Befürchtung einer Beschießung befreit ist. Die Boeren hielten das Feld mit vieler Tapferkeit und großer Ausdauer und mußten schwere Verluste erlitten haben.

Der Korrespondent der „Times“ berichtet folgende Einzelheiten: Die Boeren begannen das Bombardement der Stadt bei Tagesanbruch. General White sandte sofort Kavallerie unter General Krenk, sowie sechs Batterien und eine Infanteriebrigade in westlicher Richtung aus. Oberst Hamilton mit einer Brigade wurde nach Norden geschickt, um die feindliche Stellung zu umgehen. Der Feind verteidigte sich mit schwerem Geschütz sehr gut und sein Feuer war von vortrefflicher Wirkung. Unsere sechs Batterien beantworteten das feindliche Feuer. Um 8 Uhr morgens hatte unsere Kavallerie festgestellt, daß die Boeren in westlicher Richtung sehr stark waren; infolgedessen wurden unsere Geschütze zurückgezogen. Das Feuer dauerte bis gegen Mittag. Oberst Greenwood wurde dem Feinde entgegengeschickt; aber sein Angriff blieb erfolglos, weil der Feind sofort seine Stellung änderte und einen Scheinangriff auf unsere linke Flanke ausführte. Infolgedessen rief General White die drei Batterien zurück. Diese sind um 2 Uhr nachmittags ins Lager zurückgezogen, nachdem sie einen gefährlichen Rückzug ausgeführt hatten. Sie mühten sich noch einmal die feindliche Linie passieren, wobei sie große Verluste erlitten. Gegen Ende des Kampfes trafen zwei Schnellfeuerbatterien unter Befehl des Obersten Kampsul ein und eröffneten sofort ein wirksames Feuer gegen die feindliche Stellung.

2000 Engländer kapitulierten.

Ein Telegramm des Generals White an das Kriegsministerium aus Ladysmith vom 30. d. M. meldet:

Die von General White ausgesandte Kolonne, bestehend aus irischen Pflanzern, einem Bataillon des Gloucester-Regiments und einer Gebirgsbatterie, welche zur Deckung der linken Flanke auf einem Hügel Stellung nehmen sollte, mußte nach beträchtlichen Verlusten kapitulieren.

Dazu meldet das „Neuerische Bureau“:

Die gefangen genommene Kolonne bestand aus 42 Offizieren und ungefähr 2000 Mann. General White fügte seiner Meldung hinzu: „Ich bin allein verantwortlich; die Stellung war unhaltbar.“

Kapstadt, 31. Oktober. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Wie den „South African News“ aus Ladysmith von heute gemeldet wird, wird jetzt am Fuße des Umbabane-Berges, wenige Meilen von Ladysmith entfernt, gelämpft. Mehrere Geschosse sind in die Stadt gefallen.

Nach auf dem westlichen Kriegsschauplatz sind die Boeren erfolgreich. General Cronje, der Maseling belagert, berichtet über Lorenzo-Marquez, daß die Garnison von Maseling einen Ausfall gemacht hat. Die Engländer griffen die Boeren mit gefälltem Bajonett an, wurden aber von ihnen zurückgeschlagen, nachdem sie 10 Tote und zahlreiche Verwundete zurückgelassen hatten. Am Sonnabend verlangte Oberst Baden-Powell einen Waffenstillstand, um seine Toten begraben zu können, was ihm auch gestattet wurde.

Das „Neuerische Bureau“ meldet unter dem 25. Oktober aus Ryburg: Die Boeren erbeuteten einen Vorrat von Waffen und Munition, die von den Polizeimannschaften vor der Räumung der Stadt in einen Schacht geworfen waren. Eine Anzahl von Afrikanern in Versuchungslage hat sich jetzt offen den Boeren angeschlossen.

Ein Telegramm aus Barfky West meldet, die Boeren werfen, um die Stadt zu beschließen, rings um Kimberley Befestigungen auf.

General Bullers Ankunft.

London, 31. Oktober. General Buller, der zum Oberkommandierenden der englischen Armee in Südafrika bestimmt ist, traf heute nacht in Kapstadt ein.

In London.

Das schwere Unglück, welches den englischen Truppen bei Ladysmith widerfahren ist, ruft in London wie in ganz England ungeheure Aufregung hervor. Das Kriegsministerium hat an den General Buller eine Depesche geschickt, in welcher es dem General ankündigt, daß binnen etwa zehn Tagen drei neue Bataillone und eine Gebirgsbatterie zum Ersatz der erlittenen Verluste nach Südafrika abgehen werden.

London, 31. Oktober. (Meldung des „Neuerischen Bureaus“.) Die Abendblätter geben ihrem Schmerz über das unerhörte Unglück in Südafrika Ausdruck, wollen jedoch bis zum Eintreffen genauere Mitteilungen mit ihrem Urteil über dasselbe zurückhalten. Obwohl sie die Größe des Unglücks einsehen, suchen sie jede ungebührliche Aufregung über die Wirkung desselben abzumildern und meinen, daß der Verlust von 2000 Mann das Endergebnis nicht beeinflussen könne. Die Engländer seien entschlossen, koste es, was es wolle, ihre Suprematie thatsächlich anzuzuerkennen.

London, 31. Oktober. (W. L. V.) Das Kriegsamt hat den Befehl gegeben, daß die ersten Bataillone der Regimenter „Suffolk“, „Essex“ und „Derbyshire“ für den Dienst in Südafrika mobil zu machen sind.

Mittich, 31. Oktober. (W. L. V.) Der Ausstand der Kohlenarbeiter in Scragh hat heute weiter um sich gegriffen; auch die Gewerkschaft der Coleridgegesellschaft sind in Mitleidenschaft gezogen.

Dransschweig, 31. Oktober. (W. L. V.) Dr. Blumenau, der Gründer der deutschen Kolonie Blumenau in Brasilien, ist hier gestorben.

Brüssel, 31. Oktober. (W. L. V.) In der Repräsentantenkammer erklärte der Minister des Aeußern auf eine Anfrage des Deputierten Denis, daß die belgische Regierung, nachdem sie im Haag formelle Verbindlichkeiten bezüglich des Vorgehens zur Konstitutionierung des Schiedsgerichtshofes, welcher binnen möglichst kurzer Zeit geschlossen werden soll, übernommen, ihre Verbindlichkeiten nicht abändern könne, indem sie die sofortige Schaffung eines nur von einzelnen Vertragsmächten eingerichteten Schiedsgerichtshofes vorschläge. Mehrere Mächte hätten bereits die Manifestationen ausgetauscht. Die Regierung könne weder der Entscheidung der übrigen Mächte vorgehen, noch Schritte zur Abklärung der in der Schlussakte festgesetzten Frist für den Eintritt zur Schiedsgerichtskonvention thun.

Ein Citat.

Die englische Nation (gens) als Volk (populus) betrachtet, ist das schätzbarste Ganzes von Menschen, im Verhältnis gegen andere (= einander) betrachtet. Aber als Staat gegen andere Staaten das verderblichste, gewaltsamste, herrschsüchtigste und kriegserregendste unter allen.“

Zimmernel Kant.

Sociale Rechtspflege.

Wahndrucker oder Ziegelbrucker. Dem jugendlichen Buchdrucker H. war von dem Druckereibesitzer Feilchenfeld in seinem Arbeitsbuch bescheinigt worden, daß er bei ihm zuerst als Anleger und dann als Ziegelbrucker thätig gewesen sei. H. war damit nicht zufrieden. Er verklagte H. beim G e r i c h t und verlangte, daß der Beklagte verurteilt werde, ihn im Wege des Buchdrucker zu bezeichnen. Der Kläger gab zu, daß er thatsächlich beim Beklagten die Ziegeldruck-Presse bedient habe; er meinte aber, er sei zweiter Maschinenmeister gewesen. Die Kammer VIII unter dem Vorsitz des Gewerbeichters Meier wies seine Klage mit der Begründung ab, daß er mit der Verrichtung seiner Thätigkeit als der eines

Ziegelbruckers zufrieden sein muß, weil er thatsächlich an der Ziegeldruck-Presse gearbeitet habe.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit. Der Maschinist B. mußte auf einem Dampfer des Schiffbauers Rebellmann zugleich Maschinisten- und Heizerdienste verrichten. Einmal Tages verlangte er die sofortige Einstellung eines Heizers, und verließ das Schiff, als ein solcher nicht gleich beschafft wurde. Er verklagte dann Rebellmann beim G e w e r b e g e r i c h t und machte eine Geldforderung gegen ihn geltend. Der Beklagte bestritt jede Verpflichtung, indem er sich darauf berief, daß B. die Arbeit unbefugt verweigert habe. Hierauf erwiderte der Kläger, er sei nicht verpflichtet gewesen, ohne Heizer zu fahren. Diese Angabe führte zu Erörterungen über die technischen und polizeilichen Anforderungen an den Schiffsverkehr. Es wurde festgestellt, daß der Kläger thatsächlich berechtigt war, die Anstellung eines Heizers zu verlangen. Die Kammer VIII wies ihn trotzdem mit seinem Ansprache ab und der Vorsitzende Meier fügte aus: Wenn sein Verlangen auch berechtigt gewesen sei, so hätte er doch erst warten müssen, ob nicht ein Heizer beschafft werde. Aber zu sagen, wenn nicht gleich einer da sei, dann lege er die Arbeit nieder, und dies sofort zu thun, das grenze an Chikane. Somit liege doch eine unbefugte Arbeitsverweigerung vor.

Versammlungen.

Für die Versammlung im 1. Wahlbezirk hatte Genosse Brun d das Referat übernommen. In der Diskussion trat ein Anhänger der Freisinnigen den von der Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung in allen Fragen der sozialen Fürsorge eingenommenen Standpunkt. Nach längerer lebhafter Diskussion stimmte die Versammlung einer Resolution zu, welche die Anwesenden verpflichtete für die Wahl des socialdemokratischen Kandidaten, Restaurateur Frey, einzutreten.

Die leider sehr schwach besuchte Kommunalwähler-Versammlung im 6. und 7. Bezirk veranlaßte den Referenten G w a l d auf ein erschöpfendes Referat zu verzichten und sich darauf zu beschränken, einige Forderungen des socialdemokratischen Kommunalprogramms zu erläutern und die Sünden des Berliner Kommunalregiments bei der Erörterung des Armenrats, öffentlichen Anschlagwesens, Elektrizitätswerke, Schulärztefrage und die geringe Entlohnung der städtischen Arbeiter ins rechte Licht zu rücken. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Eine gutbesuchte Kommunalwähler-Versammlung für den 21. Wahlbezirk tagte gestern im großen Saal von Stechert in der Andreasstraße. Der socialdemokratische Kandidat des Bezirkes, Genosse F r i t z W i l k e, beleuchtete in trefflichen Ausführungen die kulturfördernde Wirksamkeit der socialdemokratischen Fraktion im Roten Hause, der er den armen „Freisinn“ und die öde socialpolitische Einseitigkeit des Kommunal-Liberalismus gegenüberstellte. Die Versammelten zeigten ihr Einverständnis, indem sie dem Redner lebhaft Beifall spendeten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Die Genossen S c h n a b e l und H e i n i c h trugen einige kommunale Wünsche und ermunterten die Anwesenden, für eine rege Wahlbeteiligung zu Gunsten Wilkes zu sorgen. Nach dem zündenden Schlusswort des Kandidaten verpflichtete sich die Versammlung in einer Resolution, dem Genossen Wille am 6. November zum Siege zu verhelfen.

Für den 26. Bezirk tagte eine stark besuchte Versammlung im „Eisbaun“ in der Landobener Allee. Der Kandidat für diesen Bezirk, Gen. H u g o H e i m a n n, erläuterte in einem ausführlichen Referat die Bedeutung der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Redner kritisierte in trefflicher Weise das „freisinnige“ Verhalten der Mehrheit in der Berliner Stadtverwaltung gegenüber allen vollständigen Forderungen der Socialdemokratie. Referent schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Wunsch, möge der Wahltag und den Sieg unserer Partei über den Freisinn bringen. (Lebhafter Beifall.) Von den Gegnern meldete sich trotz mehrfacher Aufforderung keiner zum Wort. Vorkommern ergänzte einige Ausführungen des Referenten in Bezug auf das Schulwesen. Stadthagen kritisierte in scharfen Worten die traurigen Lohn- und Arbeiterverhältnisse auf den städtischen Rieselgärten, sowie die Mängel in der Armenverwaltung. Es scheint wohl auch mir ein Zufall zu sein, daß am Tage der Wahl die Kontrollveranlassungen stattfinden! In einer Resolution verpflichteten sich alle Anwesenden, für die Wahl des Genossen Heimann einzutreten. Am künftigen Sonntag, den 5. November, findet eine allgemeine Wählerversammlung bei Keller in der Appenstraße statt.

Für den 30. Bezirk tagte gestern Abend eine kommunale Wähler-Versammlung im Lokal „Zum alten Dessauer“, Arilleriestraße. Referent war der Kandidat des Bezirkes, Genosse S a s s e n b a c h, welcher im Eingang seines Referates das bestehende Wahlsystem einer herben Kritik unterzog, aber seiner Meinung dahin Ausdruck gab, daß trotzdem für die Arbeiterklasse keine Veranlassung bestehe, Abwesenheit zu treiben. Redner entwarf sodann ein getreues Bild der kommunalpolitischen Zustände Berlins unter dem freisinnigen Regiment und besprach diejenigen Postulate, deren Verwirklichung die Socialdemokratie im Interesse einer geordneten Entwicklung der Gemeinde fordern mußte. Insbesondere wies der Redner auf die Aufgaben der Gemeindeverwaltung in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber hin.

Mit der Aufforderung an die Anwesenden, am kommenden Montag im Sinne der Socialdemokratie zu stimmen, schloß der Redner.

Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vorsitzende machte noch darauf aufmerksam, daß am Sonntag eine Flugblatt-Verteilung und eine weitere Versammlung stattfinden werde und erfolgte alsdann Schluss der Versammlung.

Für die Kommunal-Wahlbezirke 40, 46, 47 und 48 tagte gestern Abend im Koldberger Salon eine Versammlung. Eine dicke, Kopf an Kopf gedrängte Menge, darunter sehr viele Frauen, folgte den von prädelndem Humor durchlegten Ausführungen des Genossen Singer in gespanntester Aufmerksamkeit, dieselben oftmals durch lebhaften Beifall unterbrechend. Der Redner unterzog besonders die Wahlversprechungen der liberalen Kandidaten einer ätzenden Kritik, die darin gipfelte, daß die Sonne, die über Berlins kommunaler Verwaltung ihre Strahlen breite, mit sehr viel schwarzen Flecken bedeckt sei. Aber auch in das rote Haus mußte der socialistische Geist seinen Einzug halten, der Geist, dessen Bethätigung sich in die Worte zusammen fassen lasse: Alles durch das Volk und für das Volk. Brausender Beifall belaudete das Einverständnis und den festen Willen der Versammelten, bis zum Wabltage ihre Schuldigkeit im vollsten Maße zu thun, damit Männer aus die Wahl als gewählt hervorgehe, die wirkliches Verständnis für die Bedürfnisse der großen Masse und nicht bloß leere Versprechungen dafür haben. Eine im Sinne des Referates gehaltene Resolution gelangte, nachdem noch H i n c h e im gleichen Sinne gesprochen hatte, zur einstimmigen Annahme. Aus dem Schlusswort des Genossen Singer sei noch besonders hervorgehoben, daß die Bestimmung — natürlich auf Drängen der Socialdemokraten — getroffen ist, daß die bis um acht Uhr Abends vor dem Wahllokale eintreffenden Wähler selbst auch dann noch zur Wahl zugelassen werden, wenn bei ihrem Eintreffen der Eintritt wegen der Ueberfüllung nicht gleich möglich sein sollte.

Freie Volkshäuser. Die Generalversammlung des Vereins fand am Donnerstag, den 28. d. M., in Coburg Festhalten statt. In dem Geschäftsbericht konnte der zweite Vorsitzende Herr Gausse eine erfreuliche Mitgliederzunahme konstatieren. Gleich bei der ersten Vorstellung waren alle sechs Abteilungen gefüllt, sodas der Verein 6400 Mitglieder hat. Der Bechiel des Theaters sei von den allerbesten Folgen begleitet. Der Verein sei jetzt finanziell besser gestellt, sodas die Vorstellungen in bester Besetzung von statten gehen können. Infolgedessen hat der Vorstand den längst gehegten Plan, den Mitgliedern eine würdige Hausvorstellung zu bieten, verwirklichen können. Im nächsten Monat werde ein Schauspiel von Max Treyer — Winterjährling — unter Mitwirkung erster Kräfte aufgeführt werden. Die nächste Vorstellung im Vesting-Theater, die im Dezember stattfindet, werde Leiffings „Mama von Barnhelm“ bringen.

Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 11 085,92 M., Ausgabe 6 290,36

Sodas am 1. Oktober 1899 ein Bestand von 4789,56 M. verbleibt.

Zu der Diskussion verlangt Kränkel die Aufführung der „Familie Bawrock“ von Adams. Dieses Verlangen wird jedoch von Maas und Cohn aus verschiedenen Gründen zurückgewiesen. Eine längere Diskussion entspann sich dann über die Anzutraglichkeiten, die bei Beginn der Vorstellung durch die unpünktlich erscheinenden Mitglieder entstehen. Es werden verschiedene Anträge eingebracht, die Abhilfe schaffen sollen. Es wird jedoch beschlossen, vorläufig von Zwangsmaßnahmen gegen die künftigen kommenden Abstand zu nehmen in der Hoffnung, daß diese Mitglieder jetzt pünktlicher sein werden. Zum Schluss werden noch verschiedene Vorschläge gemacht, schon aufgeführte Stücke, wie „Kathar der Weise“, „Pfarrer von Kirchfeld“, „Weineldbauer“ usw. zu wiederholen.

Zur Denkmals-Verfälschung in der Sieges-Allee. Eine stark besuchte Versammlung der Steinmeyer, die auch von italienischen Steinarbeitern zahlreich besucht war, tagte gestern im Englischen Garten, um zu der Beschädigung der Denkmäler in der Sieges-Allee insbesondere aber, um zu der bekannnten Vernehmung des Professor Meier von der Akademie der Künste Stellung zu nehmen. Ausnahmslos wurde von allen Rednern, auch von den anwesenden Steinbildhauern, die Verächtlichung des Herrn Professor Meier, daß der Urheber der Denkmalsverfälschung unter den Berliner Steinarbeitern zu suchen sei, mit Entrüstung zurückgewiesen. Von einem Redner oder Rednerin gegenüber den italienischen Berufscollegen könne gar keine Rede sein, weil die hier arbeitenden italienischen Steinmeyer und Steinbildhauer den hiesigen Berufsorganisationen angehören und gemeinsam und solidarisch mit ihren deutschen Kollegen für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten und überhaupt ein gutes Verhältnis zwischen den Arbeitern der beiden Nationalitäten besteht. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, daß auch die Art der Beschädigung nicht darauf schließen läßt, daß sie von Sachleuten ausgeführt worden ist, vielmehr muß das Gegenteil angenommen werden.

Einstimmig gefaßte folgende Resolution zur Annahme: Die Versammlung verurteilt ganz entschieden die Denkmalsbeschädigung in der Sieges-Allee, als einen gemeinen Hochverrat. Zu gleicher Zeit protestiert die Versammlung gegen die Verächtlichung des Herrn Professor Meier von der Kunstakademie, daß die nutzlosen Lächer in den Reihen der Berliner Steinarbeiter zu suchen seien. Die Berliner Steinarbeiter haben zu solchen Hochzeiten gar keine Veranlassung, indem sie mit ihren italienischen Kollegen in Berlin im besten Einvernehmen leben; sie würden eine solche unerhörte Handlungsweise auch dann verurteilen, wenn letzteres nicht der Fall wäre.

Die Feilenhauer und Berufsgenossen tagten am 28. d. M. in Willbrodt's Festsaal in einer öffentlichen Versammlung. Gegenstand der Tagesordnung war der Streit bei der Firma Feiler, Elisabeth-Str. 19, und H. Nieme, Rantienstr. 30. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer längeren Ansprache, in welcher er die Mängel im Feilenhauergewerbe darlegte. Die Feilenhauer hätten seit zehn Jahren nichts zur Verbesserung ihrer Lage gethan und ist der Verdienst ein so schlechter, daß wir nicht in der Lage sind, unserm Körper das zuzuführen, was bei dieser anstrengenden Arbeit nötig ist, um die Lebensdauer zu verlängern. Wenn ein geübter kräftiger Feilenhauer zehn Jahre auf große Arbeit zugebracht habe, dann sei er nur noch auf kleine Arbeit zu gebrauchen. Es seien deswegen folgende Forderungen zu stellen: 1. 25 Proz. Erhöhung des Accoridarius, 2. Bei Lohnarbeit 50 Pf. pro Stunde, 3. 9stündige Arbeitszeit, lebhafter Beifall wurde dem Vorsitzenden für seine Ausführungen gezollt. Des weiteren erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen, welche mit den Unternehmern gepflogen worden sind, welche jedoch zu keinem Resultat geführt haben. Der Herr Feiler hat der Lohnkommission gegenüber verlangt, daß man ihm erst zwei bis drei Monate Zeit zur Beantwortung unserer Forderung geben solle. Herr Nieme ließ ein Plakat folgenden Wortlaut an der Thür seiner Werkstatt anheften: Eintritt strengstens verboten, hauptsächlich der Lohnkommission! Als die Mitglieder der Lohnkommission trotzdem die Werkstatt betreten, kam ihnen Herr Nieme mit erhobenen Stos entgegen. Am weiteren Konflikt aus dem Wege zu gehen, machten die Mitglieder der Lohnkommission kehrt, verfocht von Herr Nieme, der in erregter Weise rief: Mit dem Knüttel können Sie was kriegen, ausheimgen lassen wir Sie. Hierauf entspann sich eine lebhafte Diskussion, in welcher sich alle Redner dahin ausdrückten, die gestellten Forderungen hochzuhalten. Im Laufe der Diskussion meldete sich der Vertreter des Herrn J. und führte aus, daß die Arbeiter doch die Arbeit, welche sich in der Werkstatt befindet, zu den alten Bedingungen fertig machen möchten, dann wäre Herr J. nicht abgeneigt, etwas von den Forderungen zu bewilligen. Jedoch wurde dem Herrn der Beiseid, daß die Arbeiter nach der Behandlung, welche ihren Vertretern von Seiten des Herrn J. widerfahren ist, nicht gewillt sind, auch das geringste von ihren Forderungen abzulassen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Verhalten der Kollegen bei Feiler und Nieme einverstanden und verpflichtet sich, dieselben in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Schwargendorf. Am 28. d. M. fand hier eine öffentliche Parteiverammlung statt. Der angelegte Vortrag über „Kompromissfragen“ konnte, da der Referent Rechtsanwalt Kränkel am Eschimein verhindert war, nicht erfolgen. Bericht der Revisoren: Einnahme 105,75 M., Ausgabe 83,10 M., bleibt Bestand 22,65 M. Zum dritten Male, Wahlen, wurden die Genossen Gösch und Seeger als Revisoren, Kapp als Vertrauensmann und zur Lohnkommission die Genossen Marogke, Kammann und Ott gewählt. Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Richterorganisten mit kräftigen Worten zum Beitritt zur politischen Organisation ermahnt hatte, schloß er die Versammlung.

In Spandau tagte am Sonntag eine Gewerkschaftsversammlung, in der J a h n in Berlin über die Gewerbeverhältnisse referierte. Sodann gaben Piper und Lanne Bericht über ihre Thätigkeit am Gewerbegericht. Nach Erörterung noch einiger gewerkschaftlicher Angelegenheiten erfolgte Schluss der Versammlung.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Frankfurt a. M., 31. Oktober. (W. L. V.) Die „Frankfurter Jtg.“ meldet aus New York: Der Dampfer „City of Augusta“ liegt im North River mit dem Fährboot „Chicago“ zusammen. Geleges sank. 120 Menschen fielen ins Wasser; davon sind vielleicht 60 ertrunken.

Ludwigshafen, 31. Oktober. (W. L. V.) Der „Rheinischen Rundschau“ wird aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt, daß nächsten Donnerstag unter dem Vorsitz v. Kobbe's in Stuttgart eine Konferenz stattfinden werde, in der über die Einheitlichkeit der Postwertzeichen in ganz Deutschland beraten werden soll. Die Verhandlungen sollen später in München weiter fortgesetzt werden.

Bern, 31. Oktober. Der Bundesrat Eugen Ruffy wurde zum Direktor des Weltpostvereins gewählt.

Paris, 31. Oktober. (W. L. V.) Nach einer Meldung der Blätter ist P. Arilareitende Schagke, der sich in der Gefangenschaft des Sultan's Kabah befand, dem Hungertode erlegen.

Smyrna, 31. Oktober. (W. L. V.) In nächster Zeit werden hier ein französisches, ein italienisches und ein österreichisches Geschwader eintreffen.

Voroterraio, 31. Oktober. (W. L. V.) Infolge eines heftigen Gewitterregens wurde Marciana Marina unter Wasser gesetzt. Der Schaden ist sehr groß. Mehrere Häuser sind eingestürzt, andere gefährdet. Militär ist zur Hilfeleistung eingetroffen.

Bading in Berlin. Siegen 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Am Montag, 6. November, finden von morgens 9 Uhr bis abends 8 Uhr, im 1., 3., 6., 7., 15., 16., 19., 20., 21., 26., 27., 30., 33., 38., 40., 43., 44., 45., 46., 47. und 48. Kommunal-Wahlbezirk dritter Abteilung die **Ergänzungswahlen** für die **Stadtverordneten-Versammlung** statt.

Parteigenossen! Die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke, die durch die Vermehrung der Stadtverordnetenliste erforderlich geworden ist, verschafft den diesjährigen Wahlen eine ganz besondere Bedeutung. Die Vermehrung der Sitze muß der Socialdemokratie, als der legitimen Vertreterin der unterdrückten Bevölkerungsschichten, eine **Vermehrung ihres Einflusses** im Berliner Stadtparlament verschaffen. Es gilt, zu den bisherigen Sitzen eine Anzahl neuer Mandate hinzuzuerobern, eine Aufgabe, die bei der Arbeiterfeindlichkeit der herrschenden Klassen, bei der Rückständigkeit des maßgebenden **Kommunalfreisinn** allen socialen Anforderungen gegenüber, heute **dringlicher denn je geworden ist**.

Parteigenossen! Das volksfeindliche Dreiklassen-Wahlssystem, dessen Ungerechtigkeit die erste und zweite Wählerabteilung ausschließlich den Geldsachinteressen reserviert, zwingt uns, unser ganzes Wirken auf die **dritte Abteilung** zu konzentrieren. Diese muß aber der **Socialdemokratie** **erobert werden**. In begeisterungsfreudiger Agitation sind die Säumnigen aufzurütteln, die Unentschiedenen zu belehren, damit sie wie bei der Reichstagswahl so auch bei den Wahlen zum Stadtparlament ihre Rechte durch die Wahl **socialdemokratischer** Vertreter zur Geltung bringen.

Auf zur Agitation! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

Mordprozeß Wegener.

Der 19jährige Kaufmännische Franz Wegener, der den genaueren Mordanschlag gegen seine 53jährige Großmutter verübt hat, wurde gestern der neunten Strafkammer des Landgerichts I (Vorsitzender Landgerichtsdirektor Hoppe) aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte macht einen feinen jugendlichen Mann entprechenden, völlig unentzündlichen Eindruck und sieht so unfehlbar aus, daß man ihm eine so furchtbare That kaum zutrauen kann. Die gegen ihn erhobene Anklage lautet auf schweren Mord, verübten Mord und Diebstahl. In einer Nachtragsanfrage wurde er noch einer Unterschlagung von hundert Mark beschuldigt. Einen Mitleid erregenden Eindruck machte die alte, völlig geschwächte und matronenhafte aussehende Großmutter, die von zwei Angehörigen in den Gerichtssaal geführt werden mußte und ihren linken Arm noch in einem Gipfverbande trägt. Der gänzlich verlorrene Bengel gab ohne irgend ein Zeichen der Reue keine ungläubliche That zu. Er hatte seinem Arbeitgeber 100 M., die ihm dieser zum Besuche anvertraut hatte, unterschlagen und das Geld mit liebedürftigen Frauenzimmern verjubelt. Nach drei Tagen war er mittel- und obdachlos. Er begab sich nun zu seiner Großmutter, welche im Hause Luisenstraße 4 eine kleine Wohnung inne hatte, die sie mit zwei Schlafkammer teilt. Der Angeklagte erzählte, daß er am folgenden Tage nach Hamburg reisen wollte und hat für die Nacht im Obdach. Die Großmutter nahm ihn auf, sie räumte ihm ihr Bett ein und schielte selbst auf dem Sofa. Am folgenden Morgen standen beide vor sieben Uhr auf und nahmen in der Küche gemeinschaftlich den Kaffee ein. Sodann begaben sich die beiden Schlafkammer auf Arbeit. Die alte Frau hatte noch in der Küche zu schaffen, während der Angeklagte in der Vorberküche blieb. Plötzlich öffnete dieser die Thür, stürzte in die Küche und packte seine Großmutter von hinten mit der linken Hand um den Hals, während er mit seinem Taschenmesser, das er in der Rechten hielt, eine Anzahl Stiche gegen ihren Kopf führte. Die alte Frau gab nur ein Stöhnen von sich, sie hielt sich aber noch aufrecht. Darauf ergriff der jugendliche Mordgesele ein schweres Mangelholz, welches an der Thür stand, und schloß hiermit vier wuchtige Schläge gegen den Kopf der Großmutter. Die Greisin brach zusammen. Jetzt suchte der Angeklagte Geste. Er fand in einer Schublade der Kommode ein Schächtelchen, welches 110 M. in Gold und Silber enthielt. Daneben lagen 6 Stück Berliner Stadtbligationen, a 500 M. Der Angeklagte nahm Geld und Papiere an sich. Jetzt entdeckte er, daß er seine Kleidung mit Blut besudelt hatte. Er öffnete den Schrank, in welchem die Schlafkammer ihre Kleider aufbewahren, und verkaufte seinen Kuzug mit einem aus dem Schrank. Dann verließ er die Wohnung, ohne auch nur einen Blick auf sein in der Küche wie leblos liegendes Opfer zu werfen, verschloß die Thür, steckte den Schlüssel zu sich und verließ das Haus.

Präsi.: Angeklagter, ist es alles so gewesen? — Angell.: Ja. — Präsi.: Wann haben Sie denn den Plan gefaßt, Ihre Großmutter zu ermorden und zu berauben? — Angell.: Während der Nacht, als ich in ihrer Stube schlief. — Präsi.: Wie konnten Sie nur ein so ungeheuerliches Verbrechen begehen? Hatten Sie keine Ehrfurcht vor dem weihen Haupte Ihrer Großmutter? — Der Angeklagte giebt keine Antwort, ohne eine Spur von Gemütsbewegung blüht er vor sich hin. — Präsi.: Haben Sie geglaubt, daß Ihre Großmutter tot sei? — Angell.: Ja. — Präsi.: Nun sind Sie in das Bankgeschäft von Reugebauer gegangen und haben das eine der Papiere in Geld umsetzen wollen? — Angell.: Ja. — Präsi.: Man ist dort aber so vorsichtig gewesen, Ihnen vorläufig nur einen Deposchein zu geben. — Angellagter: Ja. — Präsi.: Darauf sind Sie nach der Vesselfstraße Nr. 3 gegangen, wo eine Ihnen bekannte Prostituierte wohnt. Sie haben mit dem Mädchen Unzucht getrieben und ihm als Belohnung 30 M. gegeben. Sodann haben Sie das Mädchen erstickt, mit Hilfe des Wirtes die übrigen Obligationen umzusetzen. Dies hat Verdaß erzeugt und man ließ Sie verhaften. — Angell.: Ja, so ist es gewesen. — Präsi.: Welchen Schulunterricht haben Sie genossen? — Angell.: Ich habe die Gemeindevorschule durchgemacht. — Präsi.: Weshalb sind Sie zu der Großmutter gegangen? Hatten Sie schon vorher den Plan gefaßt, sie zu ermorden? — Angell.: Nein, der Gedanke ist mir erst in der Nacht gekommen. — Präsi.: Haben Sie schon öfter bei der Großmutter genächtigt? — Angell.: Nein. — Präsi.: Nebenfalls wußten Sie, daß ihre Großmutter Geld besaß und wo sie es aufbewahrte? — Angell.: Ja. — Präsi.: Was wollten Sie denn mit dem Gelde anfangen? — Angell.: Ich wollte nach Hamburg machen. — Präsi.: Warum wollten Sie denn von den Eltern fort? Die Eltern waren Ihnen wohl zu streng? — Angellagter: Ich habe eine Stiefmutter und mit dieser habe ich mich nicht gut gefunden. — Präsi.: Die Großmutter ist doch immer sehr gut zu Ihnen gewesen und hat Sie öfter beschenkt? — Angellagter: Ja. — Präsi.: Haben Sie vorher der Großmutter schon gesagt gehabt, daß Sie Geld haben wollen. — Angellagter: Nein.

Damit ist das kurze Verhör beendet. Darauf wurde die alte Frau Auguste Friederike Kapf geb. Barleben als Zeugin vernommen: Als der Angeklagte am 26. September zu ihr gekommen, habe sie keinerlei Verdacht gehabt, denn der Angeklagte habe gesagt, er wolle am nächsten Morgen nach Hamburg fahren. Am nächsten Morgen — so fuhr die Zeugin fort — verlorgte ich meine beiden Schlafkammer und machte mir und meinem Enkel Kaffee. Dann sagte ich dem Franz, er soll doch machen, daß er fortkommt, wenn er nach Hamburg wolle. Er ging aber nicht, sondern quergelte immer weiter. Endlich that er, als ob er gehen wollte, wie er aber an der Schenke war, drehte er sich um, kam plötzlich auf mich zu, packte mich am Hals und rief: „Jetzt mußt Du sterben!“ Er hatte auch etwas in der Hand und versuchte, mir etwas in den Mund zu stecken, um mich am Schreien zu verhindern. Es gelang ihm dies aber nicht und da fing er an, mich zu schlagen und mit einem Messer zu stechen. Ich wurde ohnmächtig und fiel zur Erde; ich kam einmal wieder zur Besinnung, gleich darauf war mir aber wieder schwarz vor Augen. Ich habe von früh bis zum Abend

so gelegen, bis die Schlafkammer wieder nach Hause kamen und mich auffanden.

Die alte Frau beschwor ihre Aussage und damit war die Beweisaufnahme in der Hauptsache erledigt. Der als Sachverständiger vorgeladene Dr. med. Ballmüller, der der Frau die erste ärztliche Hilfe geleistet hat, hat Verwundungen an der linken Ohrmichel, Stiche an der linken Kopfseite, eine kassende Wunde an der linken Schenkelwunde an der Hinterlippe und dem linken Schittelein und einen durch Schläge mit dem Mangelholz verursachten Bruch des linken Armes festgestellt. Es ist ein Wunder, daß die Frau mit dem Leben davon gekommen ist. Der Schlafkammer, der bei seiner Heimkehr durch ihr Klagen aufmerksam gemacht worden war, hat sie im Bett vorgefunden; sie muß daher noch die Kraft gehabt haben, sich bis zum Bett zu schleppen. — Staatsanwaltschaftsrat Schmidt erachtete die Thatfache, daß der Angeklagte von vorne herein die volle Wahrheit gesagt hat, für den einzigen Lichtschimmer in dieser so überaus trübten Sache. Dieser vierzehnjährige Mensch hat sich zu seiner Großmutter, die ihm nur Gutes erwiesen, beggeben in der Absicht, sie zu ermorden und sich ihrer Erbschaft zu bemächtigen. Er hat vorher seinem Vorgesetzten 100 M. unterschlagen und das Geld mit liebedürftigen Dingen verpraßt, er hat sich von der zu Boden geschlagenen Großmutter sofort wieder zu einem Frauenzimmer beggeben und dort seinen niederen Trieben geföhnt. Keine Spur von Gewissensbissen, keine Spur von Reue! Angesichts dieses entsetzlichen Verbrechens ist es Pflicht des Gerichts, die höchste Strafe in Anwendung zu bringen, um die bürgerliche Gesellschaft so lange wie möglich von einem solchen Menschen zu befreien. Das höchste Strafmaß ist für den verurteilten Mord 7 Jahre 6 Monate Gefängnis und unter Hinzurechnung der Strafen für den Diebstahl und die Unterschlagung empfindet sich eine Gesamtstrafe von acht Jahren Gefängnis.

Rechtsanwalt Weher als Verteidiger erklärte, daß unter den obwaltenden Umständen die Verteidigung nur eine ganz formale sein könne. Er habe trotz der sorgfältigen Nachforschung über das Vorleben des Angeklagten keine Spur von geistiger Belastung desselben entdeckt, obgleich es eigentlich fast ungläublich erseine, daß ein so junger Purche eine solche Gewaltthat gegen seine eigene Großmutter ausüben könne. Die That selbst könne nur als verurteilter Mord charakterisiert werden, es sei viel leicht fraglich, ob man dem Angeklagten so viel Heberlegung zutrauen könne, daß er die That bei ruhigen kaltem Verstande ausgeführt hat. Es spreche eigentlich wider die Natur des Menschengehirns, daß einer ohne jede Veranlassung zu einer solchen That schreiten könne. Er gebe dem Gerichtshof anheim, Widerungsgründe darin zu finden, daß dem Angeklagten die Liebe der natürlichen Mutter gebrüht, daß er seinen richtigen Halt im irdischen Hause gehabt habe und daß er durch eigene Schuld in die Lage gekommen sei, in das Vaterhaus nicht mehr zurückkehren zu können und als Obdachloser die Großmutter aufsuchen zu müssen.

Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts. Es sei zweifellos, daß der Angeklagte die zur Strafbareit seiner Handlung erforderliche Einsicht besessen habe. Er sei ein Mensch, der zu einem liebedürftigen Lebensweise neige. Nachdem er das durch Unterschlagung erworbene Geld verjubelt habe, sei ihm der Plan zu einem ungeheuerlichen Verbrechen gekommen und er habe eine That begangen, wie sie fürchterlich nicht gedacht werden könne. Der Angeklagte besitze eine ungläublich rohe Natur, wie sein Verhalten unmittelbar nach der That beweise. Ein erwachsener Mensch würde für den verurteilten Raubmord 15 Jahre Zuchthaus erhalten haben. Bei einem jugendlichen Verbrecher müsse die Strafe auf die Hälfte herabgesetzt und in Gefängnis umgewandelt werden. Dies würde also einer Gefängnisstrafe von 7½ Jahren gleichkommen, die unter Hinzurechnung der Strafen für die übrigen Straftaten auf eine Gesamtstrafe von 8 Jahren erhöht worden sei.

Der Angeklagte erklärte mit derselben Apathie, die er während der ganzen Verhandlung gezeigt, daß er sich bei dem Urteil beruhige. Der anwesende Vater verzichtete darauf, ein Rechtsmittel zu Gunsten seines mißratenen Sohnes einzulegen.

Tokales.

Die Mitglieder der **Werkkommision** werden ersucht, am Freitag, 3. November, abends 8¼ Uhr, zu einer Sitzung in der Redaktion des „Vorwärts“ zusammenzutreten. E. Gerstenberger.

Achtung, zweiter Wahlkreis. Heute, Mittwoch, den 1. November, abends 8¼ Uhr, findet eine **Versammlung** für den 3. Bezirk bei Lorenz, Markgrafenstraße 83, statt. Referent: Abg. Fritz Jubel. Tagesordnung: Die bevorstehenden **Stadtverordneten-Wahlen**. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für regen Besuch zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Rot werden möchte der Berliner Freisinn, wenn die Stadtverordneten-Wahlen herankommen, — rot und immer röter, wenn er seine Auserkorenen in die Wähler-versammlungen schickt, um sie dort ihr „Programm“ aufzulegen zu lassen. Man verstehe uns aber bei dem Worte „rot“ nicht falsch! Nicht erröten möchten diese „wahren Volksmänner“, erröten über die Sünden der liberalen Stadtverwaltung, zu denen sie ihr redlich Teil beigetragen haben. Nur in das Rot des „Kommunal-Socialismus“ sucht sich mancher von ihnen zu kleiden, wenn er vor die Wähler hintreten muß.

In ruhigeren Zeiten betrachtet es der Freisinn als seine wichtigste Aufgabe, die meisten socialdemokratischen Forderungen auf kommunalem Gebiete als übertrieben und unversämmt hinzustellen und ihre Undurchführbarkeit oder Schädlichkeit zu beweisen. Diese Taktik hat sich leider nur zu oft, wenn auch erfruchtlicherweise nicht immer, als brauchbar und erfolgreich erwiesen, wenn es galt, eine Forderung zu Falle zu bringen, die die socialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung im

Interesse der weniger bemittelten Bevölkerung gestellt hatte. Sobald aber die Wahlen näher kommen und die Wähler bearbeitet werden müssen, dann ist in gewissen stark gefährdeten Bezirken mit dieser Taktik nicht mehr viel zu machen. Wo der Kandidat des Freisinn nicht darauf rechnen darf, daß die Gedanklosigkeit der Mehrzahl der Wähler ihm nach altem Herkommen noch einmal zum Siege verhilft, oder wo er nicht sicher ist, als bestmöglicher Vertreter der Bezirksinteressen ohne weiteres jeden anderen ausstechen zu können, wo er sich einer aufgekärten Arbeiterbevölkerung gegenüber sieht, — da wird er, wie gesagt, rot. Was reden denn die Socialdemokraten, rufen dann die „wahrhaft freisinnigen Männer“, die nun mit einem Male hier und da und dort und allenthalben auftauchen, was reden denn die! Was die wollen, das wollen wir ja auch! Das sind ja alles alte liberale Forderungen, die haben wir Liberalen ja schon aufgestellt, als es noch gar keine Socialdemokraten gab!

Gewiß, es ist wahr, man es von dem, was wir Socialdemokraten heute auf kommunalem Gebiete fordern, wurde früher schon vom Liberalismus gefordert. Aber wenn ihr Liberalen das damals so ernst meinet, wenn ihr es heute noch ernst meint, — eil warum habt ihr es denn „eure“ Forderungen nicht längst bewilligt? Ihr habt ja die Macht dazu! Wir wären ja froh, wenn wir zu den weiter gehenden Forderungen, die wir haben — und die ihr niemals vertreten habt, noch jemals vorzürten werdet —, nicht auch noch eure „alten liberalen“ von euch selber bisher unerfüllt gelassenen Forderungen mit aufnehmen müßten.

Diese Erinnerung an die „alten liberalen Forderungen“ dauert, wie die Erfahrung lehrt, leider nicht länger als bis zum Wahltag. Wenn der Kostümwechsel seine Wirkung gethan hat, dann wird der rote Mantel des Socialismus wieder in das Garberobeschild gehängt, das Gewand des Freisinn — ein Gewand von längst verblähter, kann noch zu bestimmender Farbe — wird wieder hervor geholt, und alles bleibt, wie es gewesen war. Man könnte über die Komödie lachen, wenn es sich nicht um eine so ernste Sache handelte, und wenn nicht leider noch so viele auf dieses Komödientpiel hineingefallen.

Petroleumvertenerung und anderes. Ueber die Petroleum-Konvention, die die erhebliche Preissteigerung des Erdöls hauptsächlich veranlaßt hat, wurden in einer Verhandlung des Vereins der Eisenhändler Berlins interessante Mitteilungen gemacht. Die Konvention besteht aus einer Vereinigung der Engros-Händler, die sich verpflichtet haben, das Petroleum nur zu erhöhten, festgelegten Preisen zu verkaufen. Der Petroleumring, d. h. die vereinigten Ausleitendlichen, unterließen diese Bestrebungen dadurch, daß er sich verpflichtet hat, an Händler, welche unter den vereinbarten Preis heruntergehen, nicht zu liefern. Die Bestimmungen der Konvention werden jedoch von einigen Großhändlern dadurch umgangen, daß sie zwar den vereinbarten Preis erheben, ihren größeren Abnehmern aber einen bestimmten Betrag pro Faß zurückzahlen. Dieser Umstand ermöglicht es, den Kleinhändlern das Petroleum in Flaschen billiger zu verkaufen, als es die Konkurrenz einflust. Der Verein beschloß, mit der Konvention dahingehende Vereinbarungen zu treffen, daß solchen Firmen, die das Petroleum zu billigen Preisen verkaufen, der Verkauf nicht mehr geliefert werde. Gleichzeitig soll der Vorstand mit dem Verein „Berliner Kolonialwarenhandl.“, der sich in seiner letzten Sitzung ebenfalls mit der Petroleumfrage befaßte, im Sinne des obigen Beschlusses Fühlung nehmen.

Die Preise für andere Brennmaterialien und für Lebensmittel gehen zum Teil infolge der von den Kapitalisten-Koalitionen getroffenen Maßnahmen neuerdings erschwerend in die Höhe. Alle diese Vereinigungen beuten die Masse der Bevölkerung ungehindert aus, ohne daß ihnen auch nur ein Steinchen in den Weg gelegt würde. Nur wenn der Arbeiter sich mit eifersüchtigen Willen koalieren will, um durch dies einzig erfolgreiche verprechende Mittel seine Familie vor der allergrößtmöglichen Not zu schützen, treten Behörden und Unternehmern gegen ihn auf und suchen ihn durch Verfürtung von Zuchthausparagrafen „zufrieden“ zu machen!

In der **Berliner Kurzwarenbranche** hat sich im Jahre 1898 die Geschäftslage gegen das Vorjahr erheblich gebessert. Das Geschäft kann, nach dem Jahresbericht des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller für den großen Teil der Branche als befriedigend bezeichnet werden. Die Kaufuhr nach den meisten Ländern hat sich gehoben. In der Leder- und Portefeuillewaren-Industrie wurden vielfach interessante Kollektionen von Neuheiten geschaffen und sind die hiesigen Fabriken mit den Offenbahnen in scharfer Konkurrenz getreten. Besonders gilt dies von Lederwaren feineren Genres und Reise-Effekten. In kleineren Lederwaren, Portemonnaies, Cigarettaschen etc. wurden erhebliche Umsätze erzielt, besgl. in Damengarteln aus Leder und diversen Fantasieeffekten. Abnehmer für die Artikel der Leder- und Portefeuillewaren-Industrie waren hauptsächlich: England, Kanada, Südamerika, Schweden, Norwegen, Rußland und Holland. In Galanterie- und Luxusartikeln waren keine Gegenstände, wie Nippes, Schälchen, Briefbeschwerer etc. bevorzugt, sowohl von den Großhändlern des In- und Auslandes. Auch in Wäber-Artikeln, sogenannten Anstichsachen, war das Geschäft ziemlich zufriedenstellend. In Holzgalanteriewaren, Porzellan und Stöcken wurden für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft recht erhebliche Aufträge erteilt. Auch die Fabrikanten von Bijouteriewaren, kleiner Broden, Albums und Wanddekorationen konnten ein zufriedenstellendes Resultat verzeichnen. Abnehmer dieser Artikel waren nächst Deutschland vornehmlich Oestreich, Belgien, Frankreich, Italien, Spanien und die Balkanländer. In Eisen-Kurzwaren und Hausgeräten waren vielfach Neuheiten geschaffen, die große Umsätze erzielten. Die Albumindustrie, die in dem letzten Jahre einen Niedgang in den Umsätzen zu verzeichnen hatte, ist merklich vorwärts gekommen. Auch hier wurden viele Neuheiten geschaffen; besonders Albums für Ansichtspostkarten zeigten eine außerordentlich starke Nachfrage. Auch in Bildern, Kartons für Gästelarbeiten, Weihnachtsbaumzinn und

originellen Spielen sind für das Weihnachtsgeschäft belangreiche Aufträge erteilt worden. Abnehmer für diese Artikel waren außer Deutschland vornehmlich Holland, Belgien, Dänemark und die holländischen Kolonien. Bemerkenswert ist, daß in der ganzen Kurzwarenbranche auf Artikel billiger und mittlerer Preislage die großen Bagare des In- und Auslandes die nehmendwertesten Aufträge erteilt haben, freilich oft zu gedrückten Preisen.

In konservativ-antifemistischen Blättern ist eine allgemeine Hege gegen den Stadtverordneten Dr. Pr. u. h. entbrannt, nachdem die Provinzialynode einschließlich ihres Mitgliedes Stadthauptmann Weise ihn wegen der in der letzten Stadtverordneten-Sitzung losgelassenen Travestie auf einen Diebel- und Gefangbuchvers in Grund und Boden verdammt hat. Einige der frommwilligen Klaffer geben so weit, ihn von seinem Posten als Privatdocent der Universität wegzubehalten. Dieser ungewohnte Lärm hat den Unglücklichen so eingeschüchtern, daß er jetzt in liberalen Blättern entschuldigend bemerkt, daß er es gar nicht böse gemeint habe. Vielleicht tritt Herr Pr. u. h. demnächst einem Junglingsverein bei.

Eine skandalöse Ausbeutung beschäftigungsloser Hausdiener, Kutscher, Gelegenheitsarbeiter etc. wird immer noch in gewissen privaten Stellenvermittlungsgesellschaften betrieben. Die Inhaber dieser Geschäfte machen sich das Leben außerordentlich leicht. Sie lesen fleißig den Inseratenteil der hauptsächlichsten Zeitungen, schneiden sich die Stellenangebote heraus, schreiben die Adressen der Interessenten auf kleinen Listen nieder und harren dann gemächlich der Stellenfuchenden, die sich trotz der kommunalen und gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise massenhaft einstellen.

Vor der Stellenvermittlung für eine Opfer eine Hand rührt, muß der Arbeitslose erst „Kasse abladen“. Und das nicht wenig. Die Armen, die vielleicht ihre paar Habseligkeiten schon ins Pfandhaus gebracht haben, kommen noch verhältnismäßig gelinde davon, wenn der Stellenvermittler sie nur um drei Mark erleichtert. Nicht selten wird ihnen das doppelte abgenommen.

Sobald das Geld im Kasten klingt, greift der Geschäftsinhaber oder sein Angestellter aufs Geratewohl nach einer der von ihm favorisierten Listen, die durchschnittlich 15—20 Adressen enthalten, und nun darf der dupierte Arbeitslose auf Grund der Liste sich die Schlußfragen ablaufen und bei dem Interessenten nachfragen, ob die anoncierte Stelle für ihn frei ist. Meist ist solches natürlich nicht der Fall, da die Arbeitergesuche ja auch von anderen Leuten gelesen werden, die sich nicht erst auf dem Umwege der Vermittlungsbureaus um Beschäftigung bemühen. Am nächsten Tage geht der Arbeitslose wieder aufs Bureau und erhält dann eine andere Liste, und zwar nicht selten eine solche, die ein Leidensgefährte schon vergebens benützt hat. Diese gegen schmerzliches Geld eingeholte Erlaubnis, hinter den vom Geschäftsinhaber zusammengestellten Zeitungsausschnitten herlaufen zu dürfen, ist großmütig auf die Zeitdauer von 14 Tagen bemessen, wobei der Stellenvermittler in Betracht zieht, daß in den meisten Fällen die Betroffenen des Laufens früher made werden und das eingezahlte Geld in Stich lassen.

Allerdings kommt es vor, wenn auch nur in einem Falle von hundert, daß der eingeschriebene Arbeitslose bei einer der auf der Liste bezeichneten Personen Beschäftigung findet. Der Zufall spielt ja zuweilen wunderbar. Dann packt der Vermittler aber sein glückliches Opfer abermals an die Gurgel. Denn auf einem Schein, den der Arbeitslose hat unterschreiben müssen, steht zu lesen, daß er, wenn er durch Vermittlung des Instituts eine Stelle erhalten hat, nochmals die gleiche Summe zu entrichten sich verpflichtet, die er zu Anfang eingezahlt hat. Nur wer die Unerschrockenheit namentlich der von anwärts kommenden Arbeitslosen kennt, wird es für möglich halten, daß auch diese Forderung der Blutjäger in den meisten Fällen getreulich erfüllt wird.

Den Behörden bietet sich kaum eine Handhabe, mit der sie den Stellenvermittlern der geschilderten Sorte zu Leibe gehen können. Die Arbeiter der in Betracht kommenden Kategorien können ihre arbeitslosen Kollegen nur dadurch schützen, daß sie diese über den schwindelhaften Charakter gewisser Stellenvermittlungsinstitute gebührend aufklären und sie jener auf die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisationen aufmerksam machen.

Die neuen Post-Wertzeichen. Ueber die neuen Post-Wertzeichen, die, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 1. Januar zur Einführung kommen, bringt eine heute erschienene Extra-Ausgabe der „Deutschen Verkehrs-Zeitung“ folgende Angaben: Im Reichspost-Gebiet werden bekanntlich folgende Markenwerte zur Frankierung der Postsendungen verwendet: 3, 5, 10, 20, 25 und 50 Pf., sowie im inneren Verkehr der Postanstalten 2 M. Der Ausschlag, den der Postverkehr im letzten Jahrzehnt allgemein genommen hat, namentlich aber die bedeutende Zunahme des Paketverkehrs und dessen Ausdehnung auf immer weitere Gebiete des Auslandes haben das Bedürfnis gezeitigt, die niederen Frankierungswerte um die Beträge zu vermehren, die bei der Versendung von Postanweisungen, Wertbriefen und Paketen am meisten benötigt werden, und weiter auch Postwertzeichen zu noch höheren Beträgen als bisher dem Publikum zur Verfügung zu stellen. Als neues Markenbild ist das Brustbild einer Germania gewählt worden. Das Haupt des idealen Frauenbildnisses trägt die Kaiserkrone, unter der das Haar bis auf die Schultern hervorwächst. Die Brust ist gepanzert, die rechte Hand hält Schwerthaupt und Dolch. Die Werte bis einschließlich 20 Pf. werden in einfarbigem Guldendruck, die von 25 bis 80 Pf. in zweifarbigen Guldendruck hergestellt. Die Farben sind: 3 Pf. braun, 5 Pf. grün, 10 Pf. rot, 20 Pf. blau, 25 Pf. Eintrud (das Bild der Germania, die Bezeichnung „Reichspost“ und der Wertbetrag); schwarz, Rahmen: orange, Papier: gelb; 30 Pf. Eintrud; schwarz, Rahmen: orange, Papier: samois, 40 Pf. Eintrud; schwarz, Rahmen: karmin, Papier: weiß; 50 Pf. Eintrud; schwarz, Rahmen: violett, Papier: samois; 80 Pf. Eintrud; schwarz, Rahmen: karmin, Papier: rötlich. Die Marken sind 25 1/2 Millimeter hoch und 21 1/2 Millimeter breit; sie haben in der Breite 15, in der Höhe 18 Zähne. Als Einführungstermin ist der 1. Januar 1900 in Aussicht genommen; natürlich werden die alten Vorräte aufgebraucht, ehe die neuen Marken zur Ausgabe gelangen. An höheren Werten sind Marken zu 1, 2, 3 und 5 M. in Aussicht genommen. Die Anfertigung ist im Gange, wird jedoch noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Marken in Kupferstichmanier hergestellt werden müssen. Für die höheren Werte sind Darstellungen aus der neueren Geschichte des Reiches vorgezogen. Es liegt ferner in der Absicht, für die deutschen Postanstalten im Auslande und in den Kolonien eine besondere Freimarke herzustellen, durch deren Bild „Deutschland zur See“ veranschaulicht werden wird. Sämtliche Arbeiten bei Herstellung der neuen Marken werden in der Reichsdruckerei ausgeführt.

Die Leerungstermine der Postbriefkästen werden von heute ab in den Abend- und ersten Morgenstunden anderweitig geregelt. Die letzte tägliche Leerung, welche bisher zwischen 8 1/4 und 9 1/4 Uhr abends erfolgte, beginnt von heute ab erst um 11 1/2 Uhr nachts, so daß sämtliche bis dahin in die Briefkästen gelegten Sendungen noch gegen 12 Uhr zu dem betreffenden Postamt gelangen und so unter allen Umständen mit den ersten Frühposten abgeholt werden können. Hinsichtlich der Hausbriefkästen der Bestellungs-Postanstalten bleibt indessen, worauf wir besonders hinweisen, die bisherige um 3 1/4 Uhr früh beginnende erste Leerung auch fernerhin bestehen, um dem Publikum die Möglichkeit zu gewähren, wichtige Korrespondenzen mit den für diese Leerung in Betracht kommenden Frühposten abzusenden. Bei den übrigen Briefkästen wird die künftige erste Leerung in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr vormittags stattfinden.

Auf dem Akademieterrain soll, wie es heißt, nicht allein die k. u. l. Bibliothek neu errichtet werden, sondern es soll dort auch die Akademie der Künste und der Wissenschaften ein neues Heim erhalten.

In der Angelegenheit der Denkmalschändung in der Siegesallee hat der Polizeidirektor von Charlottenburg, Regierungsrat Steinfand, an den Rektor der Technischen Hochschule ein amtliches Schreiben gerichtet, nach dem die von ihm veranlaßten Ermittlungen in keiner Weise die Beteiligung von Studierenden der königlich

Technischen Hochschule an dem Verbrechen ergeben haben. Ähnliche Zuschriften könnte der Polizeidirektor mit gutem Gewissen wohl an alle übrigen Korporationen etc. richten, wenn diesen um ein polizeiliches Reinigungsgeld zu thun wäre.

Der Magistratsantrag auf bessere Beleuchtung der „Siegesallee“ und der übrigen Hauptwege des Tiergartens ist gestern vom Ausschuss der Stadtverordneten angenommen worden. Herr Dünke hatte im Hinblick auf die Denkmalsbestimmung patriotisch darauf verzichtet, seinen Antrag auf Durchführung einer Pferdebahnlinie durch die Bellevue-Allee mit dem Magistratsantrag zu verbinden, da im Falle der Veratung dieses Antrages das Beleuchtungsprojekt verzögert worden wäre.

Die beiden großen Kandelaber für die Ostseite des Reichstagshauses werden zu Stuttgart in Bronze gegossen. Die von weiblichen Figuren getronten zweiarmligen Leuchtpendel hat Bildhauer Vogel auszuführen. Die Modelle gehen in einzelnen Stücken nach Stuttgart. Von dort werden die fertigen Kandelaber direkt zur Weltausstellung nach Paris geschickt.

Die Stadtverordneten Matterno und Försterling haben ihr Mandat niedergelegt. Matterno vertrat die zweite Wählerabteilung, Försterling hingegen den früheren Wahlbezirk 6 der dritten Abteilung.

Von den Gassen Berlins soll nun wieder eine aufhören, als „Gasse“ zu bestehen. Die Eier-Gasse soll zur „Straße“ ernannt werden und zugleich ihren alten Namen mit dem einer „Nikolaikirch-Straße“ vertauschen, damit die ehemalige Nikolaikirch-Gasse, die erst kürzlich den großen Warenhandlungen zwischen Probststraße und Mollenmarkt zum Opfer gefallen ist, in ihr von neuem aufliebe. Wenn dabei nicht wieder auf den Namen „Nikolaikirch-Gasse“ zurückgegriffen werden soll, so geschieht das wohl mit Rücksicht auf die Abneigung des neueren Berliners gegen das Wort „Gasse“. Dieser Abneigung haben es zahlreiche ehemalige Gassen Berlins zu verdanken, daß sie heute stolz den Namen „Straße“ tragen dürfen. Noch zu Anfang dieses Jahrhunderts gab es in Berlin über 90 Gassen. Aber bereits vor 1870 war ihre Zahl bis auf 27 gesunken, und gegenwärtig kommen unter den Strassenamen Berlins nur noch 18 Zusammenfassungen mit dem Wort „Gasse“ vor, von den 9 Gassen, die in den letzten 30 Jahren aus dem Strassenverzeichnis verschwunden sind, haben einige, wie die schon erwähnte Nikolaikirch-Gasse und die Schmale Gasse, nachdem ihr Grund und Boden mit überbaut worden war, überhaupt zu bestehen aufgehört. Anderen hat man, wie es jetzt bei der Eier-Gasse beabsichtigt wird, einen ganz neuen Namen gegeben. So wurde, um nur die neueren Umnennungen anzuführen, die Lauf-Gasse zur Gormann-Straße gemacht, die Holzmarkt-Gasse zur Wusterhausener Straße, die Schlachthaus-Gasse zur Bunsen-Straße usw. Der Mangel an „historischen Sinn“, der in solchen Namensänderungen liegt, war früher nicht geringer als heute. In dem ältesten Teile Berlins haben die meisten Straßen im Laufe der Zeiten ihren Namen gewechselt. An Einspruch dagegen hat es aber auch früher nicht gefehlt. So wurden selbst gegen die Umnennung der „Paddengasse“ in „Kleine Stralauer Straße“, welche 1862 beschlossen wurde, die „historischen Erinnerungen“ geltend gemacht, die sich an den alten Namen knüpften. Historische Erinnerungen knüpfen sich auch an die Eier-Gasse. Sie erinnert, wie die ihr benachbarte frühere „Vollen-Gasse“ (jetzige Mollen-Straße) an den Lebensmittelmärkte, der hier stattfand.

Der Hafen am Urban, über den der erste Rechnungsabschluss für das Etatsjahr 1898 jetzt vorliegt, hatte eine Einnahme an Vohl-, Lager-, Arahn- und Biegegeld von 27 241 M. und eine Betriebsausgabe von 10 978 M. Der Ueberschuss sowie der vom Vorjahre übernommene Bestand im Gesamtbetrag von 34 798 M. ist in 35 000 M. 3/4 Proz. Effekten jähbar angelegt worden. Da die Kosten des Grundwerbes wegen der noch schwebenden Prozesse zur Zeit nicht feststehen, sind die zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals erforderlichen Beträge der Betriebsverwaltung für jetzt noch nicht zur Last geschrieben worden; somit steht gegenwärtig noch nicht fest, ob und in welcher Höhe etwa ein Zuschuß aus städtischen Mitteln zum Hafenbetrieb gewährt werden muß.

Die Arbeiten zum Neubau des Märkischen Museums sind vorläufig eingestellt worden, da die Festigung des Bauplazes in viel umfangreicherem Maße erfolgen muß, als zuerst angenommen worden war. Die Gegend bei der Waisenbrücke hat einen sehr schlechten Baugrund, gerade dort, wo sich das neue Museum erheben soll, stößt früher der Grüne Graben entlang, der bei der Waisenbrücke in die Spree mündete und wegen seines schlammigen und morastigen Grundes berüchtigt war. Um nun zu ermitteln, bis zu welcher Tiefe die Festigung erfolgen muß, werden die bereits in den Baugrund eingetriebenen mächtigen Pfähle jetzt einer Belastungsprobe unterzogen.

Die Hen- und Strohmärkte. Der Magistrat ersuchte die Kellerten der Kaufmannschaft um ein Gutachten über einen bei ihm von hiesigen Verein der Fouragehändler gestellten Antrag auf Aufhebung der Hen- und Strohmärkte auf dem Gartenplatz und dem Rüstener Platz, welcher Antrag im wesentlichen dadurch begründet worden war, daß die tägliche Versorgung Berlins mit Hen und Stroh nur zu einem geringen Prozentsatz auf den genannten Märkten geschähe. Die Kellerten beschloßen nach Anhörung der Interessenten, sich gegen den Antrag auszusprechen, weil jene Märkte, namentlich für die kleineren Verbraucher von Fourage (Zubehör von Milch-, Fuhrgeschäften usw.), noch nicht entbehrlieh erscheinen und besonders auch die auf diesen Märkten zu Stande kommende Preisnotierung für weite Kreise wichtig ist.

Für die große deutsche Winterblumen-Ausstellung, welche Mitte Februar 1900 in Berlin stattfinden soll, ist jetzt wegen der großen Beteiligung statt des zoologischen Gartens der Luisenhof in der Dreddenersstraße gewählt worden. An Medaillen und Geldpreisen stehen nicht weniger als 20 000 Mark in Aussicht.

Die einsame Mieterin, Fräulein S. Horn, muß nun von ihrer Ede, die einzige, die von dem alten Hause an der Ecke der Wall- und Reuen Koffstraße noch steht, in den nächsten Tagen scheiden. Das Haus hat bekanntlich der Verbreiterung der Reuen Koffstraße, resp. dem Neubau der Hoch-Strassenbrücke zum Opfer fallen müssen, der Anfang des nächsten Monats begonnen werden wird. Fräulein Horn hat den Eckladen zu dem billigen Preise von 2000 M. Jahresmiete bereits 16 Jahre inne und noch anderthalb Jahr Kontrakt. Da sie für einen eben solchen Laden in dortiger Gegend ca. 4000 M. Miete zahlen muß, hat man ihr städtischerseits die im Wege des Enteignungsverfahrens festgesetzte Entschädigung nunmehr bar ausbezahlt. Damit ist sie jedoch nicht zufrieden; sie hat das Geld nur unter Vorbehalt angenommen und wird sich, falls sie jetzt keinen passenden Laden zu finden vermag, ihr vermeintliches Recht auf gerichtlichem Wege suchen. Uebrigens hat man ihr beim Magistrat gesagt, daß es mit ihrem Auszuge, falls sie einen Laden, der renovationsbedürftig wäre, mieten würde, auf ein paar Tage nicht anläme.

Die Valentinsche Mordsache. Die beiden Einbrecher, welche der Teilnahme an der Ermordung Valentinis verdächtig sind, heißen Zimmer und Kraus. Wie nenerdings noch ermittelt wurde, hielten sich die beiden in der Nordstadt bei einer Dirne auf, deren Zuhälter mit ihnen bekannt war. Die Dirne soll nun vom Nebenzimmer aus ein Gepräch der drei Kerle belauscht haben, dessen Inhalt stark belästigend für Zimmer und Kraus ist. Auch soll sie einer in dem Hause wohnenden Grüntrankhändlerin erzählt haben, daß S. und K. einen blutigen Stragen, ferner einen blauen Schlips — einen solchen soll einer der von dem Waler Hoffmann beobachteten beiden Männer getragen haben — sowie einen modisfarbenen Ueberzieher verbrannt hätten.

Die Untergrundbahnstrecke Treptow-Stralau wird, wie nunmehr bestimmt ist, am 1. November in Betrieb genommen werden, da bis zu diesem Termin auch die oberirdische Strecke vom Schlesischen Bahnhof nach Stralau fertiggestellt sein wird.

Elektrischer Betrieb wird von heute ab auf der Straßenbahnstrecke Riederstraße-Britz eingeführt; doch bleibt auf der Teilstrecke Verbindungsbahn—Riederstraße vorläufig noch der Pferdebetrieb bestehen. Der Pferdebahnwagen wird von der Verbindungsbahn als Anhängenwagen benützt und dann bis Britz im Betrieb gehalten, so daß die Fahrgäste ohne umzusteigen bis zur Endstation weiterfahren können. Der Zwischenwagen Pandow-Nathaus fährt wie bisher weiter.

Wichtig ist die auch von uns gebrachte Meldung, daß der Maschinenfabrik „Cyllop“ mit 15 000 M. durchgebrannt ist, hat sich wahrscheinlich sofort auf den Weg nach dem Auslande gemacht.

Zweihundert Mark gefunden. In der Friedrichstraße sind zwei Hundertmarkscheine gefunden worden. Der Verlierer mag sich im Hundebureau des Polizeipräsidiums Zimmer Nr. 79 melden.

Ein toter Patron wurde vorgestern abend in der Person eines 24jährigen Schuhmachergesellen Dammert festgenommen. D. war an der Ecke der Brunnen- und Invalidenstrasse mit dem Kaufmann Wille in Streit geraten und verfecht diesem ohne weiteres mehrere Stiche mit dem Taschenmesser. Der Thäter entfloß dann durch die Invaliden- und Strelitzerstraße und versuchte nach der Ankamerstraße zu entkommen. Hier warfen sich mehrere Männer dem Flüchtling entgegen, der wiederum von seinem Messer Gebrauch machte und mit der Waffe um sich schlug. Hierbei wurden die Arbeiter Edart und Scherping sowie der Kaufmann Telling durch Stichwunden erheblich verletzt. Schließlich gelang es einem Schuttmann, den Unhold zu überwältigen und ihn nach der Polizeiwache in der Strelitzerstraße zu bringen. Die vier Verwundeten mußten die Hilfe der Sanitätswache in Anspruch nehmen.

Strassenperrung. Die Oberwallstraße zwischen dem Platz Am Zeughauser und der Werderischen Kofenstraße, einschließlich der Kreuzung mit letzterer wird behufs Umpflasterung vom 31. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

In der Krania findet heute (Mittwoch) der vierte Centenar-Vortrag statt und zwar spricht Herr Geheimrat Professor Dr. Waldeyer über „die Erforschung des Nervensystems und ihre Ergebnisse“.

Aus den Nachbarorten.

Pro domo! Man schreibt uns aus Schöneberg: Herr Stadtverordneter Haase, seines Zeichens Rentier und Schlächtermeister, nahm es mit seinem Amt als Stadtverordneter ziemlich ernst. Für alle der jungen Stadt in kommunaler Hinsicht bevorstehenden Aufgaben zeigte er das größte Interesse. Vor allem jedoch waren es die Wochenmärkte, die sich seiner besonderen Aufmerksamkeit erfreuten, und als Mitglied der städtischen Marktdeputation war es ihm beschieden, gerade die Marktfrage besonders zu studieren. Und das Resultat seines Studiums sah er in den Grundriß zusammen: „Fort mit den Wochenmärkten!“ Denn, so referierte er, auf diesen Wochenmärkten werden nicht nur minderwertige Waren feilgeboten und die Konsumenten schwer überfordert, nein, auch den steuerzahlenden selbständigen Gewerbetreibenden bereitet man dadurch eine Schmutzkonturrenz sondergleichen.

Besonders die auf den Märkten anwesenden Schlächtermeister hatten sich seiner ganz besonderen Fürsorge zu erfreuen, indem er von jenen behauptete, daß sie „ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch“ veräußerten. In Versammlungen und im Stadtparlament forderte er in Tone höchster Entrüstung die Handhabung einer besseren Kontrolle der Nahrungsmittel. „Nur Gott und der Schlächter wissen, was in der Wurst drin ist!“, so tief er aus, indem er über den Wert dieser Fleischwaren die ungläublichsten Dinge erzählte.

Soweit wäre das Vorgehen des Herrn Stadtverordneters zu verstehen und in betreff der Einführung einer besseren Kontrolle auch zu billigen. Nun spielte sich in einer der bei unseren Gegnern jetzt so beliebten kommunalwähler-Bezirksversammlungen dieser Tage folgende höchst lehrreiche Episode ab: Der Herr Geheimrat Konopke stellte an den anwesenden Stadtverordneten Haase die Frage: „Herr Stadtverordneter, Sie behaupten also, daß auf dem Markt ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch verkauft wird?“, worauf Herr H. laut antwortete: „Ja, wohl, nach wie vor!“ Herr K. fuhr nun fort: „Meine Herren! Nun hören Sie das Resultat meiner Recherche. Herr Haase hat dieses Fleisch, also ununtersuchtes, minderwertiges Fleisch, wie er es eben bezeichnete, selbst gekauft. Dieses Fleisch soll von seinem Sohne nach der Markthalle auf dem Magdeburger Platz geschafft worden sein; in dieser Markthalle hat seine Frau einen Stand inne! Herr Haase, das ist das Resultat meiner Recherche, die Sie von mir verlangen; es wäre mein Geheimnis geblieben, hätten Sie mich nicht angegriffen.“ — Ein Kommentar hierzu erscheint überflüssig, wenn man sich vergegenwärtigt, welchen Kreisen dieser Gegner des Herrn Haase angehört. Auch er ist ein Streiter bei dem Kampf für Moral und gute Sitte, und bläst bei weitem nicht die letzte Trompete, wenn es darauf ankommt, den Arbeitern eins aufzuspielen. Zum Schluss möchten wir noch konstatieren, daß Herr H. ziemlich still geworden ist. Wir bedauern es vielleicht kommt er doch noch einmal: „Pro domo!“

Wegen des immer noch niedrigen Wasserstandes der Havel hat die zuständige Stromaufsichtsbehörde angeordnet, daß auf der Stredde zwischen Rathenow und Brandenburg die Schiffe nur einen Tiefgang von 1,35 Meter haben dürfen; die meisten Fahrzeuge können darum nicht volle Ladung nehmen oder müssen unterwegs leichtern. Für den Schiffsverkehr Berlin-Hamburg ist diese Anordnung sehr einschneidend.

Wethensee. Eigentümliche Recrudescenzdienste scheinen einige tonangebende Mitglieder der hiesigen Genossenschaftsbank, mit ihrem Direktor B. an der Spitze, ihrem vor noch nicht langer Zeit verstorbenen Mitgliede, dem Rentner und Schöffen Robbe, geleistet zu haben. Die Statuten des Vereins gestatten nicht, daß die Verbindlichkeiten des einzelnen Mitgliedes gegenüber der Bank die Summe von 10 000 Mark übersteigen. Durch den plötzlich erfolgten Tod des R. trat dessen schon vorher nur mühsam verhäufte Insolvenz klar zu Tage; zugleich aber erfuhr man, daß er etwa 30 000 M. an die Bank zu zahlen hatte, daß also die in diesem Institut einflussreichen Personen ihrem Fremden Kredit weit über die statutenmäßige Höhe hinaus gewährt hatten. Das sich der übrigen Mitglieder ob dieser „Authentizität“ ihres Direktoriums eine ziemliche Erregung bemächtigte, ist gewiß zu begreifen, und der Aufsichtsrat hatte in der letzten Generalversammlung alle Hände voll zu thun, um seine Verantwortlichkeit von sich auf den Herrn Direktor B. abzuwälzen, „der den Mitgliedern des Aufsichtsrates angeblich nicht genügend Einblick in die Verhältnisse der Bank gewährt habe“. Herr B. wird für den Ausfall, den die Bank erleidet, haftbar gemacht werden. Was uns bei der Sache am meisten interessiert, ist, daß dieser Herr, in dem alle auf Hebung der Lage der ärmeren Bevölkerung abzielenden Bestrebungen schwere Bedenken wachzurufen pflegen, in diesem Falle solch großes Verständnis für den „Kummer, die Not und Sorgen“ seines Freundes und Bestimmungsgenossen an den Tag legt.

Pandow. In der gestrigen Sitzung der Gemeindevertretung war von besonderem Interesse eine Anfrage der Regierung, wie die Gemeinde sich zur Anstellung eines Kriminalkommissars am Orte stelle. Ein Antrag auf Einstellung eines Kriminalbeamten war, wie erinnerlich sein wird, vor einiger Zeit abgelehnt worden. Aufgabe des Kommissars soll es sein, sämtliche Straffälle am Orte zu prüfen, Hausdurchsuchungen abzuhalten und überhaupt der Staatsanwaltschaft zur Verfügung zu stehen. An Gehalt für dies weltstädtische Amt ist vorläufig die Summe von 3300 M. vorgezogen, doch wurde der Gemeinde die angenehme Aussicht eröffnet, daß die Bedürfnisse des Herrn selbstverständlich im Laufe der Jahre steigen würden. Die Gemeindevertretung verzichtete auf die Anstellung eines solchen Beamten

und zwar mit der ausdrücklichen Motivierung, daß erstens die Einwohnerschaft zum nicht unbeträchtlichen Teil sich einer gewissen, gegen Verbrechen immunisierenden Wohlhabenheit erfreue. (Trotzdem mußte der Armenetat des Ortes im letzten Jahre um etwa 5000 M. überschritten werden. Der Verichterichter.) Zweitens erwege die Gemeindevorstellung, daß auch der nicht im Orte sitzende Teil der Einwohnerschaft friedliebend und durchaus nicht zu Ausschreitungen geneigt sei, ein Erfolg, der wesentlich dem aufläuternden Wirken der Socialdemokratie zu danken sein mag.

Wie sehr man übrigens in Pankow von Gemeinde wegen Ruhe und Ordnung schätzt und schätzt, beweist der in derselben Sitzung gebilligte Erlass einer Orts-Polizeiordnung, wonach bei einer Strafe bis zu 9 M. das schnelle Fahren von Koff- und Arbeitsfuhrwerken in den Straßen des Ortes verboten ist.

Zu dem Selbstmord in der Jungfernhöhe, über den wir gestern berichteten, wird uns mitgeteilt, daß nicht der Förster, sondern einige Arbeiter sich des Schwerverletzten annahmen und die Feuerwehre, sowie die Rettungswache zur Hilfeleistung anriefen.

Der Ueberfall auf den Radfahrer Loepfer wird durch folgende polizeiliche Meldung in Erinnerung gebracht: Seitens des Untersuchungsrichters beim Igl. Landgerichte zu Potsdam ist unter dem 1. März 1899 gegen den unten beschriebenen Arbeiter (auch Kaufmann) Hermann Prütz, zuletzt in Berlin wohnhaft gewesen, welcher flüchtig ist, die Unterjuchungshaft wegen verdachten Mordes und vollendeten Raubes verhängt. Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängnis zu Potsdam abzuliefern. P. ist 28/28. Prütz ist 26 Jahre alt, Größe 1,70 Meter, Statur kräftig, Haare und Augenbrauen hellbraun, Stirn hochgewölbt, Bart Anflug von dunkelblondem Schnurrbart, Augen blau, Nase groß, Zähne defekt, Rinn spitz und hervorstehend, Gesicht samal und markiert, Gesichtsfarbe gesund. Die Sprache ist deutsch. Besondere Kennzeichen: Widel im Gesicht und Schwermüdigkeit. Erwähnt wird, daß Prütz des Ueberfalles gegen den Radfahrer C. Töpfer, welchem letzterer am 4. September 1898 auf dem Wege von Treuenbriegen nach Voelzig zum Opfer gefallen ist, dringend verdächtig ist. Töpfer hat den Prütz nach der Photographie bestimmt als den Thäter wiederkannt. Der Herr Regierungspräsident von Potsdam hat auf die Ermittlung des Thäters 300 M. Belohnung ausgesetzt.

Gerichts-Zeitung.

Revision des Harmlosen-Prozesses. In dem „Harmlosen-Prozess“ ist zu melden, daß gegen das freisprechende Erkenntnis der Strafkammer IV seitens der Staatsanwaltschaft das Rechtsmittel der Revision angemeldet worden ist. Ob dieselbe aufrecht erhalten und begründet werden wird, dürfte sich erst entscheiden, wenn das Urteil ausgefertigt sein wird.

Wegen Verleumdung des Landrats in Königsberg, Freiherrn v. Meerfeldt-Hüllessem, war der Redacteur der „Deutschen Tageszeitung“, Dr. Gustav Strechke, am 16. Mai d. J. vom Landgerichte I Berlin zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden, nachdem ein früheres, auf Gefängnis lautendes Urteil aufgehoben worden war. Es handelte sich um die Angelegenheit der Reichstagswahl des vorigen Jahres, in welcher der Landrat den Regierungskandidaten gegenüber dem Kandidaten des Bundes der Landwirte unterstützt hatte und dafür von der „Deutschen Tageszeitung“ angegriffen worden war.

Gestern kam vor dem Reichsgericht in Leipzig die Revision des Angeklagten zur Verhandlung. Das Reichsgericht verwarf die Revision als unbegründet. In den Urteilen wurde nach bekannter Praxis betont, daß es zu beanstanden sei, wenn einem Redacteur, nur weil er einer bestimmten politischen Partei angehöre, der Schutz des § 193 zugebilligt werde. Das Landgericht habe es nun aber gethan, dann indes in rechtsirrthümlicher Weise festgestellt, daß sich die Absicht der Verleumdung aus der gewählten Form ergebe.

Vermischtes.

Von einem Gendarm erschossen. Der „Gemeinnützigkeits“-Melder aus Augusten (Oldenburg). Auf dem Wege nach Eidsgeorgsfehn erschoss der Gendarm Mademacher aus Stadhausen, wie verlautet in Rothweh, einen Mann, der als des Pferdediebstahls verdächtig verfolgt wurde. Der Verfolgte griff den Gendarm an,

als dieser ihn verhaften wollte. Bei dem Kampfe wurde der Verfolgte erschossen.

Verbot von „Priesterwägen“. Aus Finnland wird gemeldet: Auf Befehl des stellvertretenden Generalgouverneurs von Finnland, Generalleutnants Schipow, ist den Pöbelvollmächtern die Befugnis zugegangen, daß in Zukunft in humoristischen Blättern nichts vorzukommen dürfe, was die Priesterwägen angehe. Gut, daß Voccacio im 14. Jahrhundert in Italien und nicht im 19. Jahrhundert im Revier des künftigen Erbprinzen gelebt hat.

Ein riesenhafter Schwindler hat ein kopenhagener Großschlächter betrieben, der infolge Denunziation jetzt herausgekommen ist. In Kopenhagen werden alle Fleischwaren, die im Schlächterhaus geschlachtet und daher untersucht sind, mit einem offiziellen Stempel versehen. Diesen hat der Schlächter Nielsen, eines der Mitglieder des Vorstandes der Schlächtergilde, sich nachbilden lassen und damit Fleisch, das er außerhalb Kopenhagens schlachtete, abgestempelt und nicht nur in seinem Laden verkauft, sondern auch an andere kleine Fleischer geliefert. Diesen Schwindler hat er seit zwei Jahren betrieben und soll oft minderwertiges, selbst krankes und tuberkulöses Vieh geschlachtet haben. Er ist verhaftet worden. Die Anzeige dürfte er dem Umfange zu verdanken haben, daß er sich an den Brutalität des Schlächterverbands-Vorstandes energisch beteiligt hatte. Er soll bereits Geständnis abgelegt haben.

Ein Eitlenrichter. Dr. Fritz Friedmann, der ehemalige Berliner Rechtsanwält, ist am 15. Oktober in New York zum erstenmal öffentlich aufgetreten. Vor einem nicht sehr zahlreichen, aber recht aufmerksamen und dankbaren Auditorium hielt er im Germania-Theater einen Vortrag über „Frankreich — fin de siècle“. Das Urteil, das Dr. Friedmann über Frankreich fällt, war ein geradezu vernichtendes; wenn es den wirklichen Thatsachen entsprechen sollte, so wäre es nur eine Frage weniger Jahre, man möchte sagen weniger Stunden, bis Frankreich ohnmächtig zusammenbricht. Als Merkmale dieses Verfalls bezeichnete Redner in erster Linie das prophanhafte Parvenement, wie es in Präsidentenfiguren so deutlich zum Ausdruck kam; ferner das Prätorianentum, wie es ein Boulanger repräsentierte, dann das Mönchtum unter der Leitung der Jesuiten. Als weitere untrügliche Zeichen des Niedergangs wurden dann noch vorgeführt: die Abnahme des Frauenkultus in seiner edleren Bedeutung; Zunahme von Roheit und Brutalität, wovon die Einführung von Energiefechten Zeugnis ablegte; Korruption im parlamentarischen Leben; die Ueberwucherung des Militarismus und viele andere Sünden, von denen im Leben der übrigen Kulturvölker bekanntlich nicht die Spur zu entdecken ist. Besonders schön muß sich die Hervorhebung des Frauenkultus in seiner edleren Bedeutung im Munde des Herrn Dr. Friedmann gemacht haben.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute abend 8 1/2 Uhr in G. Feuersteins Festhalla, Alte Jakobstraße 75: Gesellschaftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder. Abrechnung. Verschiedenes. Landleute, auch Damen, sind willkommen.

Freie Vereinigung der Vadeuser. Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, Dragonerstr. 15: Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 5. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Mitgefängnis, mitgefängnis! — Karl Marx über Karl Grün als Geschichtsschreiber des Socialismus. Aus dem Marx-Engelschen Nachlaß. (Fortsetzung) — Der Gesamtparität der österreichischen Socialdemokratie in Orlau. Von Dr. F. Winter. — Der fünfte Kongreß der spanischen socialistischen Arbeiterpartei und die politische Lage in Spanien. Von Heinrich Gurov. — Der Arbeiterkampf in der Phosphorindustrie. Von Paul Umbreit. — Uitteranische Rundschau: Ludwig Gumplowicz, Socialistische Ethik. — Notizen: Das Wachstum des Handels der Vereinigten Staaten mit Opien.

Briefkasten der Redaktion.

H. Scholz. 1. Die Kriminalliste kann auf eine an sie gerichtete Eingabe hin Ihnen einen Teil der Summe lassen. 2. Nein. 3. Ohne nähere Darlegung nicht zu verstehen. 4. Das ist möglich. 5. Aber! — R. W. J. 1. Nein. 2. Wenn ein Kauf und nicht etwa Verleihe, hier oder dergleichen vorliegt, ja. 3. Das hängt von der Höhe des Streitbetrags ab. — V. W. J. er braucht nur einen dahingehenden Antrag an das Gericht zu richten. — A. R. Es kann bei Gericht der Antrag gestellt werden, mit Rücksicht darauf, daß der Vater sich

um das Kind nicht gekümmert hat, der Mutter die Erziehung des Kindes zu lassen und den Vater trotzdem zur Zahlung für verpflichtet zu erklären. Wollte unabhängig von dem Ausfall dieses Antrages besteht die Verpflichtung des Vaters, bis zu dem Zeitpunkt zu zahlen, wo er die Uebergabe des Kindes verlangt hätte. — G. W. Klein. — B. Zukauerstraße. 1. Die Karte enthält eine grobe Verleumdung. 2. G. brandt nicht zu liefern, da Sie selbst durch die Karte darauf verpflichtet haben. — Grebert 10. 1. Ein gerichtlicher Vertrag ist erforderlich, den Sie, Mutter und Vormund, zu schließen hätten. 2. Das wird voraussichtlich genügen: Das Erntefest des Gerichts ist frei. 3. Ja. — G. W. 100. Sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — G. P. 50. Seitert aus Ihrer Darstellung ersichtlich, heißt Ihnen ein Patentanspruch nicht mehr zu. — 55. Die Scheidung und der Scheidungsgrund ergibt sich aus dem mit Rechtskraft versehenen Entscheidungsurteil. Dasselbe können Sie sich von Ihrem Anwalt oder vom Gericht geben lassen. Die Weiterführung des Namens kann der für schuldig erklärten Frau unterliegen werden. — G. P. J. 1. Nein. 2. Durch 1. erledigt. — C. 100. Nein. — G. P. 75. 1. und 2. Leider ja. Wir haben häufig genug davon gewarnt, einen Heiligkeitel zu unterzeichnen, den man nicht genau durchgelesen hat. Nehmen Sie es ab, auf Brochhaus' Verstoß, Rechtsliteratur u. dergl. zu abonnieren. Haben Sie aber unterschrieben, so sind Sie zur Abnahme und Bezahlung des teuren, für Sie wertlosen Buchs verpflichtet. — R. R. R. Der Anspruch auf Unfallrente verjährt, wenn er nicht leitend des Verletzten innerhalb zwei Jahren angemeldet wird. — M. W. Kitzdorf. Wenn keine testamentarische Bestimmung entgegensteht, ja. — W. P. R. Nein. — R. P. 99. Sie haben das Recht, die Befragung des Denunzianten bei der Staatsanwaltschaft zu beantragen. Er würde wegen Verleumdung und wissentlich falscher Anschuldigung bestraft werden, wenn erweisen wird, daß seine Aussage eine thatsächlich unrichtige, wobei beiderseits Beweise erbracht sind. — W. R. S. Aulstraße. Wenden Sie sich an das Bureau des Centralverbandes Deutscher Maurer, Alt-Bölln am Wasser Nr. 1, um Auskunft

Marktpreise von Berlin am 30. Oktober 1899

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

Ware	Quantität	Preis	Ware	Quantität	Preis
Meizen	15,30	14,30	Schweinefleisch	1 kg	1,60
Woggen	15,29	14,--	Rathfleisch		1,80
Wintergerste	14,30	13,--	Hammelfleisch		1,80
Hafer gut	15,30	14,60	Butter		2,80
mittel	14,50	13,90	Eier	60 Stück	4,80
gering	13,80	13,20	Karpfen	1 kg	2,20
Milchstroh	4,15	3,82	Kale		2,80
Heu	7,--	4,--	Hander		2,80
Größen	40,--	25,--	Hedite		1,80
Speisebohnen	50,--	25,--	Barfche		1,80
Kinien	50,--	30,--	Schleie		2,80
Kartoffeln, neue	6,--	4,--	Blieie		1,40
Windfleisch, Reste 1 kg	1,00	1,20	Krebse	per Schoß	12,--
do. Rauch	1,20	1,--			2,50

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsbörse — und ausgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner. *) Klein handelspreis.

Produktenmarkt vom 31. Oktober. Der Getreidemarkt war heute äußerst ruhig und die Preise hielten sich, da die geringfügigkeit der Umsätze größere Bewegungen unmöglich machte, ungefähr auf dem gestrigen Niveau, nur Otderrögen, der bei der in letzter Zeit vorherrschenden schwachen Tendenz auf vorhandenes Decouvert meist Preisabnahmen erzielt hatte, erholte heute, nachdem die künftigen Lieferungen prompt erfolgt waren, einen Aufgang um etwa 1,50 M. Im übrigen waren Weizen und Roggen am Frühlmarkt schwach bedauert, mittags leicht nachgebend. Hafer lag fest auf gutem Konsumverehr, ebenso Rappi. — Am Spiritusmarkt liehen die Thätigkeit der Speculation wachsend zu erhöhen. Die unveränderten Preise für Voco- und Terminusware waren lediglich nominal zu versehen. 70er 45,90.

Kartoffelabdrate. Feinste Kartoffelstärke 10,90 M. Ia reine Kartoffelstärke disponibel und November-Dezember 20,75 M. Ia Stärke und Mehl, Mittel-Quantität 19,50—20,00 M. per 100 Kilogramm.

Witterungsüberblick vom 31. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.	Stationen	Barometer stand am	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. u. F.
Swineunde	758	WSW	2	bedekt	7	Daparranda	734	WSW	4	hbl. bed.	1
Danburg	759	WSW	3	bedekt	7	Berlin	764	WSW	2	hbl. bed.	9
Berlin	759	WSW	2	bedekt	9	Sof	764	WSW	2	hbl. bed.	9
Wiesbaden	762	WSW	3	bedekt	10	Aberdeen	753	WSW	3	bedekt	8
München	762	WSW	2	wolfig	11	Paris	765	WSW	1	wolfig	8
Wien	763	SWN	1	bedekt	6						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 1. November 1899. Zunächst ziemlich heiter, etwas kühler bei frischen südwestlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, in der Brauerei „Gambrius“, Wallstr. 91:
Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung für sämtliche Bezirke.
Tages-Ordnung:
1. Die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Referent: Reichstags-Abgeordneter Singer. 2. Diskussion. 204/15
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
Der Einberufer.

Achtung, Holzarbeiter!
Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Julius Wernar, Schwedterstraße Nr. 23:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Karl Müller, Schönhauser-Allee, und bei Abels & Comp., Bernauerstraße. 2. Diskussion. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. 277/11
Der Vertrauensmann.

Achtung, Holzarbeiter!
(Bezirk Süd, West und Südwest).
Am Donnerstag, den 2. November 1899, abends 8 1/4 Uhr, in Habels Brauerei, Bergmannstraße 5-7:
Oeffentl. Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Posten über die Holzbearbeitungs-Fabrik infolge der Erhöhung der Preise. 2. Bekanntgabe über das Resultat der Unterhandlung. 3. Diskussion und weitere Beschlussfassung. 377/14
Der Einberufer.

Orts-Krankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.
Am Sonntag, den 19. November 1899, vormittags 10 1/2 Uhr, im Kaiserstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße 37:
Ordentl. Generalversammlung
Tages-Ordnung:
1. Mitteilungen des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes (4 Arbeitgeber, 3 Arbeitnehmer). 3. Wahl des Wandanten für die Jahre 1900-1902. 4. Wahl des Rechnungs-Ausschusses für 1900. 5. Wahl freiwilliger Krankenkassendirektoren. 6. Verschiedenes. 566B
Der Vorstand:
Gustav Günther, Arthur Scholem, Vorsitzender, Schriftführer.

Achtung! MAURER. Achtung!
Am Mittwoch, den 1. November, abends 8 Uhr, bei Keller, Kopenstraße Nr. 29:
Große öffentliche Versammlung der Maurer Berlins u. Umgegend.
Tages-Ordnung:
1. Das System der Lohnarbeit und ihre Auswüchse. Referent Kollege Silberjähmidt.
2. Die Innehaltung der Vertragsbestimmungen bei den Bundesmitgliedern und Beschlussfassung über die Verallgemeinerung derselben bei den übrigen Unternehmern. 3. Gewerkschaftliches.
Wir ersuchen die Kollegen, für diese Versammlung die größte Propaganda zu entfalten.
Die Verbandsleitung. J. A.: Karl Pauser.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Heute, Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Werner, Bülowsstraße 59:
Vertrauensmännertagung
für den Westen, Schöneberg usw.

Am Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Dusselstraße Nr. 9:
Bezirks-Versammlung für Moabit.
1. Vortrag des Herrn Markwald über: „Krankenkassen-System“
2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 117/7
Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingt erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!
Am Sonnabend, den 4. November, abends 9 Uhr, im Lokal des Herrn Feind, Weinstraße Nr. 11:
Oeffentl. Versammlung der Kupferschmiede Berlins.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Rechtsanwält Victor Frank über: „Vor den Kämpfen“. 2. Unsere fernere Stellungnahme zur Berliner Gewerkschaftskommission. 3. Wahl von 3 Referenten. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht.
Der Einberufer.

Charlottenburg.
Empfehle allen Freunden und Parteigenossen mein neues Lokal Bismarckstraße 34. Bereinigungszimmer, 120 Personen fassend. 2677/2
H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.

Neues Clubhaus.
72, Kommandantenstr. 72.
Sind noch einige Sonntage zu vergeben. 5025

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft.
Donnerstag, den 2. November, abends 8 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
Der Streit bei der Firma „Industrie-Attiengesellschaft“. 280/3
Mitgliedsbuch legitimiert.

Achtung! Bau-Anschläger. Achtung!
Am Freitag, den 3. November, abends 7 Uhr, im Lokal des Herrn Obst, Ormwerdstraße 110:
Oeffentl. Versammlung
Tages-Ordnung:
Unsere Lohnfrage und Verschiedenes. J. A.: Finke.

Achtung! Arbeiter-Radfahrer Berlins und Umgegend.
Donnerstag, den 2. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:
Oeffentliche Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Unsere Hilfe zur bevorstehenden Stadtverordneten-Wahl. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Neuwahl. 5. Verschiedenes. Um zahlreicher Besuch bitten.
Der Vertrauensmann. 22/4

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 1. November.
Opernhaus. Doktor und Apotheker. In Afrika. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wie die Alten sungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Der Silberpelz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leffing. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Raza. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schafer. Der Richter von Zalamea. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbekanntes Blatt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Wollen. Parada. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neubau. Angefreund. Vorher: Familien-Sänger. Anf. 7 1/2 Uhr.
Luiten. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Weissk. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Victoria. So ist erreicht. Die weiße Henne. Anfang 8 Uhr.
Friedrich. Wilhelmstädtisches. Ein gefundener Junge. Anfang 8 Uhr.
Velle Alliance. Sonnabend: Was ist das Schiller'sche Bauern-Theater. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Hund um Berlin. Im Reiche der Secessio! Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Streiter-Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Sonne im Bade. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Wahne. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Kubalduch. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr. Sesseltische.
Laudenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater
(Wahner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel
in 3 Akte von Calderon de la Barca, bearbeitet von Adolf Hilbrant.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.

Central-Theater
Direktion: José Forenczy.

Die Geisha.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen: **Die Fledermaus** von Johann Strauß.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.

Der Weltuntergang.
Großes Musiktheaterstück mit Gesang in 3 Akten (15 Bildern) von Dir. Carl Weisk und Hof. Dir. Wink von R. Paul.

Der Weltuntergang

Die größte Sehenswürdigkeit Berlins, daher sollte niemand veräumen, sich den

Der Weltuntergang

anzusehen. Über 35 000 Personen haben dieses große Ausstattungsstück sich angesehen und sind von dem Vorgeschehen über den furchterlichen Berg, über den Zusammenstoß des Kometen mit der Erde und dem Weltuntergang mit der Luftautomobile.

Der Weltuntergang

Beginnt täglich 8 Uhr.
Sonabend: Schiller-Vorstellung: **Die Räuber.**

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schnitz.
Täglich von 9 1/2 Uhr ab:

Rund um Berlin.

Berliner Volkstheater von Paul Freund. Musik von Julius Gindorf.
1. Bild: An der Chausseestrasse.
2. Bild: Im Ansehungsparc und das fernste Ballett

Im Reiche der Secessio.

Vorher: Das vorläufige neue November-Programm.
8 Uhr: Die Piccolos. Polyphon-Virtuosen.
8 1/2 Uhr: Mary Wolf, deutsche Liedersängerin.
9 Uhr: Familie Klein, die kleinsten Musikanten der Welt.
9 1/2 Uhr: Carmen Rocco, spanische Sängerin.
10 Uhr: Cabaret der Meisterdresler mit seinen Miniaturschülern.
10 1/2 Uhr: Georg Kaiser, der beliebteste Komiker.
11 Uhr: Baloo-Trio, die wunderbaren Akrobaten auf dem Drahtseil.
11 1/2 Uhr: Mlle. Mietto, La cigale parisienn.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Professor Dr. Waldeyer: Die Erforschung des Nervensystems und ihre Ergebnisse.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Theater.

Neu!
Anatomisch.
Museum.
Dienstags für
Damen.
Passage-Theater:
Seri. v. 7-10 1/2.
15 erste Klasse
Dabuts.

CASTANS PANOPTICUM

165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden Neu!
Ein gefundener Junge.
Derwische
! aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Victoria-Theater

C. Alexandersstr. 40. Fernspr. VII 1711.
Direkt: V. Hausenwein u. G. Emmerich.
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Novität! Novität!
Es ist erreicht. Die weiße Henne. Sandweisse in 3 Akten. Musik von B. Neger.

Thalia-Theater.

Tel. Amt IVa 5446. Dresdenstr. 72/73.
Der Plagmajor.
Thomas, Thälcher, Helmerding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Winkler, Terzett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 1. November 1909, abends 7 1/2 Uhr: **Elite-Abend.**
Dynamische Spiele. Ähnliches Biergerman eine 30 Fuß hohe Kaskade hinstellend. Monsieur Mann auf Non plus ultra. Die Seelöwen. Wunderdresler. Miss Darling. Perfektionieren. Das Geister und die halluzinierenden Pferde. Die Ritter-Turniere des Mittelalters.
Morgen, Donnerstag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr: **Gala-Abend.**

Cirkus Alb. Schumann.

Grösster equestriker Cirkus der Welt.
Im eleganten neu renovierten Cirkus Reuz.
Sente, Mittwoch, den 1. November abends prächtige 7 1/2 Uhr:

Gr. außerordentl. Vorstellung

u. a. „Grus der Kaiserkrone“, dargestellt vom Personal. — „Hru! Bombardier“, das Soldatenpferd, exercierend und Jenerpferd. **Hens. Orig.-Dress.**
d. Dir. Albert Schumann.
Mlle. Helene Gérard, franz. Schulführerin. Die 7 Engländer. Akrobaten. „Schiffbruch“, Schiffsberg in einem ganz neuen Genre. **Dress. und ger. von Dir. Albert Schumann.** Bicycle-Valeo-Team. Champtondorzer Sullivan, Happe u. Meade. **Grösste Novität!**

Die dressierten Kapphengste im Kinderpark.

Origin.-Dress. des Dir. **Albert Schumann etc.**

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.
Mittwoch, 1. Nov.: **Extra-Soiree**
und **Tanzkränzchen.**
Anfang 8 Uhr.
Passaportanten haben keine Zutrittskarte.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24.
Grüne Jungs.
Gesangsspiel in 1 Akt von G. v. Engen Roscoe, Winkler, Lisa Massor (protagonist), Franziska Held, Gertraud Bürgel.
Freitag: Familienabend.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Saxophonisten an Wochenenden gütlich.

Dr. Simmel

Marlitzplatz, 1. Stock, v. Aschinger
Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Saxophonisten an Wochenenden gütlich.
Dr. Simmel
Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Deutscher Senefelder-Bund

(Mitgliedschaft Berlin).
Zur Säkularkelch der Erfindung des chemischen Druckes in der Lithographie findet nach Uebereinkunft mit den kollegialen Vereinigungen die **Bekrönung des Denkmals** am nächsten **Sonntagmittags 2 Uhr** statt. — Versammlung der Kreisdeputationen 1/2 Uhr bei Riegel, Stralauerstr. 57. — Abfahrt nach dem Denkmal 1 1/2 Uhr. — Die Kollegen versammeln sich beim Denkmal. — Nachher gemütliches Beisammensein auf dem Pfefferberg, Waldstraße 11/12.
N. N.: **Paul Höhring**, Planufer 41.
551b

Beim Monatswechsel empfehlen sich folgende Parteispeditionen:

Berlin vierter Wahlkreis O.: Robert Bengels, Fruchtstr. 20, Tel. II. — **SO.:** Fritz Thiel, Schillerstr. 20 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwebersbr. 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Spitzenburg, Wiesenstr. 14. — **Gesundbrunn:** Wilhelm Schumann, Wehlenerstr. 65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Pars, Kabanen: Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gerhard Schornberg, Schillerstr. 94, v. 1. Trepp. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Hans Abler, Starnimengr. 5, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 45. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde:** Anton Kay, Berlin O., Friedrichsbergstr. 4. — **Grünau:** Engel, Dabauerstr. 6. — **Rixdorf:** Ockermann, Gieserstr. 6. — **Schöneberg:** Wido. Hummer, Apffelb. 10. — **Cherub. Hoch:** — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstr. 7, Chausseegäßchen. — **Nieder-Schöneweide:** Karl Weber, Chausseegäßchen. — **Johannisthal:** Seuffleben, Rehanstr. — **Adlershof:** Max Werbs, Megerichstr. 4. — **Cöpenick:** Franz Weber, Chausseegäßchen, Schwanenstr. 1. — **Friedenau-Steglitz:** A. Reuzies, Rindkestr. 1, in Friedenau. — **Reichenow:** Hermann, Reichenowstr. 10. — **Steglitz:** H. Rahr, Dampferstr. 8, und Fr. Schellhale, Rixdorfstr. 10a. — **Baumschulenweg:** Godel, Baumstr. 22, v. III. — **Gross-Lichterfelde:** Abonnements nehmen entgegen: Krenp, Chausseegäßchen 41; Boigt, Dürer- und Moltkestr. 104; Schläter, Berl. Silbestr. 33; Richter, Lorenzstr. 34; Brömning, Pantowstr. 10; Senger, Rixdorfstr. 35; H. H. Chausseegäßchen 109; Bengel, Pantowstr. 6. — **Neu-Weissenau:** Specht, Heinrich Bachmann, Ledderstr. 1, part. links. — **Pankow:** Kummert, Florastr. 48.

Anßerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.**

Um genaue Angabe der Adresse wird dringend gebeten.

Bitte ausschneiden!

Centralverband der Elektromonteuere und Berufsgenossen Deutschlands (Sektion Berlin II).

Sonabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rieff, Weberstr. 17:
Stiftungs-Fest.

Alle Kollegen sowohl als Genußgenossen werden freundlich eingeladen. Biletts sind beim Kollegen Haberstr. 10, Landberger Allee 158 zu haben.
Der Vorstand: A. Weissshuhn.

Apollo-Theater.

Der ausserordentliche Erfolg, der nunmehr 6 Monate hindurch ohne Unterbrechung gegeben hat Paul Lincke'schen Operette „Frau Luna“ veranlaßt die Direktion, dieselbe noch weiter auf dem Spielplan zu belassen.
Um 7 1/2 Uhr beginnt
Frau Luna
mit dem Luftballett
„Grigolatis“
unter abwechselnder Mitwirkung des ständigen Ensembles:
Bender Kettner
Carola Kettner
Kröcher Lieban
Perry Rieck
Walden a. G. Steidl
Cilebus.
Der Spezialitäten bringt:
Mlle. Rosalba
die neue Theresia.
Franklins
Parterre-Akrobaten.
The Gothams
New Yorker Gestic - Vokalquartett.
E. Bonetty
Dressierte Füchse mit Hähnern, Hunden etc. zusammen in einem Centralkäfig vorgeführt.

Die Barratruppe

Amerikas beste Musik-Excentrics.
Eva Haller
deutsch-dänische Soubrette.
Robert Steidl.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr, Ende 11 Uhr.

Vorverkauf täglich im Theater, beim „Kasselerdank“, Unter den Linden 69, und „Invalidendank“, Unter den Linden 24 I.

Fischer-Volta Fischer

Spezialvorträge aus dem Gebiete der Elektrotechnik.
Dauer 1 Monat, Beginn 3. Novbr., abends 8 Uhr.
Wegen grossen Andranges Anmeldungen schleunigst. Näheres durch Prospekte.
Andresen, Ingenieur, früher 1. Lehrer hies. Anstalt.

Dr. med. Schaper, hombop. Arzt, Spezialarzt für

Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1-4-7.
Hombopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8; Friedrichstrasse 114, I.

Reichshallen, Stettiner Sänger.

(Misch-, Meis., Vleiro, Britton, Ziehl, Aron, Kirschmayer, Schneider und Schrader).
Sente zum Schluß:
Stokes Pianofabrik.
Anfang prächtige 8 Uhr.
Zugest. 11 bis 1 Uhr.

Filzhüte für Herren

neueste Façon 1.-, 1.45, hochfeine 2.-, extra feine 2.60 im Engros-Lager, Prenzlauerstrasse 20, 2 Tr. Knaben- und Kinderhüte in großer Auswahl. 442b

Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe u. Maß-Temporowski, Schneidermeister, Neanderstr. 16, II, an der Kneussstr. (Kuch. bar. Kassa billige Preise.)

Ordentl. Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Dachdecker Berlins

am Sonntag, 5. d. N., vormittags 9 1/2 Uhr, im Restaurant Feind, Weisstr. 11.
Tages-Ordnung:
1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern, einem Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer. 2. Wahl des Rechnungsprüfers. 3. Bericht des Vorstands pro 1909. 4. Änderung der §§ 12 Abs. III, 16, 21, 23, 24. 5. Besprechung über freie Wahlwahl. 6. Verschiedenes. 5009

Die Herren Delegierten werden ganz besonders ersucht, zu dieser Versammlung zu erscheinen. Um zahlreichen Besuchs bittet G. Krohs, I. Vorst., Weisstr. 28 I.

Cris-Krankenkasse

für die in den Geschäftsbetrieben der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher, der Krankenkassen, Berufs-gesellschaften u. Berufsvereinigungen, anhalten beschäftigten Personen in Berlin, Niederwall-Strasse 14.

Berlin, den 27. Oktober 1909. Gemäß § 51 Abs. 4 des Kaiserstatuts haben für die im Laufe des Jahres 1909 ausgefallenen Vertreter Ergänzungswahlen und gemäß § 50 des Kaiserstatuts für das Jahr 1900 die Neuwahlen der Vertreter des Kassensmitgliedes und Arbeitgeber zu erfolgen. Die Wahlen finden in der Wahlversammlung am

Sonntag, den 12. November d. J., vormittags von 9 Uhr ab, in den Reimhallen, Kommandantenstr. 30, statt.

Die Wahl ist geheim und es findet für die Neuwahlen und Ergänzungswahlen je ein besonderer Wahlgang statt.

Es sind zu wählen in den nachbezeichneten Terminen:
1. Am 9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Anwälte, Notare und Gerichtsvollzieher in der Hauptwahl 47 Vertreter in der Ergänzungswahl 2 Vertreter;
2. Am 9 1/2 Uhr durch die Arbeitgeber aus der Abteilung der Krankenkassen, Berufsgesellschaften und Berufsvereinigungen in der Hauptwahl 51 Vertreter in der Ergänzungswahl 4 Vertreter;
3. Am 10 Uhr durch die Kassensmitglieder aus der Abteilung der Betriebe der Berufsgenossenchaften in der Hauptwahl 11 Vertreter in der Ergänzungswahl 1 Vertreter;
4. Am 10 1/2 Uhr durch die Kassensmitglieder aus der Abteilung der Betriebe der Krankenkassen in der Hauptwahl 12 Vertreter in der Ergänzungswahl 2 Vertreter;
5. Am 10 1/2 Uhr durch die Kassensmitglieder aus der Abteilung der Betriebe der Berufsvereinigungen in der Hauptwahl 12 Vertreter in der Ergänzungswahl 4 Vertreter;
6. Am 11 1/2 Uhr durch die Kassensmitglieder aus der Abteilung der Betriebe der Berufsgenossenchaften in der Hauptwahl 17 Vertreter in der Ergänzungswahl 1 Vertreter;
7. Am 11 1/2 Uhr durch die Kassensmitglieder aus der Abteilung der Betriebe der Rechtsanwaltschaft und Notare in der Hauptwahl 82 Vertreter in der Ergänzungswahl 12 Vertreter.

Wahlberechtigt sind und wählen dürfen nur diejenigen Kassensmitglieder, welche wahlberechtigt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Kassensmitglieder werden ersucht, ihr Zutrittsrecht als Legitimation mitzubringen.

Das Wahlergebnis wird im Kassenslokale bekannt gemacht.

Die gewählten Vertreter werden außerdem von ihrer Wahl benachrichtigt.

Es wird gebeten, recht pünktlich zu erscheinen, da die Eröffnung der einzelnen Wahllokale pünktlich zu den angelegten Terminen erfolgen wird.

Der Vorstand:
Doct. W. Vorwender.
29689

Knabenanzüge u. Paletots, Mädchenkleider u. Mantel preisw.

29784 G. Hoffmann, Seemannstr. 14.

Creditgewährung

bis 10 000 M. an Ehrenhafte, solide Geschäftleute und Beamte, feinsten Creditverein. Zweigstelle: Franz-Jönsstr. 21. 119/14

Die Erstürmung der Spicherer Höhen

dargestellt in zwei Momenten mit ca. 40 000 Figuren. 118/10 Täglich geöffnet von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends. Eintritt 50 Pf. — Donnerstag 1 M. Besitzer und Direktor Architekt M. J. Sonner.

Reichshallen, Stettiner Sänger.

(Misch-, Meis., Vleiro, Britton, Ziehl, Aron, Kirschmayer, Schneider und Schrader).

Ludwig Engel.

Herrnenbekleidung
Münzstr. 26. Geogr. 1892. Brennenstr. 66.
Um meine Kundenschaft zu vergrößern, liess ich:

Fert. Winterpaletots M. 18,00,
30,00, 35,00 bis 42 M. Nur gute Qualitäten in allen Farben, elegantester Sammetstoff, warmes, weiches Futter.

Fertige Joppen M. 5,00, 7,00-18 M. Anstaltlich, bis oben zum Knöpfen, für die Arbeit, Straße und Haus.
Fertige Winterhosen 3,00, 5,00-12 M. Beste Arbeit, halbbare Fasern, in soliden, praktischen Mäßen.

Fertige Herrenanzüge 18,00, 22,00 bis 38 M., in den neuesten Mäßen, Gehört, Kammergut und Streichgut, taftiert und einfarbig.

Für 35 M. nach Maß Paletot, reine Wolle.
Für 33 M. nach Maß Anzug, neueste Muster.
Für 10 M. nach Maß Soje, praktische solide Mäßen.

Unvergleichung nach Maß unter meiner persönlichen Leitung, neueste Fasern, nur beste Stoffen bei billigen Preisen. Nur unter Garantie für guten Sitz.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, der Bager

Wilh. Radloff
am 26. Oktober durch Abbruch vom Bau plötzlich verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 2. d. N., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jafobi-Kirchhofes in der Fernmanndorferstr. statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Achtung! Putzer.

Centralverband d. Maurer Deutschlands
Zahlstelle 1 Berlin Putzer.
Den Mitgliedern, sowie dem Weingarten der Putzer zur Nachricht, dass unser langjähriges Mitglied

Wilh. Radloff
durch Abbruch vom Bau plötzlich verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. d. N., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jafobi-Kirchhofes statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).
Den Mitgliedern zur Nachricht, dass der Kollege, Dresden

Julius Stieg
am 28. d. N. verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Novbr., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Trigen Kirchhofes an statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige.

Am 30. Oktober nach langem, schwerem Leiden an der Tuberkulose mein innigstgeliebter Sohn und Bruder, der Schriftfeger

Wilhelm Wirsing.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 2. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gannaukirchhofes in Wry an statt. Dies zeigt siehbedrückt an und um dieses Beileid bittet

Bertha Wirsing, geb. Fross, Ernst Wirsing. 582b

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.

Unser Mitglied **R. Rehbach,** ist am 28. d. N. verstorben. Die Beerdigung findet am 1. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Dorstener Kirchhofes in Reinickendorf, Schaneweberstr. 1-2, statt.

Danksagung.

Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Vaters **Gustav Ellmer** sage ich allen, insbesondere meinen Kollegen von der Erdmannschen Maschinenfabrik und den Mitgliedern der Krankenkasse der Bogenhäuser meinen besten Dank. **Selma Ellmer** nebst Kindern.

Polyphon

Selbstspielende Musikwerke, zum Preise von 20 Mk. aufwärts liefern gegen Anzahlung

20 Mark. Garantie Cataloge gratis.
Bial, Freund & Co.
Breslau.

Ludwig Engel.

Herrnenbekleidung
Münzstr. 26. Geogr. 1892. Brennenstr. 66.
Um meine Kundenschaft zu vergrößern, liess ich:

Fert. Winterpaletots M. 18,00,
30,00, 35,00 bis 42 M. Nur gute Qualitäten in allen Farben, elegantester Sammetstoff, warmes, weiches Futter.

Fertige Joppen M. 5,00, 7,00-18 M. Anstaltlich, bis oben zum Knöpfen, für die Arbeit, Straße und Haus.
Fertige Winterhosen 3,00, 5,00-12 M. Beste Arbeit, halbbare Fasern, in soliden, praktischen Mäßen.

Fertige Herrenanzüge 18,00, 22,00 bis 38 M., in den neuesten Mäßen, Gehört, Kammergut und Streichgut, taftiert und einfarbig.

Für 35 M. nach Maß Paletot, reine Wolle.
Für 33 M. nach Maß Anzug, neueste Muster.
Für 10 M. nach Maß Soje, praktische solide Mäßen.

Unvergleichung nach Maß unter meiner persönlichen Leitung, neueste Fasern, nur beste Stoffen bei billigen Preisen. Nur unter Garantie für guten Sitz.

Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Unser Programm für die Stadtverordnetenwahlen.

VIII.

Die Lage der städtischen Arbeiter behandelt der 8. Absatz unseres kommunalen Programms:

Für die im Gemeinde-Auftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten ist ausreichende Bezahlung, sowie eine Arbeitszeit von nicht länger als 8 Stunden herbeizuführen; desgleichen sind Pensions-, sowie Witwen- und Waisen-Unterstützungslofen für die Arbeiter zu errichten, und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung für sämtliche in Gemeinde-Betrieben beschäftigten Arbeiter in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht ist sicher zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt werden. In allen Gemeinde-Betrieben sind Arbeiter-Kassenkassen zu errichten.

Die Bezahlung der städtischen Arbeiter läßt auch in den Betrieben, welche mit erheblichem Ueberfluß arbeiten, noch viel zu wünschen übrig, und da wäre doch gewiß eine angemessene Vergütung der Arbeitsleistung am Plage. Noch ungünstiger liegen aber die Dinge im Bereiche der Kanalisationsverwaltung, und zwar namentlich im Betriebe der Nieselfelder. Die Entlohnungen über die Wohnungsverhältnisse der dort beschäftigten Arbeiter — namentlich der Schwitter — sind noch in frischer Erinnerung; das erhebliche Uebelstände bestanden, mußte selbst von den Magistratsvertretern zugegeben werden. Aber auch die Geldlöhne sind überaus niedrig. Unser Genosse Stadthagen erwähnte in der Diskussion, die am 14. September d. J. stattfand, daß die Monatslöhne zwischen 40 und 48 M. schwanken, ja, daß in einem Falle ein Tagelohn von 1,25 Mark gezahlt worden wäre. Und der Magistratsvertreter Stadtrat Struve bemühte sich vergeblich, durch den Ton seiner Antwort zu verdeuten, daß er sich auf diese Behauptungen nicht zu erwidern wüßte. Das Bild, welches so von unserer städtischen Verwaltung gezeichnet ist, bleibt aber unvollständig, wenn nicht ein Anspruch erhoben würde, den in jener Diskussion der Stadtverordnete Kreiling als Vertreter der „neuen Fraktion der Linken“ that.

Er führte aus: „Ueber die Lohnverhältnisse wird ja später zu reden sein; ein Lohn von 3 Mark“ — der von unseren Vertretern als Mindestlohn gefordert wurde — scheint mir aber schon jetzt über das Mögliche hinauszuweisen. Diese Haltung der radikalsten bürgerlichen Partei in der Stadtverordneten-Versammlung, der „kommunalen Demokratie“, wie sie sich in besonders feierlichen Momenten nennt, verdient gerade jetzt Beachtung; denn die Herren der „Neuen Fraktion der Linken“ können eben wieder dort, wo sie sich um ein Stadtverordneten-Mandat der dritten Abteilung bewerben, ihren Radikalismus und ihr tiefgehendes soziales Verständnis nicht genug betonen. Nachher freilich wird nicht so heiß geessen werden, wie jetzt gelobt wird. Dieses ist unsere Ueberzeugung, und es teilen diese anscheinend mit uns auch die andern bürgerlichen Parteien der Stadtverordneten-Versammlung, — die „alte Linke“ und die „freie Fraktion“ — die sich darum durch das augenblickliche radikale Auftreten der „Neuen Linken“ von dem Abschluß des „kommunalen Dreibundes“ nicht abhalten lassen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist ebenfalls eine dringliche Forderung. Welche Mißstände in dieser Beziehung herrschen, das hat im Jahre 1898 der Gasarbeiterstreik enthüllt. Die Arbeiter forderten damals namentlich die Verringerung der 18 stündigen Schicht, welche beim Wechsel von Tag- und Nacharbeit stattfindet. Der Erfolg des Streiks war nur ein recht dürftiger, und es besteht auch heute noch in zwei städtischen Gasanstalten die achtzehnstündige Wechselarbeit.

Dah und warum unsere Partei auch hier den Achtstundentag fordert, ist oft genug dargelegt, und so scheint ein weiteres Eingehen darauf hier überflüssig. Bemerkenswert ist nur, daß London uns auch in dieser Beziehung weit voraus ist, da einem sehr großen Teile der städtischen Arbeiter bereits der Achtstundentag bewilligt ist.

Daß die Gemeinde die städtische Pflicht hat, Pensions- oder Altersversorgungskassen für ihre Arbeiter zu schaffen, das hat, wie auch der „Vorwärts“ mitteilte, kürzlich der Breslauer Oberbürgermeister Wendler ausdrücklich anerkannt. Es liegt auch bereits im Beschlusse der Berliner Stadtverordneten-Versammlung vor, der die Errichtung einer Pensionskasse fordert, doch ist eine Vorlage vom Magistrat bisher noch nicht eingebracht worden. Trotzdem dürfte schon heute das nicht mehr vorkommen, daß städtische Arbeiter, die seit mehr als 10 Jahren zur Aufrechterhaltung ihrer Vorgesetzten der Stadt gedient haben, wegen Krankheit entlassen werden, wie dies jüngst einem hiesigen Markhallen-Arbeiter passierte. Ferner müßte auch für die Witwen und Waisen der städtischen Arbeiter in demselben Umfang gesorgt werden, wie für die der Beamten. Denn bisher sind diese ausschließlich auf die Unterstützung der Armenverwaltung angewiesen. So wurde jüngst erst in einer Denkschrift, welche die städtischen Desinfektoren der Stadtverordneten-Versammlung überreichten, auf zwei Fälle dieser Art hingewiesen; es handelte sich dabei um die Hinterbliebenen von Arbeitern, die neun bzw. zweiundzwanzig Jahre in städtischen Diensten gestanden hatten.

Aber wie kann man eine befriedigende Lösung dieser sozialen Aufgaben von einer Verwaltung erwarten, die noch nicht einmal liberal genug denkt, um das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter sicher zu stellen. Namentlich gegen den Leiter des Friedebachener Wasserwerkes, Herrn Ingenieur A. Llam, wird der Vorwurf erhoben, daß er Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Verband der Arbeiter in den städtischen Betrieben“ gemahngelt habe. Und der Magistrat hat zwar auf eine diesbezügliche Beschwerde geantwortet, daß nach seiner Untersuchung die betr. Entlassungen nicht als Maßregelungen aufzufassen sind, er hat es aber abgelehnt, das Gewerbegericht darüber entscheiden zu lassen. Dieses Verkommen und andere nähren den Verdacht, daß auch in Berlin das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter noch der Sicherstellung bedarf.

Man darf die Betrachtung über die Arbeiterfreundlichkeit der städtischen Behörden nicht abschließen, ohne der Behandlung zu gedenken, welche der Kommunalstreik einer Gruppe von Kopparbeitern zu teil werden ließ. Wir meinen die Gemeindegewerkschaftler. Ihnen gegenüber hat der Freisinn, und gerade die „freisinnige Volkspartei“, so recht anschaulich bewiesen, daß die Worte, die die Partei im Landtage als Minderheit macht, keinen Schluß gestatten auf die Thaten, die sie in der Gemeinde als regierende Partei vollbringt. Im preussischen Landtage beantragte bei der Beratung des Lehrerbeförderungsgesetzes die freisinnige Volkspartei die Einföhrung eines Mindestgehaltes von 1200 M. Und als der freisinnige Abgeordnete A. Rüdke seinerseits einem Kompromißantrage zustimmte, der statt dessen nur 1000 M. forderte, da erklärte die Fraktion der freisinnigen Volkspartei feierlich: „Wenn wir nicht irren, durch den Mund des Abgeordneten Dr. Hermes — daß sie auf ihrem Satze beharre, und den Umfall Andersens nicht mitmache. Als aber dann die Berliner Stadtverordneten-Versammlung sich mit der Ordnung der Lehrerbeförderung zu befassen hatte, da stimmte die große Mehrheit der liberalen Stadtverordneten — darunter auch die freisinnigen Landtags-Abgeordneten Dr. Hermes, Langerhans und Birchow — gegen das Mindestgehalt von 1200 M. und brachte diese Forderung denn auch glücklich zu Fall.

Diese Haltung der Freisinnigen zeigt wieder einmal, was von ihnen zu erwarten ist, wenn sie wirklich einmal aus Ruder kommen sollten. Die Vorfälle in der Lehrerbeförderung sind aber auch noch in anderer Hinsicht beachtenswert. Gerade der Freisinn wirkt uns — der Sozialdemokratie — immer vor, daß wir nur die Handarbeiter, nur die Interessen der „schwierigen

Kauf“ vertreten. Hier zeigt sich nun, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist; auch die Interessen dieser „Kopparbeiter“ waren bei der sozialdemokratischen Partei weit besser aufgehoben, als bei den Freisinnigen. Denn unsere Vertreter haben geschlossen für die weitestgehenden Anträge gestimmt und haben damit aufs neue bekundet, daß für uns auch heute noch maßgebend das Lassalle'sche Wort ist: „Arbeiter sind wir alle, insofern wir nur eben den Willen haben, uns in irgend einer Weise der menschlichen Gesellschaft nützlich zu machen.“

Freilich, eine Gruppe von Menschen fällt bei dieser Abgrenzung des Begriffs immer noch aus; diejenigen nämlich, welche mit der Couponföhrere ihr mühseliges Tagewerk verrichten. Für sie, für die „Männer mit dem schwierigen Daumen und Zeigefinger“, sorgt die Sozialdemokratie allerdings nicht, dafür müßt sich aber auch der Freisinn um so mehr gerade um diese. Die Uebernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei in die Gemeindeverwaltung“, welche Absatz 9 unseres Programms fordert, — d. h. kurz gesagt, die Uebertragung der gesamten Polizeiverwaltung vom Staate auf die Gemeinde — kann nicht im kommunalen Wahlkampf erstritten werden. Auch diese Forderung kann nur durch die Landesgesetzgebung erfüllt werden. Wohl aber sind auch hier die Gemeindepersönlichkeiten durch energische Betonung dieser Forderung noch am ehesten in der Lage, einen Einfluß auf die gesetzgebenden Faktoren auszuüben.

Gegenwärtig zählt die Stadt zwar für die Kosten der Polizeiverwaltung an den Fiskus pro Kopf der Bevölkerung einen jährlichen Betrag von 2,50 M., — im laufenden Jahr insgesamt nahezu vier Millionen Mark — hat aber auf die Verwaltung selbst nicht den geringsten Einfluß. Gegenüber den seiner Zeit vorgekommenen Mißgriffen der Sittenpolizei, den gerichtlich festgestellten Mißhandlungen auf Polizeiwachen und ähnlichen Erscheinungen ist die Stadt vollständig machtlos. Ja, der Eingriff des Polizeipräsidiums in der Frage des Friedhofs der Märzgefallenen hat gezeigt, daß die Stadt nicht einmal auf ihrem eigenen Grund und Boden schalten kann, wie sie will, sondern daß sie auch hier die unerhörtesten Eingriffe der Sicherheits- und Bau-polizei gegenwärtig muß.

Errichtung von Gewerbegerichten. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie, fordert Absatz 10 unseres Programms. Die letztere Forderung hat der Magistrat mit der Begründung abgelehnt, daß bereits eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz angehängt sei; es sollte erst abgewartet werden, ob diese nicht eine gesetzliche Regelung der Frage bringe. Auf die Entscheidung des Magistrats ist wohl die Rücksicht auf die Unternehmer kaum ganz ohne Einfluß gewesen. Diese hatten sich mit dem ganzen Plane nur wenig befreunden können, und namentlich hatte der Antrag unserer Genossen, daß den eigentlichen Arbeitgebern, nicht den Zwischenmeistern, die Arbeitgeber-Beiträge auferlegt werden sollten, in jenen Kreisen Mißfallen erregt.

Die Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens bildet den Inhalt des 11. und letzten Programmabschnitts. In mehreren Schweizer Kantonen ist diese Forderung bereits erfüllt. Eine Reihe süddeutscher Städte haben auch bereits ähnliches erwogen, und dabei berechnet, daß die Kosten auf den Kopf der Bevölkerung etwa 24—35 Pf. betragen würden. Die finanzielle Seite läme also kaum in Betracht. Die Erfüllung dieser Forderung würde aber erst den Satz wahr machen, daß im Tode alle gleich sind.

C. F.

Aus Transvaal.

Von einem Genossen, Arbeiter und Leser des „Vorwärts“, der seit Jahren in der Südafrikanischen Republik lebt und Vorstandsmitglied des dortigen Arbeiter-Verbandes ist, erhielten wir einen vom 25. September datierten längeren Bericht über die Lage in Pretoria und dem Witwatersrand-Distrikt. Manche Mitteilungen des Berichtes sind durch den selbstem ausgebrochenen Krieg und neuere Meldungen völlig überholt; soweit aber der Bericht sich auf die Stimmung der Arbeiter und die Fortschritte der Arbeiterbewegung bezieht, geben wir ihn nachstehend im Auszug wieder — als Beispiel dafür, wie man in dem intelligenteren Teil der Arbeiterschaft Transvaals über den Streit zwischen England und den Boeren denkt:

Für uns Arbeiter, oder besser gesagt für einen großen Teil der arbeitenden Bevölkerung hier, besteht kein Zweifel, wie wir uns in dem bevorstehenden Kampf zu verhalten haben. Wir wissen gut genug, daß Tom Atkins (Spitzname des englischen Soldaten) für eine kleine, aber mächtige Gruppe Kapitalisten (sie sind nicht alle englischer Nationalität) die Haut zu Markte tragen muß. Wir wissen ferner, daß alle die von englischer Seite erhobenen Forderungen in Bezug auf Herabsetzung des Termins zur Erlangung des Wahlrechts, nur gestellt worden sind, um die Ausländer, vor allem die englischen Arbeiter zu Wörern. Was wir zu gewärtigen haben, sobald jene Clique der Minenbesitzer ihr Ziel, die absolute Herrschaft, erreicht hat, wissen wir gleichfalls. Die Kapkolonie und vor allem Kimberley veranschaulichen es deutlich. Für was und für wen wir im Kampfe stehen werden, darüber wird die nächste Zukunft Aufschluß geben, jedenfalls steht heute schon fest, daß niemand die fortgeschrittene Arbeiterschaft Südafrikas auf der Seite der Landgäbiger und Börsenjobber suchen darf.

Holländer, Deutsche, Irländer und Skandinavier haben bereits Corps gebildet und werden für die Unabhängigkeit der südafrikanischen Republik mit den Waffen in der Hand einstehen. Der Orange-Freisinn ist im Bündnis mit Transvaal, seine Bevölkerung hat in jüngster Zeit in öffentlichen Versammlungen kund gegeben, daß sie sich vollständig eins füllt mit der Bevölkerung Transvaals.

In all' diesem politischen Wirrwarr beweist aber ein Teil der hiesigen Arbeiter, daß er sein eigenes Interesse versteht. Auch hier begreift man langsam, daß dieses Interesse nur durch eigenes und entschlossenes Vorgehen der Arbeiterklasse gewahrt werden kann.

Wie den Genossen vom „Vorwärts“ bekannt sein wird, besteht hier in Pretoria sowohl wie in Johannesburg je ein Arbeiterverein, gegründet auf sozialistischer Grundlage. Leider giebt es jedoch hier auch eine große Anzahl deutsche Arbeiter, die noch gerne ihre Zeit und ihr Geld in allen möglichen anderen nebensächlichen Vereinen vergeuden, zum Beitritt in einen Arbeiterverein aber nicht zu bewegen sind. Infolgedessen ist es bis heute nicht gelungen, diesen Vereinen eine gebietende Position zu schaffen. Sodann leiden wir hier Mangel an redigierten Leuten, welche die Landessprache beherrschen und in öffentlichen Versammlungen reden können. Leute, welche in Deutschland in der Bewegung gestanden haben und dieses bei jeder Gelegenheit gern betonen, giebt es hier nicht wenige, aber bis heute haben sie sich meist nicht im geringsten um unser Streben gekümmert. Schädigend für die Vereine ist auch im hohen Grade das ewige Kommen und Gehen der Arbeiterbevölkerung; nichts ist stabiler, Streitigkeiten und Eifersüchteleien, heimliche Rivalitäten unter den Mitgliedern thun dann noch ein Uebriges, um die gute Sache zu schädigen.

Eine That, für welche den Vereinen Dank zu zollen ist, ist die Gründung und Instandhaltung von Bibliotheken. Erst in jüngster Zeit hat z. B. der Arbeiterverein „Pretoria“ wieder eine größere Anzahl Bücher durch eine hier und in Amsterdam etablierte Buchhandlung bei der Buchhandlung Vorwärts bestellt. Die Bibliotheken haben meines Erachtens den Verfall der Vereine verhütet.

Den Wählereien der Bergwerks-Magnaten und ihrer Soldateska haben wir es in erster Linie zu danken, daß am Witwatersrand auch ein Teil der englischen Arbeiter sich zu einer politischen Organisation zusammen gefunden hat, die den Namen führt: „Internationale unabhängige Arbeiterpartei“.

Um diese Partei über die ganze Republik zu organisieren, wurden von einem Komitee in Johannesburg Manifeste, Programme zc. ausgearbeitet und im Lande verbreitet (beifolgend sende ich Exemplare von diesen Schriftstücken). Thatächlich haben sich denn auch hier in Pretoria und in jüngster Zeit in Glandfontein internationale Vereinigungen gebildet. Wie stark die Bewegung zur Zeit in Johannesburg und in Glandfontein ist, kann ich nicht sagen, hier in Pretoria zählt sie bereits gegen 200 Mitglieder, meistens Holländer und Deutsche. Die englischen Arbeiter haben noch wenig bearbeitet werden können, da es bisher an geeigneten Rednern mangelte; doch hat der Vorstand der Vereinigung, bekannt als der „Internationale Arbeiter-Verband“, sich mit den Sekretären zweier hier bestehender englischer Gewerbevereine in Verbindung gesetzt. Dieselben sollen für eine öffentliche Versammlung der englischen Arbeiter in ihren Vereinen Stimmung machen und einige gute Redner besorgen.

Das von einem Komitee in Pretoria ausgearbeitete Statut, das unter Vornahme unwesentlicher Änderungen von einer allgemeinen Versammlung angenommen wurde, basiert im wesentlichen auf dem englischen Statut und Programm; einzelne Sätze und Forderungen konnten wir jedoch nicht unterstühen. Sie sind deshalb in unser Statut nicht aufgenommen worden.

Unter anderem fordert das englische Programm eine Sozialregierung für den Witwatersrand. Wir fürchten, wenn die Regierung der Republik einer solchen Forderung nachgeben würde, hierdurch eine Zersplitterung herbeigeführt werden könnte. Die Bevölkerung in jenem Distrikt ist zum überwiegenden Theil englischer Herkunft und die große Masse dieses Theils ist nur zu leicht den Einflüsterungen der Minenbesitzer und ihrer Beamten, sowie der im Solde des Kapitals stehenden Presse zugänglich.

Des weitern räumt das englische Statut der sogenannten Exhitive zu große Rechte, eine zu weitgehende Selbstständigkeit ein, was wir vom demokratischen Standpunkt aus nicht gutheißen können. Ich habe dem Schreiben ebenfalls das Statut des „Internationalen Arbeiter-Verbandes“ beigelegt; dasselbe ist in den drei Hauptsprachen, die hier in Betracht kommen, in Druck gegeben worden.

Kürze Zeit nach dem ersten Auftreten der „Internationalen Unabhängigen Arbeiter-Partei“ in Johannesburg, kam es auf einer der größten Minen in Johannesburg, der Robinson Mine, die für ihre Aktionäre große Dividenden abwirft, zum Streik. Den Arbeitern wurde zugemutet, anstatt der üblichen neunstündigen Arbeitsschichten, zehnstündige zu arbeiten und zwar verlangte man solche Verlängerung der Schichtdauer, ohne eine Lohnerhöhung zuzugestehen. Diesem menschenfeindlichen Begehren traten jedoch die Arbeiter geschlossen und energisch entgegen und nach einer dreitägigen Arbeitseinstellung haben sich die Herren von der Verwaltung genötigt, ihre Forderung fallen zu lassen. Die Arbeiter kehrten zu den alten Bedingungen zu ihren Arbeitsplätzen zurück.

Ob nun dieser Streik in Verbindung mit anderen Motiven den Vertreter Johannesburgs im zweiten Volksrat, Herr S. J. Viljoen, veranlaßte zur Einbringung eines Vorschlages betreffs gleichzeitiger Einführung eines achtstündigen Arbeitstages für die weichen Arbeiter in der südafrikanischen Republik, das weiß ich nicht, doch es geschah.

Der zweite Volksrat hielt sich indes nicht für berechtigt, einen solchen Vorschlag anzunehmen, und wies den Antrag zurück. Daraus brachte im ersten Volksrat ein Herr C. J. Toffen denselben Vorschlag mit besserem Erfolg ein. Der erste Volksrat sah die Zweckmäßigkeit eines solchen Gesetzes ein, und setzte die Diskussion über den Vorschlag auf die Tagesordnung der Sitzung am 11. September.

Der Internationale Arbeiterverband in Pretoria hatte sich damals kaum organisiert; er nahm aber sofort Stellung zur Sache, entwarf eine Gläubigendressen an Herrn Toffen und beauftragte ein Komitee mit der Ueberreichung der Adresse an den Antragsteller; gleichzeitig sollte das Komitee den Herrn zu einer persönlichen Anwesenheit zuweilen näherer Aussprache über die Angelegenheit ersuchen. Herr Toffen sagte bereitwillig zu. Die Herren kamen noch am selben Tage, am 4. September, zusammen; mit Herrn Toffen erschien noch ein anderes Mitglied des ersten Volksrates, Herr J. G. Labuschagel. Es fand eine eingehende Aussprache über die Achtstundentagsbewegung in Europa und anderen Erdteilen statt. Das Komitee gab, da es sich bald herausstellte, daß die Herren Volksvertreter in Bezug auf die Sache sehr wenig wußten, alle Information, welche es für nötig hielt.

Herr Toffen wurde sodann noch gewonnen, um seine Motive in einer vom Arbeiterverband einuberufenen öffentlichen Arbeiterversammlung zu erläutern; diese Versammlung fand Sonnabend, den 9. September, abends statt.

Montag, den 11. September, fand der Antrag Toffen im ersten Volksrat zur Debatte, die jedoch seitens der Beteiligten recht nachlässig geführt wurde. Bei der Abstimmung über den Vorschlag erwies sich eine bedeutende Mehrheit (14 für, 5 gegen) dem Antrag günstig gestimmt. Die Regierung erhielt den Auftrag, zu Beginn des kommenden Jahres ein Gesetz, welches den achtstündigen Arbeitstag einführt, dem Volksrat vorzulegen.

Die kurze Debatte im Volksrat hat uns den Beweis geliefert, daß so gut wie keiner der Volksratsleute die Tragweite eines solchen Gesetzes kennt. Die Kapitalisten geben sich den Anschein, als ob sie der ganzen Sache wenig Bedeutung beimessen. Der „Star“ und der „Leader“, zwei der beachtetsten kapitalistischen Heftblätter Johannesburgs, brachten nur kurze Notizen und jammerten über das Gerede, in welches die armen geplagten Aktionäre durch ein derartiges Gesetz gebracht würden. Wir zweifeln aber nicht, daß sobald die Regierung einen Gesetzentwurf zur Beratung und Annahme vorlegt, jene Herren alles versuchen werden, was in ihrer Macht steht, um dessen Annahme zu hintertreiben oder ihn durch Einföhrung zweideutiger Klauseln wirkungslos zu machen.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementszahlung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

G. M., Kamlerstraße. Wir wollen Interessenten darauf aufmerksam machen.

W. Rein. — Paul Kähler. 1. Weisnachtsgeschenke kann die Herrschaft auf den Lohn anrechnen, wenn der Gesindevertrag im Laufe des Jahres durch Schuld des Gesindes wieder aufgehoben wird. Das Jahr rechnet vom Eintritt in den Dienst an. Ist also der Dienst am 1. Juli 1899 begonnen, so kann das Weihnachts-1899 gegebene Weihnachtsgeschenk bis zum 1. Juli 1900 zurückgefordert werden. Diese gegen das Gesinde geltende Ausnahmsbestimmung ist dann dem Verhalten der Kontrahenten und der Freisinnigen trotz des bürgerlichen Gesetzbuches anzuerkennen. 2. Ist nichts anderes vereinbart, so kann bei monatweise gemieteten Diensthöfen noch am 15. Juni 1. gefündigt werden. Sondern es sich nicht um monatweise Mietung, so beträgt, falls nichts anderes vereinbart ist, die Kündigungfrist bei städtischem Gesinde sechs Wochen, bei ländlichem ein Vierteljahr vor Ablauf des Gesindevertrages. Die Dauer des Gesindevertrages beträgt, falls nichts anderes vereinbart ist, bei städtischem Gesinde ein Vierteljahr, bei Landgesinde ein Jahr. 3. Unentgeltlich. — G. C. 14. Rein. — G. C. 24. Gegen ein vom Schöffengericht erlassenes Urteil muß innerhalb einer Woche seit Verkündung (nicht erst seit Inhabung) des Urteils Berufung eingelegt werden. Zu der Berufungsinahme braucht sich der Angeklagte ebenso wenig wie in der ersten Instanz zu vertheidigen zu lassen. — W. N. 18. Ja. — 666. 1. 2. Das ist möglich. 3. Dese. — G. C. Sie fordern den Wert aus, innerhalb einer von Ihnen festgesetzten Frist die Reparaturen vorzunehmen, mirigenfalls Sie dieselben auf seine Kosten ausführen lassen würden. — C. N. 99. Der Betreffende muß als Mitglied der Kasse aufgenommen werden. — Otto 23. Der vereinbarte Accordlohn gilt, auch wenn er niedrig ist. — W. 74. 1. Ja. 2. Ja. 3. Rein. 4. Ja. — W. Rein.

